

türkei information

Nr. 38
DM 3,-
März/April 1991

„Türkei und "pax americana"“

Der Golfkrieg ist zu Ende. Nachdem Irak die Niederlage akzeptierte, wurde die gesamte Aufmerksamkeit neuen Regelungen nach dem Krieg gewidmet. Alle aktiven und passiven Parteien des Krieges scheinen sich auf die Herstellung von Stabilität und die

Sicherung des Öls verständigt zu haben. Jedoch zeigen einige neue Situationen nach dem Krieg und schon seit längerem vorhandene Probleme wie die Palästina- und Kurdistanfrage, daß eine Stabilisierung der Region nicht leicht zu herzustellen ist.

Es ist eine Tatsache, daß die USA die Golfkrise bewußt zu einem offenen Krieg forciert haben. Bush hatte den Krieg angefangen, um sich die Ölfelder in der Region zu sichern und sie zu kontrollieren, die US-Hegemonie durch Neuregelung der internationalen politischen Beziehungen allen aufzuzwingen, die Initiative im ökonomischen Konkurrenzkampf mit Japan und Deutschland bzw. der EG zu ergreifen und um der problembeladenen Region eine neue Ordnung zu diktieren. Mit anderen Worten wollte man den "Amerikanischen Frieden" auch im Mittleren Osten einführen.

Die Okkupationspolitik von Sad-

dam hatte den USA für diese Ziele als willkommener Anlaß gedient. Diese Gelegenheit wurde schließlich ausgenutzt, um Irak niederzubomben und die Bedingungen für die Errichtung der "pax americana" im Mittleren Osten zu schaffen.

Aber es sieht so aus, daß es im Mittleren Osten nicht einfach sein wird, eine Stabilisierung der Region, wie sie von Europa und den USA gewünscht wird, zu erreichen. Denn, angefangen bei der Palästina- und der kurdischen Frage sind in der Region viele Probleme noch nicht gelöst. Wie z.B. das Problem Libanon oder die Teilung der arabischen Nation in viele künstliche Staaten.

Hinzu kommen noch neue durch den Krieg geschaffene Probleme: Der islamische Radikalismus und der arabische Nationalismus haben die Möglichkeit bekommen, ihren Einfluß in den Ländern der Region zu erweitern, und dies im erheblichen Umfang. Wenn wir die wichtigsten dieser Probleme uns ansehen.

Fortsetzung nächste Seite

Kurdistan: Aufstände in Sirnak, Idil, Kerboran...

Artikel auf Seite 3



Die Beerdigung der 27jährigen Kudret Filiz, die durch "Schüsse in die Luft" der türkischen Gendarmerie erschossen wurde. Foto: O. Heussler

Aus dem Inhalt

Bericht einer
Schweizer Delegation
Seite 7

*

Politische Verfolgung von
Kindern bis hin zur Todesstrafe
Seite 13

*

Bilanz der Menschenrechte...
Seite 16

*

Ende des Streiks in Zonguldak
Seite 18

*

Einige Aspekte zur
Rolle der BRD im Golfkrieg
Seite 22

*

Der Druck auf die Frauen
wird "feiner"
Seite 36

"PAX AMERICANA"....

Fortsetzung von Seite 1

DIE SCHLÜSSELPROBLEME DER REGION

Es scheint sicher zu sein, daß eines der Schlüsselprobleme der Region, nämlich der Streit zwischen Arabern und Israel, kurzfristig nicht zu lösen ist. Die Rechnung der USA und Israels, die Palästina-Frage durch Ausschluß der PLO lösen zu wollen, wird ohne weiteres nicht aufgehen. Neben den palästinensischen Volk werden auch verschiedenen arabischen Staaten (darunter sind auch einige, die im letzten Krieg auf der Seite der USA waren) sich mit so einer Lösung nicht zufrieden geben. Auch die Haltung der UdSSR und einiger europäischer Staaten in dieser Frage wird vermutlich die USA in Schwierigkeiten bringen. Einige arabische Länder, die Bündnispartner der USA sind, sind auch dagegen, daß die Palästina-Frage gelöst wird, da ein unabhängiger palästinensischer Staat ihrer Ansicht nach laizistische und demokratische Eigenschaften haben wird.

So wird die Palästina-Frage, und allgemein der Streit zwischen

Arabern und Israel den USA noch lange Zeit Kopfzerbrechen bereiten.

Auf der anderen Seite hat die Niederlage des Irak den Einflußbereich des Iran in der Region durch die Stärkung des islamischen Fundamentalismus vergrößert. Der Aufstand der Schiiten im Südirak ist ein Zeichen dafür. In dieser Hinsicht hat der Krieg eine von den USA nicht erwünschte Situation herbeigeführt. Außerdem hat der Iran durch seine diplomatischen Gespräche mit der UdSSR, dem Irak und den "Blockfreien Staaten" hinsichtlich eines Abzugs Iraks aus Kuwait daran erinnert, daß man den Iran in der Region durchaus ernstnehmen und mit ihm rechnen muß. Weil der Iran sein Ziel, "die islamische Revolution" auszuweiten, nicht aufgegeben hat, wird der islamische Fundamentalismus in der Region wahrscheinlich ständig aktuell bleiben.

Und schließlich hat die kurdische Frage verglichen mit der Vorkriegssituation neue Dimensionen erreicht. Das Vorhaben der USA und Englands, Saddam durch Unterstützung der Kurden zu schwächen, und die Zunahme des Einflusses der Kurdistan-Front im Irak haben zur Folge, daß die kurdische Frage auf internationale Plattformen getragen wird.

Von nun an muß die kurdische Frage auch zur Tagesordnung von Plattformen gehören, auf denen die neue Ordnung im Mittleren Osten zur Diskussion stehen wird. Dies

wiederum wird die neuesten Bündnispartner der USA, nämlich Syrien, aber auch den Iran und die Türkei stören. Denn in allen drei Ländern lebt eine große Zahl von Kurden. Wenn wir betrachten, daß die Demokratische Partei Kurdistans unter Führung von Barzani, die Patriotische Union Kurdistan unter Talabani und andere kurdische Organisationen im Irak immer stärker einen kurdischen föderativen Staat fordern, anstatt auf einem autonomen Status innerhalb Iraks zu beharren, dann wird sich diese Forderung auf die Türkei, Syrien und den Iran auswirken. Sollten die USA ernsthaft auf die Karte eines kurdischen Staates setzen, um Irak zu schwächen und Saddam zu stürzen, wird das neue Probleme für die Türkei und Syrien (zwei wichtige Bündnispartner der USA) hervorrufen. Diese Situation macht einen Faktor aus, der die Errichtung des "pax americana" in der Region gefährdet.

Außerdem paßt die Forderung Ägyptens und Syriens, sowie der Golfstaaten (sie waren alle amerikanische Bündnispartner), bei der Herstellung des Friedens und der Sicherheit sowie der Neuordnung ökonomischer Beziehungen eine entscheidende Rolle zu spielen, den USA, England, Frankreich aber auch der Türkei und dem Iran nicht. Besonders die Türkei will in ihrem Namen, aber auch im Namen der NATO eine größere Rolle in der Region spielen. Die Wahrscheinlichkeit ist nur gering, daß die USA eine Verständigung zwischen der Türkei und den arabischen Ländern auf der Grundlage desselben Plans erreichen.

Kurz ausgedrückt: Die schon seit längerem existierenden Probleme, aber auch die durch den Krieg hervorgerufenen neuen Probleme, werden die Einführung des "amerikanischen Friedens" im Mittleren Osten herauszögern, vielleicht sogar verhindern.

**ICH MÖCHTE DIE
TÜRKEI INFORMATION
ABONNIEREN!**

ganzjährig

Name:.....

Anschrift:.....

KOPIEREN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91

ABO-GELD ÜBERWEISEN:

Postgiroamt Hannover
Ktn.: 569725 - 304 BLZ: 250 100 30

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
Jahresabopreis DM 25.-, Förderabo: Ab DM 30,-

**TÜRKEI: NEUES
AUSSENPOLITISCHES
KONZEPT**

Eines der Länder, die nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak in den Vordergrund getreten sind, ist die Türkei. Die Özal-Regierung hat eine aktive Rolle übernommen, um einerseits im Inneren die eigene Macht zu stärken und andererseits mehr Mitspracherecht nach außen zu erlangen. Diese Rolle entsprach

Fortsetzung auf Seite 27

Kurdistan: Aufstände in Sirnak, Idil, Kerboran...

Nach einem Bericht der Tageszeitung Milliyet wurden vom Dezember 1990 bis Februar 1991 neun Menschen auf Polizeiwachen durch Folter ermordet. Die Dunkelziffer ist unklar.

In den kurdischen Provinzen im Ausnahmezustand können Personen bis zu 30 Tagen in Haft gehalten werden, bevor sie einem Haftrichter vorgeführt werden müssen. Mitte Februar legte das türkische Innenministerium den Entwurf für ein "Anti-Terror-Gesetz" vor. Danach soll die Polizeihaft – im Klartext: die Zeit der Polizeifolter, während der die Festgenommenen keine Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit Angehörigen oder Anwälten haben – wieder auf 45 Tage verlängert werden.

Am Tag des Waffenstillstandes zwischen USA und dem Irak begann die türkische Armee mit Razzien und Massenfestnahmen in allen kurdischen Provinzen

Dabei wurde das jeweilige "Operationsgebiet" für die Presse gesperrt.

Am 7. Februar in der Kreisstadt Bismil über 30 Personen festgenommen. Als Grund werden die in dieser Provinz zunehmenden Guerillaaktivitäten der PKK angegeben.

In der Kreisstadt Karakocan (Provinz Elazig) wurden im Februar 50 Personen festgenommen und gefoltert, 40 von ihnen verhaftet, darunter der Bürgermeister.

Im Dorf Sinsor (Bingöl) wurde das Café eines kurdischen Patrioten von Sicherheitskräften in die Luft gesprengt.

In dem Dorf Celik Aliye Remo (Kerboran) wurde im Februar eine 19-jährige Frau von türkischen Soldaten vergewaltigt und ermordet.

Am 27. Februar wurden kurdische Bauern, die überirdisch lie-

gende Kohle mit Maultieren in die Stadt Sirnak transportieren wollten, von Militärs angehalten. Die Soldaten töteten zwei Bauern, die sich gegen das Abschlichten der ca. 200 Maultiere zur Wehr setzten. Daraufhin sammelten sich mehrere 100 Bauern aus der Umgebung um gemeinsam in die Stadt zu ziehen. Der Zug wuchs schnell auf über 1000 Menschen an. Das Militär hatte vor der Stadt eine Barrikade errichtet, die aber von der aufgebrauchten Menge überwunden wurde. In der Stadt schlossen sich von Minute zu Minute mehr Menschen an. Die Händler schlossen ihre Läden, die Schüler verließen das Gymnasium, in dem sie vorher Teile des Inventars zerstört hatten. Schließlich befand sich die ganze Stadt im Aufstand, der Zug war auf ca. 20000 Menschen angewachsen. "Nieder mit dem

Fortsetzung nächste Seite



Auseinandersetzungen mit Sondereinheiten der Polizei in Istanbul bei einer Solidaritätsdemonstration für Sirnak. Dabei wurden mehrere Menschen festgenommen.

türkischen Staat", "Es lebe Kurdistan" und "Es lebe die PKK" wurde gerufen. Mehrere staatliche und Regierungsgebäude wurden zerstört. Während einige "Dorfschützer" mit Waffengewalt gegen die Demonstranten vorgingen, schlossen sich andere dem Aufstand an. Die Sicherheitskräfte, die vollständig die Kontrolle verloren hatten, schlossen auf die Demonstranten und töteten mindestens 2 Menschen.

In den nächsten Tagen war die Stadt von den Spezialeinheiten der türkischen Armee besetzt. Ausländischen Journalisten wurde 3 Tage lang der Zutritt in die Stadt verwehrt. Einen Tag nach dem Aufstand versammelten sich wieder 3.000 Menschen in der Stadtmitte und statteten mit einem Schweigemarsch den Familien der Getöteten einen Beileidsbesuch ab. Eine öffentliche Beerdigung wurde verboten. Jedoch wiederholte sich die Protestform des Schweigemarschs in den nächsten Tagen: Jeweils 2.000 bis 3.000 Menschen zogen schweigend zum Friedhof.

Delegationen der sozialdemokratischen SHP und der HEP (Partei der Arbeit des Volkes) besuchten dann Sirnak. Selbst der ANAP-Abgeordnete aus Mardin verurteilte das Vorgehen der Militärs und bezeichnete die Getöteten als "unsere Gefallenen". Die Regierung bemühte sich plötzlich die Situation zu deeskalieren: Den Besitzern der Maultiere wurde eine Entschädigung zugesagt, der Kohleabbau wurde wieder erlaubt und die Festgenommenen wurden, soweit bekannt, wieder freigelassen.

Drei Tage nach dem Aufstand in Sirnak versammelten sich in Idil Bewohner der Stadt und umliegender Dörfer, um gegen einen Einsatz türkischer Soldaten in einem der Dörfer zu protestieren. Ziel dieses Einsatzes war es gewesen, die Männer des Dorfes gegen ihren Willen zu den "Dorfmilizen" einzuziehen. Die Männer weigerten sich geschlossen und viele wurden daraufhin von den Soldaten geschlagen. Die Jugendlichen aus dem Dorf setzten sich gegen die

brutalen Misshandlungen durch die Soldaten mit Steinen und Knüppeln zur Wehr. Daraufhin eröffneten die Soldaten das Feuer und verletzten 2 Dorfbewohner. 59 Jugendliche wurden festgenommen und in die Kreis-

stadt Idil gebracht.

Anlässlich der Protestdemonstration schlossen alle Geschäfte und Läden in Idil. Sicherheitskräfte hatten auf Hausdächern und wichtigen Kreuzungen Position

Fortsetzung nächste Seite

TRT WEITET SEINEN SENDEBEREICH IN KURDISTAN AUS

Meldungen wie "Die Sendezeiten von GAP-TV wurden sofort nach Beginn des Programms ausgeweitet" oder "Die Sendezeiten von Radio Diyarbakir beträgt inzwischen 15 Stunden" sind häufig zu lesen und zu hören.

Der Nationale Sicherheitsrat (MGK) beschloß 1988 in Kurdistan türkische Sendungen verstärkt zu verbreiten. Der MGK gab an, daß dieser Entschluß aufgrund "außergewöhnlicher Ereignisse" zustande gekommen sei. Diese Situation erfordere "außergewöhnliche Lösungen". TRT solle darauf achten, daß GAP-TV und Radio Diyarbakir die nationalen Themen in den Vordergrund stellen und Propaganda für den türkischen Staat betreiben.

GAP-TV ist eine Farce. Der Fernsehsender verfolgt das Ziel der Assimilierungspolitik der türkischen Regierung. Der Sender erreicht ganz Nord-Kurdistan.

Im Herbst 1988 begonnen, weitete das Fernsehen 1990 seine Sendezeit von 14 - 17.30 Uhr um eine Stunde aus. Im Winter laufen Türkisch-Kurse auf dem Kanal. Themenschwerpunkte sind z.B. "Investitionen des Staates in der Region", "Amtliche Bekanntmachungen" oder "Anatolische Sichtweisen". Auch die Kinder werden nicht vernachlässigt: GAP-TV hat ein "Erziehungsprogramm" und Sendungen wie "Vaterlandsliebe" speziell für Kinder entwickelt.

Zunächst hatte der MGK nur ein dreistündiges Programm für Radio Diyarbakir vorgesehen. Inzwischen wurde die Sendezeit auf 18 Stunden erweitert und sendet nun von 4.55 - 1.00 Uhr. Das Radio hat sogar die Kompetenz über "Besonderheiten, auch aus der Sicht der Menschen in der Region" zu berichten. Seit 1990 wird als wichtigster Inhalt die Staatspropaganda bewertet. Sendungen wie "Kemalismus und Sozialstaat" oder "Guter Mensch, guter Staatsbürger" wurden eigens für diesen Sender angefertigt. "Das Leben in staatlicher Einheit und Gemeinsamkeit", die Harmonie der Gesellschaft und die Funktion des Menschen in der Gesellschaft sind bestimmende Tendenzen, die durch die Ausstrahlung der Sendungen den Menschen "gelehrt" werden sollen.

Beide Sender vernachlässigen die Berichterstattung über Widerstand in Kurdistan. Wenn über Kämpfe, Aufstände und Operationen berichtet wird, dann immer aus der Sicht des türkischen Staates, was als reine Propaganda gewertet werden kann.

Im Produktionszentrum 4 von TRT können Radio Diyarbakir und GAP-TV Sendungen fertigstellen. Es sollte Ende 1990 in Diyarbakir seinen Betrieb aufnehmen. Darüber erreicht der MGK eine noch stärkere Kontrolle seiner Assimilierungspolitik.

Die Kampagne "Jedem Dorf einen Farbfernseher" des MGK läuft an. In einem Brief des Gouverneurs wird betont, daß die TV's dazu dienen sollen, vor allem auch Frauen und Kinder zu beeindrucken und sie dadurch leichter zugänglich für die Staatspropaganda zu machen. Inzwischen wurden 950 TVs und insgesamt 200 Mio. Lira gesammelt. Zunächst sollen Adiyaman, Siirt und Biflis versorgt werden, später soll die Aktion ausgedehnt werden.

Die Wirkung türkischer Sender soll in Zukunft noch verstärkt werden. Neben Radio Diyarbakir und GAP-TV sollen neue Sender in Hakkari und Van errichtet werden. Vor allem sollen auch die entlegenen bergigen Gebiete berücksichtigt werden.

bezogen. Nachdem sich aus verschiedenen Stellen der Stadt Demonstrationzüge in Bewegung gesetzt hatten, begannen die Soldaten ohne Vorwarnung zu schießen. Dabei wurden der 13-jährige Schüler Ahmet Gülec und die 23-jährige Ekrem Oruc getötet. Über 20 Menschen wurden schwer verletzt. 100 wahllos Festgenommene mußten stundenlang bäuchlings im Schlamm vor der Kaserne liegenbleiben.

In den nächsten Tagen blieben die Geschäfte in Idil weiter geschlossen. Aus Angst vor Verhaftungen versteckten sich viele der Verletzten. Den Familien der Getöteten wurde die Beerdigung ihrer Angehörigen untersagt. In dem Dorf Hispest, aus dem die Getötete Ekrem Oruc stammte, kam es nach dem Bekanntwerden ihres Todes zu neuen Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften. Dabei überfielen die Dorfbewohner auch die Polizeiwache.

Am 7. März versammelten sich in der Kreisstadt Kerboran tausende Bewohner der Stadt und umliegender Dörfer, um gegen die Militäreinsätze in Sirkak und Idil zu protestieren. Die Stadt wurde von Soldaten abgeriegelt, um zu verhindern, dass weitere Dorfbewohner in die Stadt kämen. Die Geschäfte hatten geschlossen und der Zug von 5000 bis 6000 Menschen zog vor die Gemeindeverwaltung. Dort schossen Sicherheitskräfte in die Menge und töteten die 35-jährige Rakiye Bozkurt. Mindestens 8 Menschen wurden schwer verletzt. Nach den Schüssen zog die Demonstration zum Gymnasium, von wo aus sich die Schüler anschlossen – nachdem sie vorher alle Symbole des türkischen Staates zerstört hatten.

Einen Tag später zogen nach dem Freitagsgebet 2.000 Menschen zum Friedhof, wo sie eine Schweigeminute für die Getöteten durchführten. Es wurden Reden gehalten und ERNK-Parolen gerufen. Später zog ein Demonstrationzug ins Stadtzentrum. Obwohl sehr viel Militär in Kerboran und der Umgebung stationiert ist, kam es zu keinen weiteren Auseinandersetzungen.

In der Nacht vom 7. auf den 8. März wurden in Idil 4 Militärfahrzeuge angezündet.

Kurzmeldungen:

Diyarbakir: Am 7. März traten die politischen Gefangenen im Gefängnis von Diyarbakir in den Hungerstreik.

In der Nacht zum 8. März kam es in mehreren Städten von Nord-West-Kurdistan zu Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Die Operationen sind als Versuch zu werten, Aktivitäten zum Internationalen Frauentag zu behindern.

Diyarbakir: Zum ersten Mal fand am 8. März eine Massenveranstaltung zum Internationalen Frauentag statt. Über 2.000 Menschen drängten sich in dem überfüllten Saal des Kinos Dilan, ebenso viele versuchten von draußen der Veranstaltung zu folgen. Die starke Präsenz von Sicherheitskräften wurde von

den Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Veranstaltung ignoriert.

Siirt: In der Nacht zum 9. März wurden 3 Häuser von Sicherheitskräften umstellt. Alle Bewohner wurden unter Hausarrest gestellt. Emine Kaya, die vor 3 Tagen ein Kind bekommen hatte, wurde gezwungen mit dem Baby stundenlang draußen in der Kälte zu stehen. Beschwerden des Menschenrechtsvereins-Siirt wurden ignoriert. Nachdem Mitglieder des Menschenrechtsvereins mit den Worten "Was hier getan wird, geht Sie nichts an" vom Staatsanwalt abgewiesen wurden, begaben sie sich zu den Häusern. Dort aber haben bereits schon Frauen die Polizisten mit Steinwürfen vertrieben.

Quellen: Eigene Berichte, Kurdistan-Komitee i.d. BRD, Medico International und Arbeiterkampf Nr.328



Nordwest-Kurdistan vor den Newroz-Feierlichkeiten

Kerboran (Dargecit): Heute morgen (15.1.1991) ist es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und Bewohnern von umliegenden Dörfern gekommen, dabei ist ein Dorfbewohner ums Leben gekommen und mindestens 5 weitere wurden schwer verletzt.

Zu den Auseinandersetzungen waren gekommen als die Einwohner

der Dörfer Tirvan, Gundike Haci und Hisar gemeinsam in der Kreisstadt Kerboran eintrafen, um der Familie der bei den Unruhen der letzten Woche ums Leben gekommenen kurdischen Patriotin Rukiye Bozkurt ihr Beileid auszusprechen. Daraufhin formierten sich die Dorfbewohner zu einem Demonstrationzug und riefen Parolen der PKK. Diesen Protest

Fortsetzung nächste Seite

Ökonomische Auswirkungen der Krise und des Krieges am Golf auf die kurdischen Provinzen in der Türkei

Mit dem Beginn des Golfkrieges am 17.1.91 wurde der schleichende Bankrott der kurdischen Region, der schon mit Krise und Wirtschaftsembargo angefangen hatte, enorm beschleunigt.

- Die sogenannte Seidenstraße, die Europastraße 24 von Kirkuk nach Iskenderun: Mit der effektiven Schließung dieser Straße wurden tausende Fahrer von Öl-Tanklastwagen "arbeitslos". Die meisten dieser Lastwagen gehörten keiner Spedition, sondern einer oder sogar mehreren Familien, die zum großen Teil noch die Raten für ihr Fahrzeug abzuzahlen hatten. Da ih-

nen dies seit August nicht mehr möglich war, hatten sie nicht nur den Verlust durch Verdienstaustausch, sondern sind oft auch noch gezwungen ihr einziges Kapital, den Laster, wieder zurückzugeben.

Weiterhin fehlen tausenden von Geschäften entlang der "Seidenstraße" die Kunden. Viele Läden mußten schließen. Die Angestellten wurden arbeitslos.

- Export: Von den kurdischen grenznahen Provinzen gab es vor allem aus Urfa und Diyarbakir Lebendvieh-Transporte in die Länder des Mittleren Ostens. Der größte Kunde dieser Provinzen war Kuwait.

Aber auch der Irak hatte in erheblichem Umfang Lebendvieh bezogen. Auch hier ist ein doppelter Verlust zu verzeichnen. Einmal können die Züchter ihr Vieh nicht verkaufen, dann müssen sie die Tiere auch weiterhin unterbringen und ernähren.

- Vom Niedergang des Handels an der "Seidenstraße" werden auch die Großhändler in den größeren Städten beeinträchtigt. Sie haben einen großen Teil ihrer Kunden durch die Schließung der Straße und dann noch einmal durch die Massenflucht nach Ausbruch des Krieges verloren.

- Das hat auch einen Niedergang in der Gesundheitsversorgung zur Folge, denn vor allem die Selbstständigen können ihre monatlichen Beiträge an die Versicherung schon lange nicht mehr zahlen.

- Auf Grund der sich häufenden Zahlungsunfähigkeitserklärungen haben die Banken ihre Kredite an die Händler, Handwerker und Kleinunternehmer so gut wie völlig gestrichen. Wegen nicht bezahlter Wechsel können die Händler keine neuen Kredite mehr aufnehmen.

- Am Schwersten ist von der Krise das Heer der Arbeitslosen betroffen, die in Läden, Lokalen und Kleinbetrieben gearbeitet hatten. Ihre Zahl ist unmöglich zu ermitteln, da es fast ausschließlich Schwarzarbeiter waren. Viele von ihnen sind noch minderjährig. Ihre Zahl geht aber weit in die Zehntausende.

Allein in der Provinzhauptstadt Urfa gibt es ungefähr 15.000 Händler und Handwerker, sowie 2.500 Kleinunternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten. Weiterhin gab es bis vor der Krise ca. 7.000 Lastwagenbesitzer. Obwohl Urfa nicht nur von der "Seidenstraße" und den damit verbundenen Unternehmen abhängig ist, sind seit dem 2. August 1990 in nur einem der zwei Finanzämter 1.084 Geschäftsaufösungen verzeichnet. Insgesamt haben über 2.000 Lastwagenbesitzer und ca. 300 Läden bankrott gemacht.

Heute arbeiten die Kleinbetriebe in Urfa nur noch mit 27 Prozent ihrer Kapazität. So gut wie alle Arbeiter sind entlassen, das dürften nach den oben angegebenen Werten an die 10.000 Personen sein.

(Nach einem Bericht von medico international vom 24.2.91)



Nordwest-Kurdistan...

Fortsetzung

schlossen sich Teile der Stadtbevölkerung an. Die Zahl der Demonstranten stieg auf 2.000, die Händler schlossen ihre Rolläden. Bei den Auseinandersetzungen wurde der 25-jährige Einwohner des Dorfes Tirvan, Abdulrahim Cicek von den Sicherheitskräften umgebracht. (...) Mindestens 50 Personen wurden festgenommen.

Silvan: Als gestern mehrere Schüler in der Kreisstadt Silvan in der Provinz Diyarbakir verprügelt wurden, kam es heute (15.3.) aus Protest gegen die kolonialistische und repressive Bildungspolitik zu einer Demonstration von über 2.000 SchülerInnen. Die SchülerInnen riefen Parolen der PKK, wie "Kurdistan wird zum Grab für den Faschismus". Die Demonstration wurde von den Sicherheitskräften angegriffen und mindestens 8 SchülerInnen wurden verletzt.

Weitere Nachrichten: (...) Am 9. März folgten die EinwohnerInnen von Lice in der Provinz Diyarbakir

dem Aufruf des Sekretariats der 3. Region in der Provinz Garzan der ARGK und beteiligten sich fast 100% an dem Generalstreik gegen die Repressionen des türkischen Staates. Ebenfalls am 9. März befolgten die Einwohner der Kreisstadt Kulp in der selben Provinz einen Aufruf der örtlichen ERNK Vertretung und veranstalteten eine Demonstration an der mehrere 1.000 Menschen beteiligt gewesen sind. Es kam zu Festnahmen von 20 Personen.

Am 13. März gedachten 1.000 Einwohner der Kreisstadt Nusaybin den 13 Guerillakämpfern der ARGK, die im letzten Jahr ums Leben gekommen waren und deren Beerdigung der Auslöser für den Volksaufstand in Kurdistan geworden war. (...)

Es ist anzunehmen, daß auch dieses Jahr mit dem kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21. März überall in Kurdistan Aufstände und Demonstrationen stattfinden werden.

Kurdistan-Komitee i.d. BRD
15.3.1991

Bericht einer Schweizer Delegation vom Dez. 1990

Eine Schweizer Delegation (Beat Leuthard – Journalist und Jurist, Beat Schuler – Demokratische Juristen der Schweiz, Anne Guler – SAH – Sch. Arbeiterhilfswerk Zürich, Jörg Dietziker – Asylkomitee, Olivia Heussler – Photographin) hat im Dezember 1990 die Türkei-Kurdistan bereist. Die Reise führte von Istanbul nach Diyarbakir, dann nach Lice, Mardin, Nusaybin, Cizre und Siirt und dann zurück nach Diyarbakir. Von Diyarbakir nach Ankara, um an dem Prozeß dreier Mitglieder des Menschenrechtsvereins – Diyarbakir, welcher im Staatssicherheitsgericht (DGM) stattfand, teilzunehmen. In Ankara fand die Delegation ihren Abschluß. Ein Teilnehmer der Delegation reiste dann weiter nach Zonguldak, wo die Bergarbeiter sich seit dem 30. November 1990 im unbefristeten Streik befanden. Die Delegation wurde vom Menschenrechtsverein – Istanbul begleitet.

Neueste Situation seit Einführung des Ausnahmerechts vom 2. August 1990

Gespräch am 12.12.1990 mit Hatip Dicle, Vorsitzender IHD Sektion Diyarbakir

Nach dem 2. August 1990 sind wir im Rahmen der Golfkrise in eine neue Entwicklung geraten. Nach den Gesetzen 424 und 425 nannten wir die Lage folgendermaßen: man hat gegen uns einen Krieg begonnen, der nicht offiziell deklariert wurde. Aber seit dem 2. August sagen wir, daß gegen unser Volk ein offener Krieg begonnen hat. Jetzt ist es ein deklariertes Krieg, denn der türkische Staat hat in Straßburg offiziell Teile der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) für unser Gebiet außer Kraft gesetzt.

Mit der Golfkrise hat die Türkei ihre wichtige strategische Position für den Westen und die USA wiedergewonnen, denn seit der Annäherung

Annäherung der NATO und dem Warschauer Pakt, hatte die Türkei diese strategische Bedeutung weitgehend verloren. Die Türkei hat nun wieder die Chance bekommen, der NATO zu sagen, "wenn Ihr mich in dieser Situation (gemeint ist der Krieg gegen Kurdistan) alleine laßt, werden wir Euch im Golfkrieg auch nicht unterstützen."

Vorher wollten die europäischen Staaten, daß das kurdische Gebiet in die Abrüstungsverhandlungen mitbezogen wird. Trotzdem hat es am 14.11.1990 in Paris eine Konferenz gegeben, an der auch die europäischen Staaten mit Ausnahme der kurdischen Gebiete sich mit den Abrüstungsverhandlungen einverstanden erklärt haben. Sie bejahten, daß aus Kurdistan ein Waffendepot gemacht wird. Helmut Kohl sagte offen, daß er die ganzen Waffenbestände der Ex-DDR der Türkei geben werde. Nach Ausbruch der Golfkrise mußten diese Zugeständnisse der Türkei gemacht werden und die Türkei hat dies gut auszunützen gewußt.

Es gab schon vorher Zwangsevakuiierungen von Dörfern, aber nach diesen Zugeständnissen hat der türkische Staat angefangen die Dörfer abzubrennen.

Es werden nicht nur die Häuser verbrannt, sondern auch die Obstplantagen, die Tiere werden getötet und die Bienenstöcke vernichtet. Die Bauern verlieren alles was sie haben. Die Umgebung der evakuierten Dörfer wird vermint, ebenso die Hochebenen. Die Haupteinnahmequelle der kurdischen Bauern ist die Viehzucht. Die ist jetzt völlig zum Erliegen gekommen. Die Bauern, die eine bessere ökonomische Position haben, sind nach Manisa, Adana, Mersin und Izmir ausgewandert, die anderen etwa 50.000 Menschen leben heute in Zelten. Die Bauern werden vor die Alternative gestellt entweder Dorfschützer zu werden, um gegen die Guerilla zu kämpfen oder aber ihr ganzes Hab und Gut wird verbrannt und sie selber vertrieben. (s.a. Gespräche mit vertriebenen Bauern).

Als die Guerillaaktionen 1984 begannen, zeigte das Fernsehen die getöteten Guerillas und nannte sie Terroristen. Das Volk übernahm diese Bezeichnung. Heute sagt das Volk: "Das sind unsere Blutzeugen".

(...)

Nach all diesen Repressionen ist

das Volk vor ca. einem Jahr explodiert und hat angefangen massenhaft Widerstand zu leisten. (TI berichtete)

Auch AI stellt fest, daß sich nun die Folter täglich vermehrt. Gefoltert wird nicht nur auf den Gendarmerieposten oder in den Polizeistationen, sondern auch in der Öffentlichkeit, auf dem Dorfplatz.

(...)

Es gibt viele Beispiele, wo der Staat gewöhnliche Menschen tötete und dann am Abend in den Nachrichten sagt, daß PKK-Terroristen

Ich nenne nur einige

am 5.9.1990 wurde in Kurudere Hüseyin Akasian 200 Meter vor seinem Haus getötet. In den Abendnachrichten wurde gesagt, daß ein Terrorist nach einer Schießerei tot aufgefunden worden sei. Wir haben in diesem Dorf Untersuchungen angestellt. Dabei haben wir erfahren, daß Hüseyin Akasian ein geisteskranker Mann war. Er war am 4.9.1990 aus der psychiatrischen Klinik von Elazig weggelaufen und nach Hause gegangen. Auf diesem Weg wurde er getötet.

Am 6.8.1990 wurden in Hakkari, Yüksekova im Dorf Tülveren, sieben Menschen getötet. Es wurde behauptet, daß bei einer Schießerei sieben Terroristen getötet worden seien. Ihre Namen sind: Salih Ören, Ömet Ürün, Mehmet Ürün, Ömer Özgün und Sadik Yukut. Die anderen Namen sind unbekannt. Diese Leute haben an der Grenze zum Irak und Iran als Schmuggler gearbeitet, was weit verbreitet in dieser Region ist. Diese Leute wurden von einem Sondereinheitkommando festgenommen und zur Polizeistation gebracht, wo sie der Reihe nach erschossen wurden. Ihre Familien wollten die Leichen zurückhaben, aber sie wurden mit einem Bagger in eine Grube geworfen. Das ganze Dorf Yüksekova weiß das.

Am 26. August 1990 wurde auf dem Dorfplatz von Kuruköy bei Nusaybin ein ganzes Dorf gefoltert. Eine Nacht zuvor gab es in der Umgebung von Kuruköy eine Auseinandersetzung zwischen dem Staat und der Guerilla. Früh am Morgen riegelten die Soldaten dann das ganze Dorf ab. Fünf Tage durfte niemand das Dorf verlassen oder besuchen. Die Dorfbewohner wurden alle auf

Fortsetzung nächste Seite

▶ einem Platz versammelt und gefoltert. Nachdem sie geschlagen worden waren, wurden um die Penisse von den Männern Schnüre gebunden, an denen ihre Frauen dann ziehen mußten. So wurde versucht die Ehre der Menschen zu zerstören. Sie haben auch die schönsten Mädchen des Dorfes ausgesucht und gesagt, sie würden sie in die Kaserne bringen. Das heißt, daß sie vergewaltigt werden sollten.

* Frau Zubey Debag hatte Geburtsschmerzen und lag in ihrem Bett. Sie sind nach Hause gekommen und haben in ihrem Bett Blut gesehen. Dann behaupteten sie,

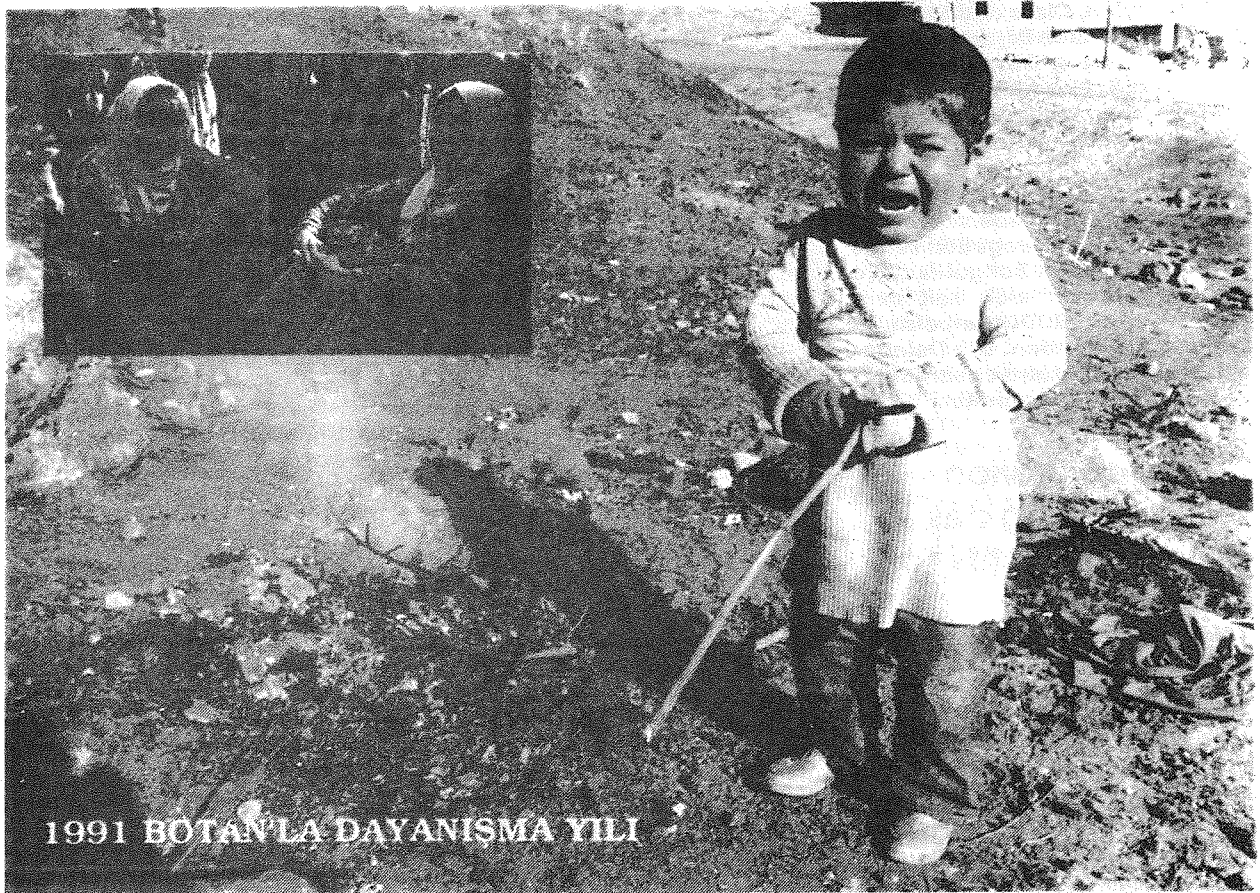
daß in der vorigen Nacht ein verletzter Terrorist hierher gekommen sei, den sie versteckt habe.

* Am 26.10.1990 wurde Yaku Aktas, ein Ladenbesitzer aus Derik durch Folter ermordet. Diesen 26.10. nenne ich deswegen, weil das der Tag war, an dem die Türkei die Antifolterkonvention unterschrieben hat. Nachher sind wir zur Kondolation von Yakup Aktas gegangen und haben mit dem Imam gesprochen, der ihn gewaschen hat. Er sagte, daß Yakup am Hinterkopf eine faustgroße Wunde und an den Armen große blaue Flecken hatte. Das ärztliche Attest sagte, daß er an Herzversagen gestorben sei. Wir verlangten eine neue Autopsie, aber

unsere Forderung wurde nicht erfüllt.

Situation in den Gefängnissen
Seit Beginn des Golfkrieges hat die Repression in den Gefängnissen stark zugenommen. Deswegen wurden viele Hungerstreiks begonnen. Heute dauern diese Hungerstreiks in Amasya, Ceyhan und Diyarbakir noch an. In Amasya und Ceyhan sind die Hungerstreiks unbefristet. Sie haben eigene Gründe und Forderungen. In Diyarbakir läuft jetzt ein zwei-tägiger Solidaritätsstreik mit den streikenden Minenarbeitern in Zonguldak.

(...)



1991 BÖTAN LA DAYANIŞMA YILI

Interview mit Rechtsanwalt F.V. - Diyarbakir

1. Zustände nach dem Hungerstreik im Gefängnis von Diyarbakir

Viele der Forderungen der Hungerstreikenden wurden erfüllt. Die Zusagen des Innenministeriums sind aber bisher nur mündlich erteilt worden. Die Forderung, daß keine Gefangenen in den Hochsicherheitsstrakt nach Eskisehir gebracht werden sollen, wurde erfüllt. Eigentlich lautete die Forderung aber die totale Schließung des Gefängnisses von Eskisehir. Diese Forderung wurde

natürlich nicht erfüllt. In einiger Zeit wird das Gefängnis von Eskisehir gefüllt werden und den Betrieb aufnehmen. Der Hungerstreik war nur ein erster Schritt.

Die Forderungen, die erfüllt wurden, sind folgende: Das Recht der Gefangenen auf eine Saalrepräsentation und Umschluß zwischen den verschiedenen Sälen. Andere Forderungen, deren Erfüllung zugesichert wurde, sind noch nicht in die Tat umgesetzt worden. Viele persönliche Dinge, wie Bücher, Zeitschriften

und Verteidigungsschriften sind den aus Diyarbakir verlegten Gefangenen noch nicht ausgehändigt worden.

2. Wer darf die Gefangenen besuchen und wie oft?

Normaler, geschlossener Besuch wird einmal pro Woche erlaubt. Um einen Gefangenen zu besuchen, braucht man jedoch den gleichen Namen wie dieser. Wenn

Fortsetzung nächste Seite

man Verwandter bis zum 3. Grad ist, braucht man für diesen Gefangenenbesuch eine notarielle Bescheinigung, daß man/frau, der/die Verwandte des Gefangenen ist.

3. Haben sie bei den Besuchen Trennscheiben?

Also, bei Besuchen gibt es eine ca. 1 qm große Öffnung. In der Mitte gibt es Eisenstangen, dahinter ein fest verankertes Eisengitter. Es ist so konstruiert, daß der/die Besucher den Gefangenen sehen können, der Gefangene jedoch die Besucher nicht, eine Trennscheibe gibt es im Gegensatz zu Antep und Ceyhan nicht.

4. Gelten die Bedingungen auch für den Anwalt, der seinen Klienten besucht?

Für Anwaltsbesuche gibt es ein spezielles Zimmer. Beide können sitzen und frei sprechen. Frei in dem Sinne, daß immer eine Tür offen bleibt und ein Wächter den Anwalt und den Gefangenen beobachtet und mithört. Vor 4 Monaten war es noch schlimmer. Es war immer ein Wächter im Zimmer. Durch permanenten Protest und Widerstand unsererseits, haben wir erreicht, daß die Wächter vor der Türe warten müssen.

5. Hat der Anwalt die Möglichkeit Dokumente mit seinem Klienten auszutauschen und wird seine Tasche kontrolliert, wenn er ins Gefängnis geht?

Ein Austausch von Dokumenten ist unmöglich, es wird alles beobachtet. Wir dürfen außer dem Dossier nichts anderes mitnehmen, also auch keine Tasche. Wir werden zweimal ganz durchsucht und auch das Dossier. Es wird geschaut, ob noch andere Dokumente da sind. Erst dann können wir zu unseren Klienten gehen. Auch der Gefangene wird zweimal durchsucht, vor dem Besuch und wenn er den Besuchsraum verläßt.

6. Schauen Sie das Dossier Blatt für Blatt durch und bekommen so alle Verteidigungsstrategien mit?

Nein, sie können nicht das ganze Dossier durchblättern. Erstens verstehen sie meistens nicht, was im Dossier steht und zweitens werden fast alle politischen Prozesse als Gruppenprozesse durchgeführt. Das heißt, viele Dossiers umfassen 500 und mehr Seiten. Aber sie schauen, ob ein Buch, eine Zeitung oder ähnliches im Dossier versteckt ist.

7. In welcher Sprache unterhalten Sie sich mit ihren Klienten,

in welcher die Familienangehörigen?

Sowohl die Rechtsanwälte als auch die Familienangehörigen sprechen mit den Gefangenen heute kurdisch. Das war bis 1984/85 verboten. Hätte man damals auf kurdisch geredet, hätte man Schwierigkeiten bekommen. Aber seit dem Hungerstreik von 1984, bei dem viele Gefangene starben, konnte kurdisch gesprochen werden. Juristisch kann man so nichts unternehmen, denn 80-90% meiner Klienten sprechen keine andere Sprache als kurdisch. Sie sind Kurden und können nicht türkisch sprechen.

8. Werden Sie hier bei Ihrer Arbeit schikaniert?

Im Gericht werden wir nicht wesentlich schikaniert, aber in den Gefängnissen. So lassen sie uns meistens eineinhalb bis zwei Stunden warten, bevor sie uns zu unseren Klienten lassen. Wenn ich zum Beispiel fünf Klienten habe, drei aus dem A-Saal und zwei aus dem B-Saal, lassen sie nicht alle fünf Gefangenen zusammen, um jeden Dialog unter ihnen zu verhindern. Und natürlich werden wir immer genau durchsucht. Die größte Behinderung für uns ist die Tatsache, daß man unsere Verteidigungsrechte einschränkt. Wir können unsere Verteidigung nur in dem Rahmen machen, welche die Gesetze, also der legale Rahmen zuläßt. Wir können keine politische Verteidigung durchführen. Wegen politischer Verteidigung mußten schon viele Rechtsanwälte die Türkei verlassen und nach Europa gehen.

9. Als wir in Siirt bei Rechtsanwalt Zübeyir Aydar waren, kamen Zivilpolizisten ins Büro und haben alles kontrolliert, passiert das bei Ihnen auch?

Bisher ist in mein Büro noch niemand gekommen, der sich als Polizist gekennzeichnet hat. Wir haben allerdings im Nachhinein feststellen könne, daß sehr viele Leute in Zivil in mein Büro kommen, viele Fragen stellen und so tun, als ob sie Klienten wären und über politische Angelegenheiten sprechen wollten.

Weil ich permanent an politischen Prozessen arbeite, nennen sie mich den Advokaten der PKK. Kürzlich haben sie mehr als 10 Leute im Gefängnis gefoltert und wollten aus ihnen die Antwort pressen, daß ich für die PKK arbeite und organisatorisch mit der PKK zusammenhänge. Manche haben unter Folter die gewünschte Aussage gemacht. Sie sagten mir, daß sie gefoltert wurden und eine von der Polizei bereits

geschriebene Aussage unterschreiben mußten, in der stand, daß ich der Advokat der PKK sei. In letzter Zeit haben sie auch angefangen, Rechtsanwälte festzunehmen, einen aus Diyarbakir und einen aus Kars. (...)

Wir Anwälte werden von der zivilen Polizei permanent beobachtet. Oftmals werden wir auch bedroht.

10. Wieviele Anwälte gibt es in Diyarbakir, die politische Prozesse haben?

Es gibt höchstens 15 - 20 politische Anwälte von insgesamt ca. 160 bei der Anwaltskammer eingeschriebenen Anwälten. Zwar sind der Anwaltskammervorsteher und zwei vom Vorstandskomitee an den politischen Prozessen beteiligt, wir haben unter diesen auch gegenseitige Solidarität als Berufspersonen, die Institution der Rechtsanwaltskammer unterstützt uns aber nicht, weder materiell und natürlich auch nicht in unserem Sinne.

12. Wieviele politische Fälle gibt es hier im Moment?

Ich selber arbeite an ungefähr 400 verschiedenen Prozessen.

13. Was für Gefangene vertreten und verteidigen Sie?

Ich verteidige Gefangene aus drei Kategorien. Die erste Gruppe betrifft etwa 30% meiner Klienten. Sie werden beschuldigt PKK Aktivisten zu sein. Die Strafe nach Artikel 125 STGB, für diese Gefangenen ist die Hinrichtung wegen Separatismus. Die zweite Gruppe wird wegen Mitgliedschaft in der PKK festgehalten. Im Gesetzbuch ist das Artikel 168 STGB und wird mit 10 - 30 Jahren oder mehr bestraft. Die dritte Gruppe wird beschuldigt, der PKK Unterschlupf gegeben und Hilfe geleistet zu haben und wird nach Artikel 169 STGB mit 6 - 10 Jahren Gefängnis bestraft. In dieser Region hier werden alle Gefangenen in irgendeiner Art und Weise mit der PKK in Verbindung gebracht.

14. Wieviele Gefangene gibt es im Gefängnis von Diyarbakir?

Ich kann keine genaue Zahl nennen. Sie ändert sich ständig. Im Moment zwischen 500 - 600 politische Gefangene.

15. Gehören die Gefangenen zu einer der drei Kategorien?

Ja, außer diesen gibt es etwa 20 - 30 wegen Meinungsfreiheit und Denkfreiheit Inhaftierte.

agh
31.01.91

Gespräch mit vertriebenen Bauern aus Siirt

1. Mann:

Sie haben uns jeden Tag auf den Gendarmerieposten gebracht und geschlagen. Zusammen mit den Dorfschützern beschimpften sie uns. Wir mußten unser Dorf verlassen, weil wir nicht Dorfschützer werden wollten. Ich mußte mein Haus und meine Tiere verlassen und nach Siirt kommen. Hier bin ich arm, wir haben hier nichts zu tun. Ich bin aus dem Dorf Bayramli.

Warum hat man Euch aus Eurem Dorf vertrieben, was wollte man von Euch?

2. Mann

Wir befinden uns in einer ganz schlechten Situation. Wir sind aus dem Dorf Garisan. Sie haben uns vertrieben und gesagt, daß wir der PKK Essen geben und ihr helfen. Sie sagten uns: entweder, nehmt ihr Waffen und werdet Dorfschützer oder ihr müßt das Dorf verlassen. Weil wir nicht Dorfschützer werden wollten, haben sie uns mit Gewalt vertrieben. Hier in Siirt gibt es sehr viele Familien aus unserem Dorf. Wir haben kein Geld für die Miete. Deshalb können wir nur für zwei Monate bleiben.

Habt Ihr in Zelten gelebt als Ihr vertrieben wurdet?

4. Mann

Ich heiße F. Bekir. Wir haben eine Zeitlang in Zelten gelebt und sind dann in Mietshäuser gezogen weil wir sie verlassen mußten.

Warum müßt Ihr die Zelte verlassen?

Wir sind Nomaden. Wir wollten auf die Hochebenen gehen, um unsere Tiere weiden zu lassen. Das haben sie nicht zugelassen.

5. Mann

Unsere Situation ist sehr schwer und schlecht. Wir brauchen eure Hilfe. Die Türkei beschimpft uns. Wir wollen, daß der Menschenrechtsverein uns hilft. Sie geben uns keine Rechte und foltern uns. In der Nacht dürfen wir nicht hinaus. Deswegen mußten wir unsere Dörfer verlassen und nach Siirt weglaufen.

6. Mann

Dieser Mann hatte 100.000 Dönüm (1 Dönüm=919 qm) Land. Er

mußte es wegen dem Ausnahmezustand verlasen, sein Vieh verkaufen und nach Siirt gehen. (...) Das Dorf heißt Bayramli aus der Provinz Eruh. Wenn du jetzt dieses Dorf besuchst, wirst du weinen, denn die Gegend ist leer, niemand darf aufs Land. Der Besitzer arbeitet jetzt als Träger in Siirt und ist so arm, daß er nicht einmal jeden Abend Brot nach Hause bringen kann.

Entweder müssen wir für den türkischen Geheimdienst arbeiten oder das Dorf verlassen.

7. Mann

Ich bin vor 7 Jahren aus Siirt weggegangen und wohne jetzt in Alanya. Hier habe ich die Leute aus meinem Dorf getroffen. Sie mußten ihre Dörfer wegen Repressionen verlassen. Ich bin zurückgekommen, weil ich wieder zurück wollte, aber dort ist niemand zurückgeblieben. Obwohl ich jetzt in der Ferne lebe, fühle ich diese Trauer.

Kennt ihr Leute, die in Zelten lebten und auch von dort wieder vertrieben wurden?

8. Mann

Ich heiße Yusuf und gehöre zum Düdiran-Klan (Asiret) und kann nicht gut türkisch. Wir mußten unser Dorf wegen den Dorfschützern verlassen. Wir wollten auf die Hochebenen, aber das ließen sie nicht zu. (...) Wir mußten unsere Häuser verlassen und unsere Tiere für ganz wenig Geld verkaufen. (...)

9. Mann

Ich heiße Semsetin Aydin. Unser Dorf wurde vor genau einem Jahr geräumt. Das Dorf liegt in Siirt-Eruh, Dagyeli. Die Dorfschützer kamen in Nacht in unser Dorf und nahmen die Nahrungsmittelvorräte weg. Am nächsten Tag versammelten sie die gesamte Dorfbevölkerung in der Moschee und Schule und ließen sie dort 2,3 Tage stehen. Wir durften nicht mal aufs WC gehen. Aus diesem Grund mußten Kinder und Erwachsene im Stehen ihre Bedürfnisse verrichten.

Unser Dorf bestand aus ca. 100 Häusern, wir mußten es alle verlassen. Ungefähr 40 Familien von Dagyeli leben jetzt in Siirt, die anderen zogen nach Ceyhan, Batman und Istanbul.

Wenn ich anfangs von den uns zugefügten Repressionen zu erzählen, brauche ich dazu mehr als 3

Tage. Wir haben sehr viel erlebt. In den letzten 3 Jahren wurden jeden Monat 10 – 20 Personen aus unserem Dorf gefoltert (...) Wenn wir das Dorf verlassen, werden gegen uns nicht viele Repressionen ausgeübt. (...) Mein Vater ist 80 Jahre alt. Vor einem Jahr haben sie angefangen, ihn zu foltern. In der Kälte haben sie ihn mit kaltem Wasser abgespritzt. Er war total nackt. Sie gaben ihm Elektrizität. Das weitere kann ich nicht sagen, ich schäme mich. In unserem Dorf gibt es niemanden, der/die nicht gefoltert worden ist. (...)

10. Mann

Wir wurden auf unmenschliche Art und Weise gefoltert.

11. Mann

Ich heiße Adil Yildirim. Wir beide kommen aus demselben Dorf. Ich komme aus Dagyeli. Jetzt leben wir in Siirt. Wir können keine Arbeit finden. Ich bin gelähmt. Vor einem Jahr haben die Soldaten unser Dorf gestürmt, damit wir dieses verlassen. (...) Einmal sind zu uns ein paar Männer gekommen. Sie sagten, daß wir diesen Männern geholfen hätten, was wir verweigerten. Dann folterten sie uns 8 Tage lang. Danach schickten sie uns nach Diyarbakir, wo wir 4 Monate blieben. Wir haben nichts getan, wir haben keine Schuld. Dann ließen sie uns frei. Ich bin aber nicht ins Dorf zurückgegangen, weil ich gehört hatte, daß alle es verlassen hatten. (...)

Sie haben unser Haus kaputtgacht, die Türen und Fensterscheiben mitgenommen. In unserem Dorf ist nichts übriggeblieben. Ich bin 3, 4 mal gefoltert worden. Ich ziehe jetzt meine Schuhe und Stümpfe aus. Du kannst sehen, wie sich unter meiner Haut das Blut gesammelt hat. Es ist über ein Jahr her, aber ich kann noch immer nicht arbeiten. Ich kann nichts spüren. Wenn man mich mit einem Messer in den Fuß schneidet, merke ich nichts. Sie folterten mich mit Ström, mit Wasser, mit allen Mitteln. Ich weiß nicht, was meine Schuld ist, ich habe nichts gemacht, aber sie folterten mich. Um unsere Genitalien banden sie Schnüre. Jetzt bin ich arbeitslos. Sie lassen mich nicht ins Dorf zurück, nicht einmal zum schauen. Das ist alles!

agh
30.01.91

BERICHT PROZESSBEOBACHTUNG

Prozeß wegen Benutzung der kurdischen Sprache

1. Einleitung

Nach unserer Reise durch den türkischen Teil Kurdistans und vor unserer Rückkehr in die Schweiz sah unser Programm vor, in Ankara den Prozeß gegen 3 kurdischsprachige Angeklagte vor dem Staatssicherheitsgericht zu beobachten.

Aus der nach wie vor großen Anzahl von politischen Prozessen die in der Türkei stattfinden, wurde vom Menschenrechtsverein der nachstehend beschriebene ausgewählt. Der Prozeßvermag, stellvertretend für eine große Anzahl von ähnlichen Verfahren, ein repräsentatives Bild zu vermitteln, wie der türkische Staat auch heute noch mit dem kurdischen Volk umgeht.

2. Der Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara

2.1. Die Anklage

Am 28. Oktober 1990 fand die Delegiertenversammlung des Men-

schenrechtsvereins (IHD) in Ankara statt. U.a. hielt dabei der Kurde VA eine Rede in seiner Muttersprache über die Situation der Kurden seit 1984. Weiter wies er auf das Problem der lebend festgenommenen PKK-Mitglieder hin, die im nachhinein jedoch als im Kampf gefallen gemeldet werden. Der Vorsitzende der Versammlung, Halit Celenk, erwähnte VA, sich in türkisch auszudrücken, worauf sich der in Istanbul tätige Anwalt AZO zur Verfügung stellte und für die nur türkisch sprechenden Delegierten die Rede übersetzte. Diesen Äußerungen wurde ein Zwischenruf angefügt der Rechtsanwalt MO zugeschrieben wurde.

Nach Abschluß der Versammlung wurden VA und AZO von der politischen Polizei angehalten und sofort in Polizeihaft genommen. Am 5. November 1990 wurde schließlich förmlich die Untersuchungshaft eröffnet. Die beiden Angeschuldigten verblieben bis zum Beginn des

Prozesses in U-Haft. MO blieb auf freiem Fuß, wurde aber in die angegebene Untersuchung miteinbezogen.

Die Anklage, die durch den Generalstaatsanwalt der Türkei vertreten wird, basiert auf Art. 142 Abs. 3 türkisches Strafgesetzbuch. Dieser Artikel, der durch die Verordnung No. 2787 "aktualisiert" wurde, penalisiert folgendes Verhalten:

Jede Person, die in einer Art Propaganda macht, die dahin gerichtet ist, die Verfassung teilweise oder gänzlich abzuschaffen und/oder, die nationalen Gefühle zu beeinträchtigen oder zu schwächen, wird mit Gefängnis zwischen fünf und zehn Jahren bestraft.

Das Verhalten der 3 Angeklagten anlässlich der Delegiertenversammlung des Menschenrechtsvereins soll, nach Meinung des Generalstaatsanwaltes, unter diesem Artikel subsumiert werden.

Fortsetzung nächste Seite



Prozeß von 18.12.90 im Staatssicherheitsgericht in Ankara gegen Vedat Aydın, Okcuoglu und Mustafa Özer (i. Bild)

2.2. Der Ablauf der Untersuchung

Unmittelbar nach der Veranstaltung wurde VA und AZO durch die politische Polizei in Gewahrsam genommen. Am 5.11.1990 wurde ihnen formell die Untersuchungshaft eröffnet die bis zum Beginn des Prozesses andauerte. Die Angeschuldigten erklärten uns gegenüber, daß sie, angesichts des prominenten Falles den sie zweifelsohne darstellten, "nicht so schlecht behandelt wurden wie alle anderen."

In der Untersuchung machte VA geltend, daß es für ihn natürlich sei, seine Muttersprache zu sprechen. Zudem wollte er auf die Verordnung No.2932 aufmerksam machen, die den Gebrauch des Kurdischen für die Verbreitung von Ideen verbietet und auf das Problem der angeblich tot festgenommenen PKK-Mitglieder hinweisen.

AZO verteidigte sich in der Untersuchung mit dem Hinweis, daß es kein Gesetz gäbe, daß eine Übersetzung verbiete. Ermachte geltend, daß es nicht verboten sein sollt, sich in seiner Muttersprache auszudrücken und, daß die Verordnung No. 2932 abgeschafft werden müßte. Später brachte er ein, daß Art. 39 Abs. 4 und 5 des Vertrages von Lausanne den freien Gebrauch der Muttersprache statuiert und die Türkei diesen int. Vertrag unterzeichnet habe und er somit geltendes Recht in der Türkei sei.

2.3. Der erste Prozesstag

Zur Verteidigung haben sich über 80 Anwältinnen und Anwälte eingefunden. Insgesamt sind 125 Vollmachten für die Verteidigung der 3 Angeklagten eingereicht worden. Eine große Solidaritätswelle für die drei Angeklagten wurde von Anwaltsverband mitgetragen. Die Anwältinnen und Anwälte sind aus der gesamten Türkei zum Prozeß angereist.

Am Dienstag, den 18. Dez. 1990, 10.00 Uhr wurde das Verfahren gegen die 3 Angeklagten VA, AZO und MO eröffnet. Unserer fünfköpfigen Delegation, einem Vertreter von Amnesty International und etwa 50 Angehörigen und Verwandten war es erst möglich, ab ca. 11.10 Uhr den prozeß im Gerichtssaal mit zu verfolgen.

(...)

Das Gericht setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen; zwei Zivilrichter, die ausgebildete Juristen sind und ein Militärrichter, über dessen Ausbildung nichts näheres in Erfahrung zu bringen war.

Bereits bei der Befragung zur Person des Angeklagten VA kam es zu ersten Schwierigkeiten. Die Fragen wurden dem Angeklagten in Türkisch gestellt und obwohl dem Gericht bekannt war, daß VA nur Kurdisch sprechen kann, war keine Übersetzung eingeplant. Der Präsident wie die in kurdischer Sprache erfolgten Äußerungen von VA als unverständlich zurück. Ebenfalls lehnte er das Angebot des zweiten Angeklagten RA AZO ab, die Wortmeldungen von VA ins Türkische zu übersetzen. Unverzüglich versuchte ein verteidigender Anwalt einen Antrag auf Übersetzung einzubringen. Der Präsident weigerte sich auf den Antrag einzugehen und verweigerte die Protokollierung des Antrages. Er stellte lediglich fest, daß die Identität von VA somit nicht festgestellt werden könne.

RA AZO beantwortete die Fragen des Präsidenten zu seiner Person in Türkisch. Einen Wortwechsel gab es lediglich, als AZO darauf bestand, daß seine Nationalität nicht türkisch ist, sondern kurdisch. Der Präsident lenkt schließlich ein und bewilligte, zum Erstaunen aller Anwesenden, diese Korrektur sogar im Protokoll. Die Befragung zur Person von RA MO, dem dritten Angeklagten, gibt zu keinen Bemerkungen Anlaß.

Der Präsident wollte dann zur Befragung der Sache kommen. Erneut stellte sich bei VA das Problem der Verständigung. Da keine Verständigung mit VA möglich war, versuchte der Präsident sofort RA AZO zur Sache zu befragen. AZO willigte aber nicht ein, sich vernehmen zu lassen, ohne das der erste Angeklagte sich selber äußern und verteidigen konnte. Es kam zu einem heftigen Wortwechsel bei dem sich auch die Verteidigung zu Wort meldete. Ein erneuter Versuch eines verteidigenden Anwaltes einen Antrag auf Übersetzung einzubringen, wurde vom Präsidenten abgelehnt. Die VerteidigerInnen protestierten heftig. In diesem kritischen Moment entschloß sich der Schreibende zu einem Zwischenruf: "It is a scandal! Every man in Europe has the right to talk his own language!" Im Gerichtssaal entstand Unruhe und die Zuschauer drückten ihre Zustimmung durch Klatschen aus. Der Präsident ließ sich aber nicht umstimmen, verweigerte den AnwältInnen weiterhin das Wort, woraufhin sie geschlossen den Saal verließen. Auch die anwesenden Parlamentarier verließen den Saal.

Dessen unbeeindruckt versuchte der Präsident zur Befragung des dritten Angeklagten überzugehen. Als auch RA MO sich weigerte auszusagen und auf die vom Mitangeklagten RA AZO gemachten Aussa-

gen verwies, verfügte das Gericht die Unterbrechung der Verhandlung.

Nach einer Unterbrechung von 20 Minuten kehrte das Gericht zurück und verkündete überraschend folgende Entscheidung:

1. Die Verhandlung wird auf den 18.1.1991 vertagt.

2. Die inhaftierten Angeklagten werden unter der Bedingung, daß keine anderen Vergehen vorliegen, vorübergehend freigelassen.

Gegen 12.45 Uhr wurde der erste Verhandlungstag abgeschlossen. Im Verlaufe des nachmittags wurden die beiden inhaftierten Angeklagten tatsächlich in die vorübergehende Freiheit entlassen.

2.4. Abschließende Bemerkung

Die aufmerksame Beobachtung des eben beschriebenen Prozesses erlaubt es unserer Delegation folgende eindeutige Feststellung zu machen:

* Verletzt wird das von der Türkei unterzeichnete Abkommen von Lausanne, das in Artikel 39 Abs. 4 + 5 den freien Gebrauch der Muttersprache garantiert.

* Die europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) wird durch die willkürliche Beschneidung der Verteidigungsrechte verletzt:

- Angeklagte können sich nicht in ihrer Muttersprache ausdrücken. Die erforderliche Übersetzung wird willkürlich verweigert.

- Anwältinnen und Anwälte müssen sich u.a. gefallen lassen, daß ihre Anträge nicht entgegengenommen werden.

- In das Verhandlungsprotokoll wird nur das aufgenommen, was vom Präsidenten dem anwesenden Protokollführer in die Schreibmaschine diktiert wird. Willkürlich werden Aussagen und Anträge bewußt verschwiegen.

- Der freie Zugang zum Gericht ist weder für Angehörige noch für internationale Beobachter gewährleistet.

- Nur durch die Entsendung von weiteren Delegationen und damit einer internationalen Präsenz kann diesen eklatanten Rechtsverletzungen Einhalt geboten werden. Die türkische Regierung, die um jeden Preis den Anschluß an Europa sucht, ist abhängig von der Meinung der Weltöffentlichkeit.

* Den türkischen AnwältInnen ist bei der Ausarbeitung von EMRK-Beschwerden die Hilfe durch entsprechende Spezialisten zukommen zu lassen.

**Für die Delegation
Beat Schuler**

Politische Verfolgung von Kindern bis hin zur Todesstrafe

Die Kinder sind unsere Zukunft. In der Türkei wird der 23. April sogar zum Feiertag für Kinder erklärt.

Für Kinder ein Feiertag, wie schön das klingt! Jedes Kind wird sich darüber freuen, wenn ihm ein Tag gewidmet wird. Sie dürfen an diesem Tag spielen, frei ihre Kindheit genießen, wenigstens einen Tag lang. Die Verfassung verbietet die Kinderarbeit und versichert, daß alle Kinder im Land zur Schule gehen können. Die Frage ist, ob diese Zusicherung reicht. In der Türkei reicht diese Zusicherung nicht.

Der Staat versucht in der Schule, die Kinder wie beim Militär zu drillen. Der Feiertag ist nicht dafür da, wie oben beschrieben, damit die Kinder wenigstens einen Tag die Freiheit genießen, sondern der türkische Staat zwingt die Kinder an diesem Tag, wie Soldaten eine Militärparade durchzuziehen und sich auch sonst wie Soldaten zu verhalten. An allen anderen Tagen müssen sehr viele Kinder wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten gehen, weil nur so die Familie überleben kann. So kommt die Schule für die Kinder an zweiter Stelle. Was sollen die Kinder mit der Schule anfangen, wenn sie keine Zukunft haben, weil die Erwachsenen das Überleben der Familie nicht gewährleisten können? Die Kinderarbeit ist und bleibt die billigste Arbeitskraft. Die Kinder arbeiten in unserem Land auf dem Feld, putzen Schuhe und machen andere Gelegenheitsjobs. Die Kinderarbeit hat seit dem Militärputsch 1980 erheblich zugenommen, ebenso die Kinderprostitution.

Diese Realitäten zwingen die Kinder, politisch mitzudenken. Allein in den letzten Monaten wurden in der Türkei über 50 Schulkinder festgenommen, weil sie

gegen den Krieg und den Kriegszustand in der Türkei protestiert haben. Der türkische Staat benutzt, besonders in Türkisch-Kurdistan, jegliche Mittel den Widerstand zu unterdrücken. Dabei ist es egal, ob es Kinder sind oder Erwachsene, die gegen den Staat sind. So wurden Mitte 1990 in T. Kurdistan 109 Kinder festgenommen, die zwischen 9 und 18 Jahre alt sind. Der Staatsanwalt verlangt für 25 dieser Kinder die Todesstrafe, für die anderen 5 - 25 Jahre Gefängnis. Diese Strafen sind gemäß Artikel 125 Strafgesetzbuch ("ein Stück von den unter staatlicher Souveränität stehenden Gebieten abtrennen wollen") beantragt worden. Folter und Unterdrückung sind in der Türkei und T. Kurdistan tägliche Realität. Der Staat macht keinen Unterschied, ob es Kinder sind oder Erwachsene, die gegen den Staat Widerstand leisten. Der türkische Staat kann vielleicht die Todesstrafen jetzt noch nicht vollstrecken, aber die Kinder können so lange festgehalten werden, die Gerichtsverfahren so lange herausgezögert werden, bis die Kinder volljährig sind. Dann kann die Todesstrafe legal vollstreckt werden. Das beste Beispiel dafür ist Erdal Eren: Er wurde vor dem Militärputsch festgenommen, er war damals 17 Jahre alt und wurde zum Tode verurteilt. 1981 wurde er hingerichtet. Das Militärgericht hatte so lange mit der Vollstreckung gewartet, bis er 18 Jahre alt war.

Wir fürchten, daß der türkische Staat jetzt gegen die 25 Kinder in gleicher Weise vorgehen wird. Deswegen müssen wir dieses unmenschliche Verfahren verhindern. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß die 109 Kinder endlich freigelassen werden.

Die Staatsanwälte wollen für Kinder den Tod:

Auch Kinder wollen sie hängen

Ülke (Diyarbakir)

Abdullah Korkmaz ist 11 Jahre alt, im Regierungsbezirk Beytüşebab, in der Provinz Hakkari, ist er als Einwohner registriert. Mit seinen Mitangeklagten, deren ältester 17 ist, und die sich ebenfalls alle in Haft befinden, wird er am 4. Okt. in Handschellen vom Diyarbakir Spezialgefängnis zum Gericht gebracht. Seite an Seite gesetzt schauen sie ihr Gegenüber verständnislos an.

Die Identität der Angeklagten wird festgestellt: Resul Aslan, geboren 1973, Halil Aslan, geboren 1973, Tufan Ölmez, 1974, Süleyman Görgeç, 1976, M. Sirin Bilir, 1976, Hursit Aslan, 1974, Ali Igit, 1978.

Der Staatsanwalt am Staatssicherheitsgericht, Metin Yücel verliest

die Anklageschrift: "Weil er beschuldigt wird, dabei angetroffen worden zu sein, wie er ein Stück von den, unter staatlicher Souveränität stehenden Gebieten mit Waffengewalt abtrennen wollte, soll er für diese Taten, gemäß § 125 Türk. Strafgesetzbuch, zur Vollstreckung der Todesstrafe ins Gefängnis gebracht werden..."

Abdullah Korkmaz soll am 10. April 1990 bei einem Gefecht mit Sicherheitskräften ertrappt worden sein. Er ist Hirte, Türkisch kann er nicht. In seinem Leben hat er keine Schule von innen gesehen. Um ihn zu befragen wird ein vereidigter Gerichtsdolmetscher herbeigerufen. In seiner Aussage sagt er nur eins: "Die Solda-

ten haben mich schwer geschlagen."

Andere Angeklagte machten die Aussage, daß sie nachdem sie von Militanten der PKK "als Soldaten genommen wurden", sich aber keiner Aktion angeschlossen hatten, verhaftet wurden. Alle gemeinsam erklären, auf der Wache gefoltert worden zu sein. "Wache" und "Folter" sind die beiden Worte, die sie am besten kennen. Weil sie die kurdischen Entsprechungen nicht sofort wissen, gebrauchen sie sie genauso (auf Türkisch).

Am Ende der Hauptverhandlung werden die Angeklagten zur Bestimmung ihres Alters zur Gerichts-

medizin geschickt und Süleyman Görgen wird zusammen mit M. Sirin Bilir freigelassen. Der Prozeß wurde auf den 16. Nov. verschoben. Unsere Arbeit, in trockener Sprache zu berichten und unsere Gefühle so oft wegzulassen, war in dieser Hauptverhandlung für jeden eine stille Tragödie. Gerade in diesen Tagen fand die Veröffentlichung der "Internationalen Deklaration über die Rechte der Kinder" statt, diese Kinder, diese Verhandlung, strafen die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal vor den Vereinten Nationen Lügen.

Im Südosten ein Kind zu sein ist schwer. Zwang, Armut und ihre Folgen nehmen täglich zu. Für die Kinder ist dies die andere Seite – im Südosten. Wenn sie von der PKK als "Soldaten genommen" werden, können sie später, selbst, wenn sie sich freiwillig ergeben, mit dem Tod bestraft werden. Der Vorgang, den wir eben geschildert haben, ist keine Ausnahme. Im Diyarbakir Spezialgefängnis werden zur Zeit genau 105 Kinder festgehalten. Für 28 von ihnen wird nach § 125 die Todesstrafe gefordert. Für die übrigen zwischen 5 und 25 Jahre Gefängnis.

Betreffend einen Teil der für die Todesstrafe vorgesehenen veröffentlichten wir eine kurze Bekanntmachung:

Ali Özdemir, geb. 1978. Am 29. Januar 1989 soll er, nach einem Geständnis auf der Wache, von Militanten der PKK entführt worden sein. Danach soll er eine militärische und politische Schulung durchlaufen haben. Er ergab sich am 15. Mai, nachdem er der Organisation entwichen war. Es wird behauptet, daß dieser elfjährige Ali in 4 Monaten an 8 bewaffneten Aktionen teilgenommen hat.

Daß Hüsnü Ülker (1973) 1989 im Monat September entführt wurde, im Oktober sich freiwillig ergeben hat, wird behauptet. Daß er in diesem einem Monat, nachdem er eine militärische und politische Schulung erfahren hatte, an einer großen Zahl einzelner Aktionen teilgenommen hat, um 11 Soldaten zu ermorden und 10 Personen zu entführen, wird behauptet. Wie er im Juni 1989 an einem Überfall teilgenommen haben soll um 11 Soldaten zu ermorden, ist ein seltsames Thema. Denn nach der Anklageschrift soll er nur im September und Oktober in der Gruppe gewesen sein.

M. Sahib Cakar (1974) soll am 20. Januar 1990 entführt worden sein und sich am 22. Febr. ergeben haben. Eine militärische und politische Schulung soll er erfahren haben. Obwohl er nicht beschuldigt wird, an irgendeinem Überfall betei-



ligt gewesen zu sein, wird die Todesstrafe verhängt.

Die anderen Kinder, für die die Todesstrafe gefordert wird, sind:

Sefer Özdemir (1978), Mehmet Fidanci (1975), Yusuf Ertürk (1974), Berces Ergin (1974), Ebubekir Yildiz (1973), Erdal Aydın (1974), Ahmet Celiker (1974), Zekir Sakar (1974), Ahmet Behcet (1973), Adil Özden (1973), Esat Uysal (1973), Yahya Öncü (1973), Cenas Coban (1973), Fazil Ayalp (1973), Hakim Sarak (1973), Mehmet Paksoy (1973), Selahattin Saygidar (1973).

(...)
Alle wurden von Militanten der PKK als "Soldaten" genommen. Nach der Logik des Staatsanwaltes ist "entführt zu werden" auch Schuld. Einer militärischen und politischen Schulung wurden sie natürlich unterzogen. Gab es dabei den Willen der Kinder? Schließlich hat sich der größte Teil von ihnen, indem er aus dem Zusammenhang floh, selbst

ergeben. Vor allem sind sie alle Kinder. Wir wollen die Todesstrafe beiseite lassen – mit der Todesstrafe belegt zu werden ist empörend genug. Wenn wir in unsere Gesetze schauen ist darin bestimmt, daß bei Menschen unter 18 Jahren die Todesstrafe nicht vollstreckt werden soll. Jedoch sind wir damit nicht beruhigt.

Staatsminister Kececiler hat die Todesstrafe noch einmal auf die Tagesordnung gebracht. (*) dabei fürchten wir, daß es in diesem Fall erneut zu einem Fall Erdal Eren kommt (Erdal Eren wurde als Sechszehnjähriger festgenommen und mit 18 hingerichtet, 1982)

aus: **Yeni Ülke**, 20–27 Dez. '90
Mustafa Gürbüz

(*) (Staatsminister Kececiler hat angedroht falls die politischen Proteste nicht eingestellt werden, werden alle Todesurteile vollstreckt)

Todesurteile gegen Minderjährige in Diyarbakir

Ergänzung zu einem Artikel in der Wochenzeitung "Yeni Ülke", 2.11.90

Zur Zeit werden vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir 26 Minderjährige abgeurteilt für alle wird die Todesstrafe gefordert. Die 26 Personen gehören nicht alle der gleichen Gruppe an. Ihre Akten werden ohne Unterschied zu den Volljährigen in Massenprozessen gegen die jeweilige Ortsgruppe der PKK mitverhandelt. In der Regel wurden diese Jugendlichen bei Razzien gegen die Guerilla gefangengenommen, einige von ihnen hatten

sich freiwillig gestellt. Sie alle waren entweder von der PKK "entführt worden" oder hatten freiwillig Anschluss an die Organisation gesucht. Bei den Jugendlichen handelt es sich um;

Ahmet Celiker (16) verschwand am 14.9.89 aus seinem Dorf und soll an mehreren Aktionen der PKK teilgenommen haben, er hat sich den Sicherheitskräften ge-

stellt. Er wird zusammen mit erwachsenen Angeklagten im Prozeß gegen die PKK Ortsgruppe Silvan abgeurteilt.

Erdal Aydin (16) verschwand zusammen mit Ahmet Celiker. Ihm wird auch das Gleiche vorgeworfen, auch er hatte sich gestellt.

Mehmet Fidanci (15) s.o.

Cengiz Coban (17) verschwand im April 1990 aus seinem Dorf. Er wird im Verlauf einer Razzia festgenommen und ihm wird vorgeworfen, einen Dorfschützer getötet zu haben. Es gibt allerdings 5 namentlich bekannte Zeugen aus dem Dorf, die bezeugen, daß er den Schützer nicht getötet hat. Die Sache wird im Prozeß PKK Bozova verhandelt.

Fazil Aydin (17) s.o. auch Fazil hat Zeugen, daß er den Dorfschützer nicht umgebracht hat.

Berces Engin (16) ist im Frühjahr zu der Organisation gestoßen und hat sich im Herbst 1990 gestellt. (PKK Cizre Prozeß)

Ahmet Behcet (17) ist aber nur laut Ausweis 17 Jahre alt. In Kurdistan ist es üblich, daß vor allem Jungen "älter gemacht" werden als sie sind, damit sie schon früher arbeiten und die Familie miternähren können. Ahmet ist laut Zeugenaussagen und Schätzungen seines Anwaltes höchstens 13 Jahre alt. Er soll an 5-7 bewaffneten Aktionen der PKK teilgenommen haben. (PKK Pervari Prozess)

Ali Özdemir (12): der damals 12-jährige Sohn eines bewaffneten PKK-Mitglieds. (PKK Cizre Prozeß)

Sefer Özdemir (12) s.o. Die beiden sind zusammen aus ihrem Dorf verschwunden.

Yusuf Ertürk (16) stieß im Februar 1989 zu der Organisation und wurde im Sommer des gleichen Jahres festgenommen.

Ebubekir Yıldız (17) wurde im Februar 1990 bei einer Razzia festgenommen und wird im PKK Sirnak Prozeß abgeurteilt.

Hüsnü Ülker (17) Er ist im September 1989 zu der Organisation gestoßen. Im Oktober hat er sich gestellt. In diesem Monat soll er, nach Angaben des Gerichts, sowohl im Ausland politisch und militärisch ausgebildet worden sein, als auch an mehreren Aktionen teilgenommen und 11 türkische Soldaten getötet haben. Obwohl er selbst angab, im September von der PKK "entführt" worden zu sein, wird ihm vorgeworfen, im Juni schon an einer Aktion teilgenommen zu haben, im Verlauf derer mehrere türkische Soldaten getötet wurden.

Salih Cakar (16) gibt an, im

Januar 1990 von der PKK entführt worden zu sein und stellte sich am 22.02. freiwillig. Obwohl ihm keinerlei Teilnahme an irgendeiner Aktion vorgeworfen werden konnte, wird auch für ihn die Todesstrafe gefordert.

Zeki Sakar (17) stieß 1988 zur Organisation und stellte sich noch im gleichen Jahr freiwillig.

Hakim Sarak (17), s.o.

Adil Özden (17) s.o.

Esat Uysal (17) s.o.

Yahya Encü (17) s.o.

Anmerkungen zu allen oben aufgeführten Fällen:

In so gut wie keinem der Fälle läßt sich eine Teilnahme an bewaffneten Aktionen nachweisen. Hier wird Kollektivschuld geltend gemacht. Alle "Vergehen" die dieser Gruppe zur Last gelegt werden, werden abgeurteilt. Schenkt man den Gerichtsprakontrollen Glauben, so handelt es sich bei diesen Angeklagten um die reinsten "Wunderkinder", die in wenigen Monaten in der Lage waren,

Die Verfolgung von Kindern

Nermin Alkan, eine der im letzten Jahr inhaftierten 33 Jugendlichen, die in der Türkei politische Straftaten begangen haben sollen, wurde am 2. Tag der Verhandlung vor dem Staatssicherheitsgericht-Istanbul freigesprochen. 3 weitere Angeklagte die alle über 18 Jahre alt sind wurden ebenso freigesprochen.

Nermin Alkan war 9 Tage im "Politischen Hauptquartier" in Istanbul und 64 Tage im Gefängnis inhaftiert. Sie wurde angeklagt weil sie ein Anti-Kriegs-Poster an eine Wand ihrer Hochschule geklebt hatte. Sie bezeugte vor Gericht mehrmals von der Polizei geschlagen und mißhandelt worden zu sein. Sie mußte sich deshalb einer detaillierten Untersuchung unterwerfen.

Vom Rektor der Hochschule wurde Nermin Alkan als die Plakatkleberin identifiziert. Au Grund einer legalen Anmahnung, Minderjährige zu Schützen wurde sie der Polizei noch während der Studienzeit ausgeliefert. Sie wurde angeklagt einer illegalen politischen Organisation anzugehören, seit dem sie die Anti-Kriegs-Poster geklebt hätte.

In der ereignisreichen ersten Anhörung bei ihrer Verhandlung am 3. Dezember wurden 62 Menschen

sowohl im Ausland militärische und politische Ausbildung zu absolvieren, als auch an mindestens 5 bewaffneten Aktionen teilzunehmen. Auch die Tatsache, daß sich ein Großteil der Jugendlichen freiwillig gestellt hat wird vom Staatsanwalt ebensowenig beachtet, wie deren Aussagen, die PKK hätte sie entführt. Selbst im türkischen Strafgesetzbuch ist für Jugendliche unter 18 Jahre keine Todesstrafe vorgesehen. Der Staatsanwalt verstößt also mit seinem Plädoyer auch gegen türkische Gesetze. Es ist zu vermuten, daß zumindest, was die 17-jährigen angeht, gehofft wird, bis zur Urteilsverkündung hätten sie das 18. Lebensjahr erreicht. Doch auch das wäre nicht in Sinne der Gesetzgebung, da das Alter zur "Tatzeit" ausschlaggebend ist.

Da alle Jugendlichen nicht von ihrem Haus weg sondern zusammen mit Guerillatruppen festgenommen worden sind, oder sich gestellt haben, ist unvermeidlich, daß ihnen der Prozeß gemacht werden wird. Es ist jedoch zu fordern, daß man ihr Verfahren von dem der Erwachsenen abtrennt, und daß sie zumindest zu gesetzmäßigen Bedingungen abgeurteilt werden.

festgenommen, nachdem sie in Schlägereien mit der Polizei verwickelt wurden. Der Ankläger forderte für die Jugendlichen eine Strafe von 20 Jahren.

Die vier Verteidiger berieten sich darauf, das die Angeklagten "fortschrittliche Individuen" seien, wiesen aber die Behauptung zurück, sie seien Mitglieder illegaler Organisation.

Nermin Alkan fragte: "Ist es ein Verbrechen gegen einen ungeordneten Krieg zu sein? Wollt ihr den Hunger und die Zerstörung, die der Krieg mit sich bringt?". Sie klagte ebenso die Presse an, die ihren Minderjährigenstatus hochspielen würde.

Nach der Entlassung seiner Tochter sagte Hüseyin Alkan, es sollte seiner Tochter erlaubt sein, Vorlesungen zu besuchen bis das Administrative Gericht in Ankara einer Anklage der Familie gegen die Schule stattgeben würde.

Nermin Alkan war eine von 33 bekannt gewordenen angeklagten Jugendlichen, die augenscheinlich auf Grund von Lapalien verfolgt wurden, und zwar mit einer völlig unangemessenen Regidität.

Quelle: Info-Türk

Bilanz der Menschenrechte 1990 von der Menschenrechtsstiftung

Die Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte in der Türkei können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Todesstrafen

Im TStGB wurde für 15 Straftaten die Todesstrafen aufgehoben. Einer Erklärung des Justizministeriums zufolge, profitieren derzeit 62 verurteilte Personen davon. Trotzdem liegen dem Parlament immer noch 315 Todesurteile zur Bestätigung vor. Der Anstieg der bewaffneten Überfälle und Bombenanschläge haben zu Drohungen aus Regierungskreisen, allen voran dem Staatspräsidenten Özal, geführt, daß Todesurteile wieder vollstreckt werden müssen. (Seit 1984 ist deren Vollzug ausgesetzt. -T) So können diese Gefangene als Geiseln in der Hand des Staates betrachtet werden. Darüber hinaus steht auf 40 Straftaten immer noch die Todesstrafe. Die Türkei ist das einzige Mitglied des Europarates, das das Protokoll Nr. 6 nicht ratifiziert hat; und sie ist eine von sieben Ländern der KSZE, die bis jetzt die Todesstrafe noch anwenden.

Folter

Auch 1990 hat es wieder Foltervorwürfe gegeben. Mißhandlungen bei der Polizei und beim Verhör nahmen sogar zu. Unter anderem hat eine Untersuchung in Izmir ergeben, daß von 200 nicht politisch verurteilten Gefangenen, 90 gefoltert worden sind. Ein Umstand, der die Folter ermöglicht, ist daß Verdächtige und Angeklagte vom Zeitpunkt ihrer Verhaftung an, keine Möglichkeit mehr gegeben wird, sich mit einem Anwalt zu treffen. Vom Ministerpräsidenten und dem Justizministerium wird zwar behauptet, daß sie Verordnungen erlassen haben, die diese Möglichkeit schaffen sollen, doch diese Verordnungen sind mit einer Reihe Klauseln verknüpft (der Verdächtige oder Angeklagte muß nach einem Anwalt verlangen; die Polizei muß den zuständigen Staatsanwalt davon unterrichten und der muß schließlich die Erlaubnis erteilen). Wegen der daraus resultierenden willkürlichen Handhabung ist es immer noch nicht sichergestellt, daß verhaftete einen Anwalt sprechen können. Darüber hinaus sind Beauftragte des Europarates, die den Foltervorwürfen nachgehen wollten, an ihrer international festgelegten Kontrollfunktion gehindert worden. Ein weiterer Umstand, der die

Folter ermöglicht ist, daß Gefangene aus den Gefängnissen von der Polizei erneut zum Verhör oder Zeugenaussagen gebracht werden können.

Sicherheitsprüfungen

Die Verordnungen zur Sicherheitsprüfung, die vom Kassationsgerichtshof aufgehoben wurden, sind wieder in Kraft gesetzt worden (Gesetzesblatt, 13.4.1990). Nach den neuen Verordnungen werden ausnahmslos alle Angestellten im öffentlichen Dienst und Beamte einer Sicherheitskontrolle unterzogen. Bei dieser Untersuchung werden auch Erkenntnisse von "Nachrichteneinheiten" herangezogen. Das alte System wird also wieder angewendet und das sogar in verschärfter Form.

Persönliche Freiheiten

1990 hat sich die Angewohnheit der Polizei Menschen leicht festzunehmen noch verstärkt. Unter den willkürlichen Festgenommenen waren: Angestellte und Beamte, die von der FAO (Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der UN-TI) Essenshilfe haben wollten; Frauen, die mit Trillerpfeifen protestieren wollten; Beobachter von Gerichtsverhandlungen; Personen, die "Nein zum Krieg" sagten, u.a.... Eine 16 jährige Schülerin, die einen Karton mit der Aufschrift "Nein zum Krieg" in ihrer Schule aufgehängt hatte, wurde erst nach zwei Monaten Inhaftierung wieder freigelassen. Diese Beispiele machen einmal mehr deutlich, daß die Tatsache, daß es keine Gesetzesbestimmungen gibt, die die Inhaftierung beschränken, die persönliche Freiheit ständig bedroht.

Religions- und Gewissensfreiheit

In einem Schreiben des Amt für religiöse Angelegenheiten an die Gouverneure, wird die geheime Mitteilung, der Namen von Personen verlangt, die sich in den letzten zehn Jahren vom Islam abgewandt haben. (Milliyet 26.10.1990). Darüber hinaus wurde mit dem Gesetz Nr. 3670 vom 25.10.1990, die Bekleidungsfreiheit an den Hochschulen wieder eingeführt. Die frühere Gesetzesbestimmung (vor 1980), daß aus "religiösen Gründen" Kopftücher getragen werden können, war vom Verfassungsgericht aufgehoben worden, mit der Begründung, daß sie dem Verfassungsprinzip des

Laizismus widerspreche.

Gedanken- und Meinungsfreiheit

Diskussionen um die Paragraphen 141, 142 und 163 TStGB standen wieder auf der Tagesordnung. Regierungskreise forderten die Oppositionsparteien auf, zu diesen Paragraphen Stellung zu nehmen. Dabei war klar, daß die SHP die Ansicht vertrat, daß die Paragraphen abgeschafft werden müssen. Doch Regierungsstellen vertraten die Meinung, daß die Abschaffung der Paragraphen der Verfassung widersprächen. Der zu diesem Thema vorbereitete Regierungsentwurf ist gegen Jahresende wieder zurückgezogen worden. Bei der Anwendung der Paragraphen in der Praxis, waren keine Lockerungen festzustellen. Einer Verlautbarung des Justizministerium vom 14.11.1990 zufolge, sind zur Zeit 1269 Personen aufgrund dieser Paragraphen angeklagt. Zwischen 1981 und 1990 sollen es insgesamt 10 949 Personen gewesen sein. 1990 stieg die Zahl der Prozesse wegen Beleidigung des Staatspräsidenten erheblich an. Wenn man noch die Fälle dazu nimmt, bei denen aus Beleidigung "Gesinnungsstrafaten" gemacht worden sind, dann sind in diesem Jahr 43 Prozesse/davo 16 gegen Journalisten) eröffnet worden. Auch wurden Journalisten wegen Verstößen gegen das Gesetz gegen die Verunglimpfung von Atatürk verurteilt. Auch Personen, die in einer vom Gesetz verbotenen Sprache (gemeint ist Kurdisch) Reden hielten oder diese übersetzten, wurden festgenommen und es wurden Prozesse gegen sie eröffnet.

Pressefreiheit

Die antidemokratischen Bestimmungen in der Verfassung und im Pressegesetz und deren Anwendung, haben auch in diesem Jahr die Pressefreiheit beeinträchtigt. Bei einigen Zeitungen wurde durch Gerichtsbeschuß der Vertrieb verhindert (Bugün, Günes, Günaydin u.a.). Außerdem wurde gegen die Zeitung "Sabah" ein "Veröffentlichungsstop" beschlossen. Darüber hinaus sind ständig linke Zeitschriften durch richterlichen Beschuß konfisziert worden. Weitere wesentliche Prob-

Fortsetzung nächste Seite

leme sind die Monopolisierung und die Selbstzensur innerhalb der Presse.

Die Selbstzensur wurde besonders deutlich mit einer Anordnung des Besitzers der Zeitung "Günes". Die Journalisten dieser Zeitung sollten verpflichtet werden, über Zypern nur in einer ganz bestimmten, von ihm gewünschten Art und Weise zu berichten. Presseorgane und -mitglieder wurden sogar physisch angegriffen. Zwei Journalisten (Cetin Emec und Turan Dursun) kamen ums Leben.

Freiheit der Künste

Ziemlich viele Konzerte wurden von Gouverneuren mit der Begründung verboten, daß sie die "öffentliche Sicherheit stören" würden. Auch Theaterstücke und Kinofilme waren davon betroffen. Das Theaterstück "Pir Sultan Abdal" (Sänger im 17. Jh. und Widerstandskämpfer), das in Ankara seit 1967 aufgeführt wurde, wurde vom Istanbuler Gouverneur nach der 13. Aufführung verboten. Später wurde das Verbot durch ein Gerichtsurteil aufgehoben. Auf dem Gebiet des Kinos war ein wichtiges Ereignis, das Verbot des Filmes "Naked Gun", mit der Begründung, daß er Szenen enthält, die Khomeini herabsetzen.

Vereins- und Stiftungsgründungsfreiheit

Der Gouverneur von Ankara, hat es in einer Verordnung für "gesetzeswidrig" erklärt, daß Angestellte und Beamte Vereinen beitreten können. Doch im Vereinsgesetz finden sich keine derartigen allgemeinen Verbote, vielmehr wird den Angestellten im öffentlichen Dienst mit wenigen Ausnahmen sogar das recht auf Vereinsmitgliedschaft zuerkannt.

Darüber hinaus wurde die Vereinsarbeit auch weiterhin durch Gesetz extrem beschränkt. Die Menschenrechtsstiftung mußte z.B. eine lange gerichtliche Prozedur durchlaufen, bevor sie registriert werden konnte.

Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit

Bei einer der wesentlichsten kollektiven Grundfreiheiten, dem Versammlungs- und Demonstrationsrecht, gab es 1990 erhebliche Einschränkungen. Die 1. Mai Kundgebungen wurden mit verschiedenen Begründungen, wie der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten. Die Bilanz des 1. Mai schlägt sich in folgenden Zahlen nieder: 40 Menschen wurden verletzt, davon einer schwer; allein in Istanbul wurden offiziellen Angaben zufolge 3 304 Menschen festgenom-



men; in der gesamten Türkei sind immernoch an die 130 Menschen im Gefängnis, von denen inzwischen 33 verurteilt sind. Außerdem gab es Verbote von "Nein zum Krieg"-Veranstaltungen, Versammlungen von Angestellten und Beamten, die eine Gewerkschaft aufbauen wollten; Versammlungen zu Menschenrechtsthemen; eine Veranstaltung in Ankara zum Thema "Die Frau und ihre Probleme"; Treffen von Oppositionsparteien (Istanbul, SHP und SP).

In Ankara hat der Gouverneur sogar solchen Veranstaltungen wie ein Schachturnier, Volleyballturniere, Fahrradrennen usw. keine Genehmigung erteilt

Ausnahmezustand

In den südostanatolischen Provinzen wurden durch verschiedene Ausnahmezustandsregelungen die Grundfreiheiten erheblich beschränkt. Die Dekrete mit Gesetzeskraft haben sich auch außerhalb des Ausnahmezustandsgebietes ausgewirkt, u.a. auf die Pressefreiheit. Das Verfassungsgericht hat sich damit befaßt, und wollte einige Regelungen außer Kraft setzen. Um dem zuvorzukommen und die bevorstehenden Änderungen durch das verfassungsgericht ins Leere laufen zu lassen, hat die Regierung ein neues Dekret (NR.430) erlassen, daß die alten Dekrete Nr. 424 aufhebt und 425 verändert

Gerichtswesen

Der oberste Richter des Kassationshofes wollte die Rede des Vorsitzenden des Anwaltskammer (der Vorsitzende der Anwaltskammer hielt früher kritische Reden) zur Eröffnung des neuen Justizjahres lesen. Das wurde als "Zensurversuch" bewertet und rief breiten Protest hervor. Die Anwaltskammer nahm schließlich nicht an den offiziellen Feierlichkeiten teil. Dieser Vor-

fall hat die Zweifel an der Unabhängigkeit der Gerichte noch verstärkt.

Gewerkschaftliche Freiheiten

Auf diesem Gebiet waren 1990 die Bemühungen der Angestellten im öffentlichen Dienst ihre gewerkschaftlichen Rechte zu nutzen, das wichtigste Ereignis. Einige Angestellten- und Beamtengruppen haben Gewerkschaften gegründet (z.B. lehrer, Angestellte in Stadtverwaltungen). Das 2. Arbeitsgericht in Ankara hat ein Verfahren gegen die Gründe der Erziehungsgewerkschaft eingestellt.

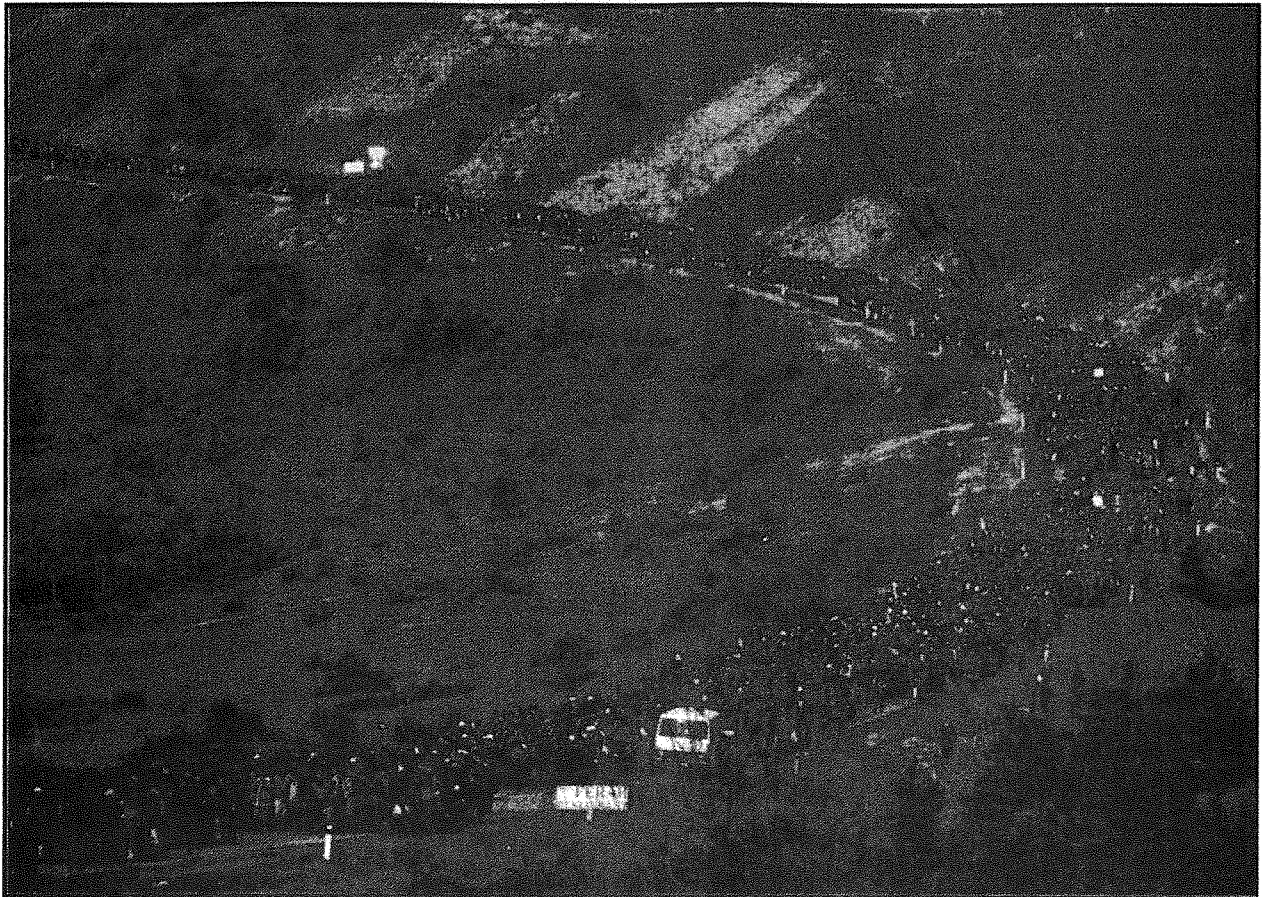
Am Ende des Jahres hat es wichtige Streikbewegungen gegeben. Am 3.1.1991 sind die Arbeiter nicht zur Arbeit gegangen.

IMPRESSUM:

Hrsg.:
Türkei Informationsbüro
c/o. S. Hasselbring
Postfach 910843
D- 3000 Hannover 91
+
Anschriff:
Türkei Informatinsbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91
Telefon: 0511 / 31 86 54
Telefax: 0511 / 31 86 52
+

Erscheinungsweise:
2 monatlich
+

Namentlich gekennzeichnete
Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der
Redaktion wieder!



”...DASS DIE ARBEITER DURCH DIE STREIKS SCHADEN NEHMEN...”

ENDE DES STREIKS IN ZONGULDAK

Aufgrund von Sicherheitsbedenken und Informationen, daß die Arbeiter durch die Streiks Schaden nehmen, werden alle Streiks für sechzig Tage ausgesetzt. Mit diesen Worten verkündete Kabinettsprecher Mehmet Yazar das Streikverbot der türkischen Regierung am 26. Januar 91.

12 STUNDEN ARBEIT FÜR EIN KILO FLEISCH

Betroffen von diesem Verbot sind 115.000 streikende ArbeiterInnen und einige Hunderttausend weitere, die sich im Streikvorbereitungen befanden. Grund für diesen Massenstreiks ist die Wirtschaftslage in der Türkei. Aufgrund des durch den IWF diktierten monetaristischen Wirtschaftsprogramms der letzten 11 Jahre (seit dem 24. Januar 80) hat sich eine Massenverelendung riesigen Ausmaßes vollzogen. Die Kauf-

kraft lag 1990 nur noch bei 30-40% von 1980. In konkreten Zahlen: Ein Arbeiter mußte 1990 für 1 kg Brot 54 Minuten arbeiten (1980 11 Min.), für ein kg Fleisch gar 12 Stunden (1980 3 Std.). Für eine durchschnittliche Monatsmiete arbeitete er 1990 2 1/2 Monate (1980 27 Tage). Medikamente haben sich in den letzten 10 Jahren um 275% verteuert, die Krankenhauskosten stiegen um 350%.

ZIEL DES STREIKVERBOTES: ZONGULDAK

Das eigentliche Ziel des Streikverbotes waren die 48.000 Bergarbeiter der 1,1 Mio Einwohner zählenden Stadt Zonguldak. Die Kumpel von Zonguldak befanden sich seit dem 30. November 90 im Streik, dem größten seit dem Putsch von 1980. Sie forderten Lohnerhöhungen von Brutto 500% (ihr Monatslohn liegt bei nicht einmal 250 DM). Der Vorschlag des Arbeitgebers (des Staates) lag bei einer Bruttoerhöhung von ca 300% verteilt auf zwei Jahre, und dies bei einer Jahresinflation von 70%. Weitere Forderungen waren sichere

und modernere Kohlegruben. So gab es 1989 bei Arbeitsunfällen 20 Tote und 6474 Verletzte, in den ersten 10 Monaten von 1990 22 Tote und 5600 Verletzte. Die durchschnittliche Lebenserwartung in der Türkei liegt bei 67 Jahren, in Zonguldak sind es 47 Jahre. In den Kohlegruben von Zonguldak werden pro Arbeiter und Tag 332 kg Kohle abgebaut, in europäischen Kohlegruben sind es mehrere tausend Kilo. Um die technische Rückständigkeit der saattlichen Minen, in die seit Jahrzehnten nichts mehr investiert wurde, auszugleichen und den marktüblichen Preis einzuhalten, drückt man die Arbeitslöhne weit unter das Existenzminimum herab.

”NICHT WIR SIND PLEITE, SONDERN ÖZAL”

Doch nicht die 500% Lohnerhöhung, die die Kumpel forderten versetzten die Regierung in Angst und Schrecken, sondern die Tatsache, daß ganz Zonguldak der Regierung

Fortsetzung nächste Seite

den Kampf ansagte, daß die Arbeiter erkannt haben, wer für ihre Lage verantwortlich ist. *"Der dicke in Ankara ist ein Arbeiterfeind", "Zonguldak wird das Grab der Regierung"* waren die häufigsten Parolen der Arbeiter. Der Vorsitzende der unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft "Genel Maden Is" Denizler erklärte das Ziel des Streiks so: *"Wir wollen Özals Kopf... Nicht wir sind pleite, sondern Özal. Die Regierung hat mit ihrer Politik die Arbeiter ins Elend getrieben... Dieser Streik und die folgenden werden das Ende von Özal und seiner ANAP sein."*

Der Streik wurde nicht nur von den 48.000 Bergarbeitern geführt. Die Parole "Zonguldak leistet Widerstand" kann wörtlich genommen werden. So fanden tägliche Großdemonstrationen und Kundgebungen von Hunderttausenden statt, Frauendemos, Kinderdemos, Schulboykotte... Die Ärztekammer, der Ingenieursverband, die Vereinigung der Einzelhändler, die Journalisten und viele mehr erklärten sich solidarisch und nahmen an den Aktionen teil. Alle Demonstrationen und Kundgebungen waren nicht genehmigt, d.h. "illegal". Normalerweise werden illegale Demonstrationen sofort auseinandergetrieben, notfalls auch mit Schußwaffeneinsatz. Doch die 10.000 Polizisten,

die die Regierung nach Zonguldak geschickt hatte, wagten es nicht einzugreifen. Lediglich an anderen Orten versuchte man Solidaritäts- und Unterstützungsaktionen mit Polizeiknüppeln und Festnahmen zu verhindern.

MARSCH NACH ANKARA

Am 4. Januar, am Tag nach dem eintägigen Generalstreik, an dem sich 2 Millionen ArbeiterInnen beteiligt hatten, machten sich 80.000 Menschen zu einem "Marsch nach Ankara" auf. Sie hatten versucht mit Bussen zum Sitz des Staatspräsidenten nach dem 280 km entfernten Ankara zu fahren und waren daran gehindert worden. (Näheres zu dem Marsch in dem Augenzeugenbericht "Alle Berge und Steine hören auf die Stimme der Bergarbeiter"). In der Stadt Mengen wurden sie am 3. Tag ihres Marsches durch 1500 Polizisten aus Spezialeinheiten, durch über 1000 schwer bewaffnete Gendarmen, durch Straßensperren aus Bulldozern gestoppt und zum Umkehren gezwungen. Doch die Barrikaden waren nicht der einzige Grund dafür, daß die Arbeiter umkehren mußten.

"EINE VOLKSBEWEGUNG KANN ZUM BÜRGERKRIEG FÜHREN"

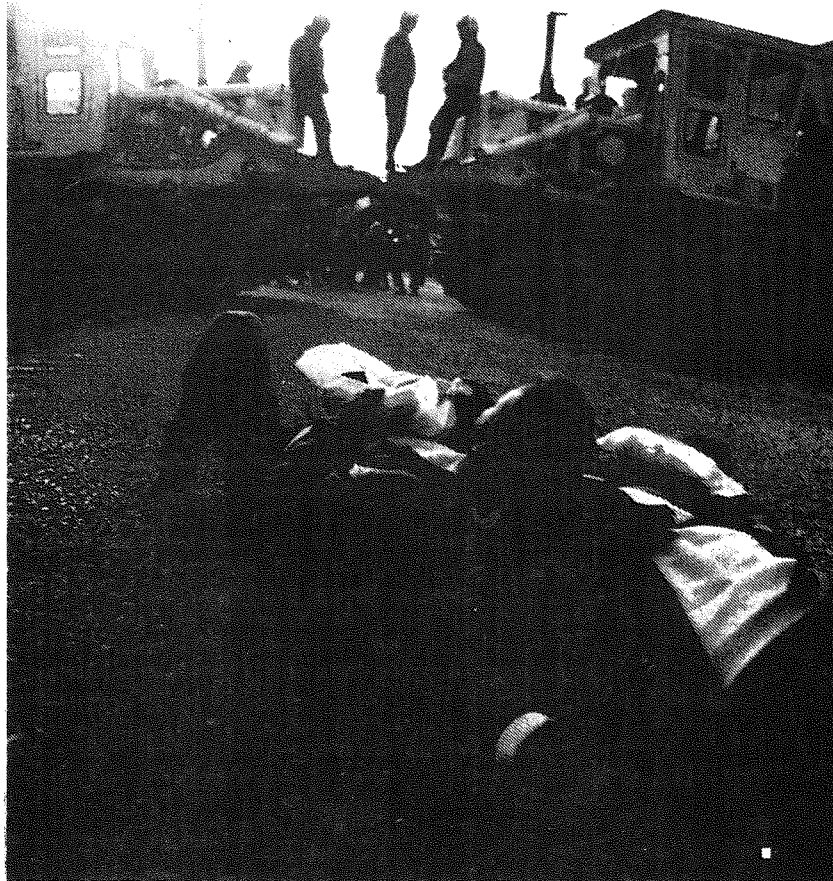
Auch die großen Oppositionsparteien DYP und SHP, die zuvor auf Kundgebungen in Zonguldak ihre Solidarität mit den Streikenden bekundet hatten und versucht hatten, durch die Krise in die der Streik die Regierung stürzte, Frühwahlen zu erreichen, stellten sich den Arbeitern in den Weg und bewiesen so ihre Regimetreue. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei SHP, İnönü, zog mit den Worten "eine Volksbewegung kann zum Bürgerkrieg führen" seine nach außen zur Schau getragene Unterstützung zurück. Demirel, der Vorsitzende der konservativen Partei des Rechten Weges DYP rief die Arbeiter dazu auf, "diesen Marsch sofort heute abend zu beenden."

Die Gewerkschaftsführung von Genel Maden Is, die die Arbeiter und den Streik anführten und die, im Gegensatz zu früheren Zeiten sich zum Teil die politischen Aufgaben der Arbeiterklasse zu eigen gemacht hatte (in dieser Zeit, in der es keine politische Führung der Arbeiter gibt), konnte die Barrikaden, die das politische Regime repräsentierte, nicht überschreiten.

ZONGULDAK WAR ERST DER ANFANG

Und so wurde 10 Tage nach dem Verbot des Streiks, am 6.2.91 ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeiter von Zonguldak erhalten nicht einmal 300% brutto Lohnerrhöhung im ersten Jahr. Ihr durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst erhöht sich damit von 478.000 TL (ca 230 DM) auf 1.870.000 TL (ca 850 DM), gefordert waren 2,5 Mio TL brutto.

"Während des 2. Weltkrieges haben sie unsere Großväter zwangsweise in den Minen arbeiten lassen. Jetzt wollen sie uns mit dem Golfkrieg als Vorwand zwingen, zu arbeiten... In Mengen haben sie und den Weg mit Gewehren abgeschnitten, wollen sie uns auch mit Gewehren zur Arbeit zwingen?" Diese Reaktion der Bergarbeiter auf das Streikverbot zeigt die Einsicht der Arbeiter in die Tatsache, daß die Regierung die Kriegssituation zur Befriedung der inneren Konflikte ausnützt und sie macht deutlich, daß die Arbeiter bereit sind, weiterzukämpfen. Die Arbeiter haben ihren Kampf – was die Lohnforderungen angeht – verloren. Aber sie haben der ganzen Türkei ihre Stärke und Entschlossenheit vor Augen geführt, sie haben deutlich gemacht, wer für ihre Lage verantwortlich ist. Zonguldak war erst der Anfang. Die Regierung hat Grund, vor der nächsten Streikwelle Angst zu haben.



"ALLE BERGE UND STEINE HÖREN AUF DIE STIMME DER BERGARBEITER"

Augenzeugenbericht: Besuch bei den streikenden Bergarbeitern von Zonguldak auf ihrem Weg nach Ankara; Sonntag, den 6.1.91

(...)

Am 4. Januar 1991 machte sich ca. 70.000 Streikende und Unterstützer (z.T. mit ihren Frauen) auf den Weg zu einem ca 280 km langen Marsch zum Regierungssitz in Ankara. Unter anderem dadurch gewinnt der Streik, dessen Forderungen ökonomischer Natur sind, und nicht zuletzt in einer Vorkriegsperiode, einen unübersehbar politischen Charakter. Sie wollen ihre Forderungen nach menschlichen Arbeitsbedingungen in den Minen, nach einer Garantie der Regierung, die Minen nicht zu schließen, sondern sie zu modernisieren, direkt bei Özal und Akbulut durchsetzen. (...) Am ersten Tag ihres Marsches deckten sich die Streikenden und ein Teil ihrer Frauen mit Lebensmitteln für einen Tag ein. Nachdem die Stadtverwaltung der Schwarzmeerstadt mithilfe der Sicherheitskräfte die Busse für die Streikenden daran gehindert hatte, in die Stadt hineinzufahren, macht sich die Entschlossenheit der Arbeiter bemerkbar: *"Auch wenn es so ist, unser Ziel bleibt Ankara!"* Und: *"Özal, wir kommen, was hast Du uns zu sagen!"* Sie singen ein umgetextetes Volkslied: *"Ankara, deine Straßen sind aus Steinen gemacht, du provozierst uns..."* Als sie das Gefängnis der Küstenstadt passieren, kommen Rufe nach Generalamnestie aus dem Knast: *"Räumt die Gefängnisse!"* Die Streikenden antworten: *"Die Arbeiter von Zonguldak sind die Hüter der Demokratie."* Ständig tauchen neue Parolen auf. Am Nachmittag rufen sie: *"Cankaya (Regierungssitz Özals), wir kommen, um deine Ohren zu öffnen. - Alle Berge und Steine hören auf die Stimme der Bergarbeiter."*

Die Leute in den kleinen Ansiedlungen, an denen sie vorbeiziehen, bekunden ihre Sympathie, applaudieren ihnen, unterstützen sie materiell und moralisch. Sie bieten ihnen ihre Kaffeehäuser, Lokale und Wohnungen zum übernachten an und verpflegen sie. Wie viele andere linke und fortschrittliche Einzelpersonen und Organisationen, die schon vorher nach Zonguldak gepilgert sind, um das bisher größte Streikereignis seit 1980 aus nächster Nähe zu erleben und zu unterstützen, machen auch wir uns mit einigen türkischen FreundInnen und Genos-

sinnen auf den Weg. Als wir von der einzigen Autobahn, und der damit wichtigsten Straße der Türkei in Richtung der Stadt Mengen abbiegen, weil sich die Marschkolonne derzeit dort aufhält, stoßen wir nach kurzer Zeit auf eine Straßensperre der Polizei. Die Stadt ist weiträumig abgesperrt. Aber wer sucht, der findet und wir gelangen auf Umwegen nach Mengen.

Dort angekommen sehen wir überall größere Ansammlungen von Frauen und Männern, manche haben ihre Arbeitshelme aufgesetzt. Die meisten sind für die Wetterverhältnisse (um die Frostgrenze) viel zu dünn gekleidet. Wir versuchen einen ersten Eindruck zu gewinnen und tasten und Richtung Stadtzentrum voran. Plötzlich befinden wir uns in einem Strom sich vorwärtsbewegender Bergarbeiter. Wir wissen nicht, ob sie einfach nur gehen, um sich warmzuhalten, oder ob sie zu einem bestimmten Treffpunkt unterwegs sind. Denn zur gleichen Zeit berät die Gewerkschaftsführung über einen Vorschlag aus Ankara, eine begrenzte Gruppe Gewerkschafter zu empfangen. Das äußere Bild ist ausgesprochen ruhig, aber es herrscht eine Atmosphäre der Entschlossenheit - plötzlich kommt Bewegung in die Menge: einige fangen an zu rennen; ein Kaffeehaus öffnet seine Pforten, um die Frierenden zu versorgen. Diese Situation erleben wir auch später beim Verteilen der nicht ausreichenden Decken.

Eine ältere Frau ruft vom Balkon eine Einladung, bei ihr zu übernachten, in die Straße hinunter.

Mengen ist die 3. Station der marschierenden Bergarbeiter. Bis Ankara bräuchten sie noch 5-6 Tage. In diesen Stunden aber ist es unklar, ob sie ihren Marsch fortsetzen. Denn an diesem Tag wurde ihnen, bevor sie die Hauptverkehrsstraße der türkischen Republik überqueren konnten, der Weg von tausenden von Sicherheitskräften abgeschnitten. Zwei große Bagger wurden als Straßensterne aufgestellt - ein Bild, das durch alle türkischen Massenmedien geisterte. Dahinter die geballte, bewaffnete Staatsmacht. Seitens der Lokalbehörde wurde erklärt, daß dieser Marsch eine illegale Aktion sei. Unser Ein-

druck, daß die Regierung die Aktion einige Tage "toleriert", um sie dann unter Androhung von Gewalt zu beenden, wenn sich der erste Dampf verflüchtigt hat, wird sich leider in den nächsten 2 Tagen bestätigen. Und es ist auch festzuhalten, daß dies erst durch die Entscheidung der Führung von Genel Maden Is zur Wirkung kommen konnte. Sie entschied die Rückkehr des Marsches und ließ sich auf den Vorschlag aus Ankara ein.

Von all dem wissen wir zu jener Zeit jedoch noch nichts. Wir wissen nur, z.Zt. geht es um die Entscheidung, ob die feindlichen barrikaden durchbrochen werden sollen oder nicht. - Die Stimmung an der Basis ist entschlossen; viele neigen dazu, sie zu durchbrechen, viele sind auch dagegen. Aber eine ist klar, sie wollen für ihre Forderungen kämpfen.

Mengen ist für einen Tag lang nicht nur Zentrum des Protestmarsches, sondern auch gleichzeitig Treffpunkt von Aktivisten, Ex-Gefangenen, alter Freunde aus allen möglichen politischen Schattierungen. Elektrisiert von der politischen Ausstrahlung des Arbeiterkampfes sind sie hierhergekommen um sich ein möglichst direktes Bild zu machen.

Wir verlassen die Stadt in der Dunkelheit und fahren zur außerhalb gelegenen Straßenblockade. Auf unserem 10 km langen Weg sehen wir überall Menschen in Bewegung. Die gesamte Strecke ist links und rechts von wärmenden Lagerfeuern gesäumt. Drumherum sitzen größere Gruppen, frierend diskutierend, teetrinkend, abwartend.

In langsamer Fahrt kriecht unser Auto durch die uns umwuselnden Menschenmengen. Manche rufen: *"Schlag zu, schlag zu, dann wird Ankara uns hören!"*

Wir erreichen die Barrikade, steigen aus und das erste, was wir hören ist: *"Das (die Barrikade) ist die Berliner Mauer."* Nachdem wir etwas in die Atmosphäre hineingerochen haben, gehen wir zu einer Gruppe am Lagerfeuer. Auf unsere Frage, ob sie uns etwas über den Streik und die Marschaktion erzählen können, fordern sie uns sofort auf, uns auf ihre zusammengefaltete Pappkartons zu

Fortsetzung nächste Seite

setzen und umhüllen uns mit ihren Decken. Niemand weiß jetzt besser als sie, was Kälte ist. Wir wollen etwas über den Ursprung und Charakter ihrer Aktion erfahren. Nachdem sie uns ihre Forderungen erklärt haben, sagen sie: *"Unser Kampf ist ehrenhaft, gleichzeitig ein Kampf für Demokratie."*

Die Streikenden unserer Gruppe sind alle schon seit langem in den Minen beschäftigt, ein alter Mann, wir nennen ihn "Baba", schon seit mehr als 30 Jahren, über ihre Arbeitsbedingungen sagen sie, daß sie gezwungen sind, uralte Maschinen zu betätigen, z.T. älter als 50 Jahre. Aufgrund dieser Überalterung fallen sie häufig, fast täglich aus, was wiederum den Stopp der Arbeit in den Minen bedeutet. So macht der betrieb Verluste und versucht, sie im Rahmen eines generellen Tarifvertrages zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber (in diesem Fall der Staat als Arbeitgeber) durch Lohnbeschneidung wieder zu kompensieren. (...)

Auf der anderen Seite müssen sie zum Abbau der Kohle primitive Geräte und Werkzeuge verwenden. So sind sie gezwungen doppelt so viel zu arbeiten. Eine Arbeit, die in 16 Stunden verrichtet werden kann, muß in 8 Stunden geschafft werden. In den Minen herrscht Lebensgefahr.

Hinzu kommt, erklären die Strei-

kenden, daß normalerweise 3-4 Ingenieure in einer Abteilung gebraucht werden, aber z.T. 40 pro Abteilung eingestellt sind. Sie kassieren im Vergleich zum Lohn der Arbeiter sehr hohe Gehälter. Man betrachtet das allgemein als Resultat der Regierungspolitik. Überflüssige Personen werden eingestellt, "und dann behaupten sie immer, die Betriebe würden Verluste machen."

Ein großes Problem ist das Gas in den Minen. Die vorgeschriebene Messung erfolgt vor dem Beginn der Arbeit, allerdings mit sehr primitiven Meßgeräten. Zusätzlich werden alte Dieselmotoren verwendet, die allerdings konzentriertes Abgas ausstoßen. So bleibt nicht genug Sauerstoff zum Arbeiten übrig. Ebenso herrscht Mangel an Personen zur Sicherheitskontrolle und es fehlt Arbeitsmaterial. In den Tunneln werden nicht genug Stützstreben ausgestellt. Auf die Frage, wie sie nach Jahren und trotz eingeschränkter Streikrechte ihre Entschlossenheit festigen konnten, um diesen (illegalen) Marsch durchzuführen, antworten sie, daß die Arbeiter eine Menge an Rechten und realen Löhnen aufgrund der wachsenden Inflationsrate während der letzten 10 Jahre verloren haben. Nachdem der neue Tarifvertrag von den Gewerkschaften als unzumutbar zurückgewiesen wurde und sie daraufhin von der Regierung mit der Schließung der Minen bedroht wurden, beschlos-

sen sie, die Sache in die Hand zu nehmen. So wollen sie die Erfüllung ihrer Forderungen von Özal direkt.

Die Bevölkerung von Zonguldak indessen, seien es Geschäftsinhaber, Gemüsehändler oder Straßenverkäufer, unterstützt die Bergarbeiter, weil das gesamte Leben dieser Stadt von der Arbeit in den Minen abhängt. Verdienen die Arbeiter wenig, sind die Auswirkungen in den Kassen der Läden sofort spürbar. So schließen sie des öfteren ihre Läden und solidarisieren sich mit ihnen. Auch auf ihrem Marsch verfolgt sie eine allgemeine Welle der Sympathie.

Wir sitzen immer noch am Lagerfeuer, noch immer ist keine Entscheidung bekanntgeworden. Die Meinungen ob Durchbruch, oder nicht, sind immer noch geteilt. Doch alle sagen, daß sie, falls die Gewerkschaft einen Durchbruch entscheidet, sie ihre Widersprüche zurückstellen und zusammenhalten werden.

Auf der anderen Seite, so sagen sie, wenn wir daran gehindert werden, nach Ankara zu gehen, dann werden wir eben hierbleiben, bis sie zu uns kommen, um uns unsere Rechte zu geben. Doch wenn die Polizei das Feuer auf sie eröffnet, werden sie sich verteidigen.

Als letzter sagt der alte Mann, Baba: *"Alle Arbeiter dieser Welt sind Brüder."*

Ruth Stiasny



„Drückeberger“ und „Feiglinge“?

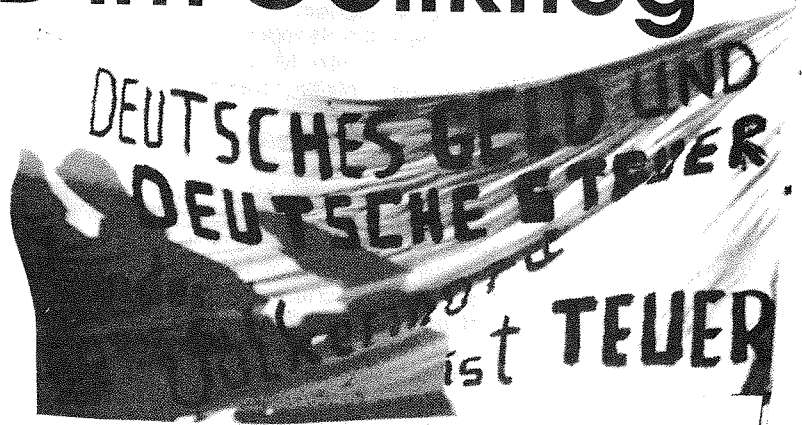
Einige Aspekte zur Rolle der BRD im Golfkrieg

Nach Beginn des Golfkrieges hatte sich dem äußeren Anschein nach ein Wandel in der deutschen Außenpolitik vollzogen: Die „Drückeberger“, „Feiglinge“ und „Weichlinge“, die eine „Scheckbuchdiplomatie“ betrieben – so der immer massiver werdende Vorwurf der BRD-Bündnispartner – gaben ihre scheinbare Zurückhaltung im Golfkrieg auf und reihten sich in die Koalition am Golf ein. Die durch den deutschen Friedensgenossen zur Schau getragenen angeblichen Leitlinien der deutschen Außenpolitik, Abrüstung und Frieden, das „Leitmotiv seit der Wiedervereinigung Verantwortungspolitik statt Machtpolitik“ (Spiegel 6/91) sei, so die allgemeine Bewertung, einer direkten Unterstützung des Golfkrieges gewichen und ebnete den Weg zum Kriegseinsatz deutscher Soldaten. Was es mit dieser angeblichen deutschen Zurückhaltung, ihrer „Friedenspolitik“ auf sich hat und welche Rolle die BRD im Golfkrieg spielt, versuchen wir im folgenden darzulegen:

„Neue Weltordnung“

Daß es den USA am Golf nicht um die Freiheit des kuwaitischen Volkes oder das Wohlergehen der Familie El Sabah geht, sondern darum, „ihr Öl“ zu sichern und die Ölpreise bestimmen zu können, ist bekannt. Noch mehr geht es aber um eine neue „Weltordnung“ (Bush), d.h. unter anderem auch, die Vormachtstellung der USA gegenüber ihren erstarkten Konkurrenten BRD, die gerade einen ganzen Staat geschluckt hat, und Japan zu erhalten.

Welches Ziel hat nun aber die BRD mit ihrer anfangs scheinbar zögerlichen Haltung bei der Frage um die Stationierung von Bundeswehrsoldaten in der Türkei und der Frage, ob denn nun der Bündnisfall bei einem Angriff des Iraks auf die Türkei automatisch eintrete? Sind es wirklich, wie man es uns weismachen möchte die Erfahrungen des 2. Weltkrieges, die Verantwortung gegenüber dem Frieden auf der Welt?



Symbolische Präsenz des Bundeswehr?

Zunächst muß wohl folgendes klargestellt werden: Bereits im August 1990 hatte Kohl einen Vorstoß unternommen, Schiffe der Bundesmarine in die Golfregion zu entsenden. Im Oktober 1990 schlug Bundesverteidigungsminister Stoltenberg die Stationierung von 60 Tornados der Bundesluftwaffe in der Türkei vor. Beide Male verweigerten die anderen NATO-Staaten ihre Zustimmung. Am 22. Dezember 1990 kam dann der türkische Staatspräsident Özal mit seinem Ruf nach der NATO-Eingreiftruppe zu Hilfe. Der NATO-Rat brauchte zwei Wochen, um dem Antrag zuzustimmen, das Bundeskabinett brauchte genau einen Tag für diesen Beschluß. Zur NATO-Eingreiftruppe gehören die 18 Alpha-Jets der Bundesluftwaffe, die in Erhac stationiert wurden. Unerwähnt bleibt dabei stets die Verlegung von zwei deutschen AWACS-Einheiten auf den NATO-Stützpunkt Konya. Einheiten der „Schnellen Eingreiftruppen“ der NATO: das Manöver „Deterrent Force“ (Abschreckungskraft) im türkisch-irakischen Grenzgebiet, d.h. in Kurdistan durchführen. Das Manöver wurde Ende letzten Jahres unbefristet verlängert und für März wurden neue Manöver der „Schnellen Eingreiftruppe“ in Kurdistan angekündigt. Das Kontingent der Bundeswehr bei diesen Manövern besteht aus 6 Fallschirm-

jäger-Bataillionen, d.h. etwa 1000 Soldaten. Diese NATO-Verbände für sog. „Krisensituationen“ haben die Aufgabe, die türkische Armee zu entlasten: So kam es in der Vergangenheit immer wieder zeitgleich mit Manövern der „Schnellen Eingreiftruppe“ zu Einsätzen der türkischen Armee in den Irak hinein, um die kurdische Guerilla über die Grenze hinweg zu verfolgen und anzugreifen. Das geschah mit der Billigung des Irak, der ebenso wie die Türkei die Kurden brutal unterdrückt. Die Bundeswehr gibt der türkischen Armee also Rückendeckung bei der Verfolgung der Kurden. Andererseits haben die Verbände der „Schnellen Eingreiftruppe“ in der Türkei die Funktion, sich bei den mehrmals im Jahr stattfindenden Manövern mit den örtlichen Begebenheiten vertraut zu machen. Die vollständige Verlegung der Truppen bei einem Kriegseintritt der Türkei ist binnen zweier Wochen möglich, d.h. in diesem Zeitraum können u.a. 10000 Soldaten der Bundeswehr samt ihrer Ausrüstung und weiterer Kampfflugzeuge nach Kurdistan geflogen werden. Die Präsenz der Bundeswehr in der Türkei mit ihren 18 Alpha-Jets war also keineswegs nur eine symbolische.

Drei Fliegen mit einer Klappe

Bei Kriegseintritt der Türkei könnte

Özal dann mit der Unterstützung der Bundeswehr drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Das Mundtotmachen der innenpolitischen Opposition (Antikriegsbewegung und Arbeiterbewegung), die Vernichtung des kurdischen Volkes, und die Verwirklichung seiner Großmachtträume, den Zugriff auf die irakischen Ölfelder von Kerkuk und Mosul.

Erwähnt werden muß auch noch die bereits im letzten Jahr gelieferte Rüstungs-sonderhilfe der BRD an die Türkei: 80 Leopard 1-Panzer, 350 Schützenpanzer M 113, Brückenlegepanzer, Gesamtwert ca. 700 Mio. DM. (Zu weiteren Verbindungen der BRD mit der Türkei in der Vergangenheit siehe den Artikel "Die 'Friedensmission' der BRD in der Türkei seit 1980"

Mittlerweile wurden Anfang Februar weitere 600 Bundeswehrosoldaten zur Unterstützung des türkischen Bündnispartners und zum Schutz der Flughäfen nach Erhac und Diyarbakir verlegt, zusammen mit Roland-Lenkflugraketen und Hawk-Raketen. Von beiden Stützpunkten aus starten ständig US-Bomber, um die kurdischen Städte im Nordirak dem Erdboden gleichzumachen. Soweit zur zurückhaltenden Kriegs-beteiligung der BRD in der Türkei.

Die Zahlen der Kriegsfinanzierung (17 Mrd. bis Ende Januar), der Waffenhilfe an andere Länder der Alliierten und der Entsendung von Bundeswehrosoldaten (mittlerweile 3200) sind bekannt. Dies zur Verantwortung der BRD gegenüber dem Frieden in der Welt.

BRD – Friedensmacht im Nahen Osten

Es stellt sich aber dennoch die Frage, weshalb zu Beginn des Golfkrieges nach außen der Eindruck erweckt werden sollte, man zögere bei der Frage, ob der Bündnisfall bei einem Angriff des Iraks auf die Türkei gegeben sei, bei der Frage der direkten Kriegsunterstützung, der Frage einer Verfassungsänderung für einen "out of area"-Einsatz der Bundeswehr.

Zur Beantwortung dessen ist es hilfreich, die Beziehung der BRD zum Irak genauer zu betrachten. Der Irak ist in den 70er und 80er Jahren zum größten Exportmarkt der BRD in den arabischen Ländern geworden. Ein äußerst einträgliches Geschäft war dabei auch der 1. Golfkrieg, in dem

die BRD ihre strikte Neutralität dadurch unter Beweis stellte, daß beide Kriegsparteien von deutschen Rüstungskonzernen gleichmäßig mit Waffen beliefert wurden. So wurde z.B., was heftig bestritten wird, der Irak auch legal aufgerüstet. Nach Einschätzung der Grünen im Düsseldorfer Landtag wurden 1982 bis 1989 für über 1 Mrd. DM Rüstungsgüter mit staatlicher Genehmigung in den Irak geliefert. (faz 18.2.1991). Beim Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Irak und Iran 1988 durfte Genscher dann die Rolle des Friedensstifters spielen. Und selbstverständlich "half" man dann beiden kriegsgeschädigten Seiten beim Wiederaufbau – dem zivilen wie militärischen. Das Vertrauen, das man sich bei den Diktatoren der Region als zuverlässigen Rüstungslieferant erwarb, durfte natürlich nicht enttäuscht werden. Und so drückten bundesdeutsche Politiker bei den illegalen Rüstungsexporten in den Irak beide Augen zu. Die Exportverbote konnten gelockert werden durch eine "dual use" Deklaration potentieller Rüstungsgüter umgangen werden. Die Ergebnislosigkeit staatsanwaltlicher Ermittlungsverfahren begründete man mit mangelnden Beweisen. Der Autor des Buches "Exporteure des Todes", Leyendecker macht die "Kumpagnei" und "augenzwinkernde Zustimmung" zwischen den Politikern und den Waffenexporteuren für die seltenen Fahndungserfolge verantwortlich. Man habe die Lücken bei den Kontrollinstanzen zum Beispiel beim Bundesamt für Wirtschaft bewußt entstehen lassen. (Taz 8.2.1991). So führten die Beweise für die deutsche Herkunft des irakischen Giftgases, mit dem einige tausend Kurden vergast wurden weder zu den entsprechenden Ermittlungen noch zur Verhinderung eines weiteren Exportes. Nicht einmal das Embargo gegen den Irak stoppte die deutsche Beteiligung an der Giftgasproduktion. (Taz 22.12.90). (Auch die Massenhinrichtungen von Oppositionellen im Iran beeinträchtigten die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der BRD mit dem Irak in keinster Weise).

Der Irak, der durch die Kriegskosten an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gelangt war, hätte mit dem Export kuwaitischen Öls seine gewaltigen Außenschulden, nicht zuletzt an die BRD, schnell begleichen und seine Wirtschaftsbeziehungen ausbauen können. Für die BRD wäre es also einträglicher gewesen, sich austeuern und riskanten Militäraktionen herauszuhalten, man würde am Schluß, auf jeden Fall der Gewinner sein: Als Freund der

Araber, zuverlässiger wirtschaftlicher Partner, als "Friedens" – sprich einflußreiche Ordnungsmacht im Nahen Osten, als wichtiger Gläubiger, der die Bedingungen der Nachkriegsordnung mitdiktiert.

Unter diesen Gesichtspunkten wird das "Drückeberger"- und "Feigling"-Geschrei der USA und Großbritanniens verständlich, die noch vor weniger als einem Jahr vor den machtpolitischen und militärischen Gefahren eines vereinigten Großdeutschlands warnten, und nun eine militärische Beteiligung der BRD fordern.

Größte Mobilisierung außerhalb Deutschlands seit dem 2. Weltkrieg

Wie kam es nun zum offensichtlichen Umschwung der "Scheckbuch-Diplomaten" und "Drückeberger"-BRD zur Kriegspartei, die nach einem Kabinettsbeschuß am 29. Januar 91 von ihrer bisherigen nach außen zur Schau getragenen Politik der Zurückhaltung Abschied nahm und die "größte Mobilisierung außerhalb Deutschlands seit dem zweiten Weltkrieg" (Spiegel 6 91) vollführte?

Es scheint zweifelhaft, daß zu dieser "Kehrtwende die Angst des Kanzlers vor der Isolation im Bündnis" beitrug und er sich nach der ernsthaften Verstimmung der USA und Großbritanniens über den zögerlichen Beitrag der BRD "nicht länger zutraute, eine Sonderrolle durchhalten zu können" (Spiegel 6 91). Die Stimmen nach einer Änderung des Grundgesetzes für einen Bundeswehreininsatz "out of area" werden immer lauter, nicht nur Kohl gab mittlerweile uneingeschränkte Beistandsgarantien an Özal, sogar Friedensgenschler räumte nun ein, falls der Irak die Türkei angreift, sei der Bündnisfall gegeben. Doch Vorstöße in dieser Richtung gab es, wie oben aufgeführt bereits vorher.

Wahrscheinlicher als die Angst vor der Isolation scheint vielmehr, daß die Hardliner und die Rüstungslobby in der Regierungskoalition sowie Bundeswehr und NATO, die schon immer eine offensive Beteiligung gefordert haben, sich durchge-

Fortsetzung Nächste Seite

Aus einem Redebeitrag vor dem türkischen Konsulat in Hannover am 22.1.1991

DIE "FRIEDENSMISSION" DER BRD IN DER TÜRKEI SEIT 1980

Seit Errichtung der türkischen Militärdiktatur vom 12. September 1980 sind die Bundesregierung (damals noch SPD-FDP Koalition) und die deutsche Wirtschaft aktiv an der Machterhaltung des faschistischen Regimes in der Türkei beteiligt. Zahlreiche Firmen betreiben einen schwunghaften Handel mit Waffen und Waffensystemen in die Türkei. Diese Waffen werden zum Teil direkt für die Unterdrückung der Opposition im Lande eingesetzt. Der Krupp-Konzern unterhält mehrere Rüstungsbetriebe in der Türkei, wie z.B. Produktionsstätten für die Herstellung kompletter Panzer oder Werke für deren Instandsetzung. Diese Panzer sind heute in den Städten und Dörfern Kurdistans im Einsatz. Ganz erheblich stecken auch staatliche Stellen über Großfirmen mit in den Geschäften. Hier sind v.a. die Howaldswerke/Deutsche Werft AG zu nennen, die einen erheblichen Anteil am Kriegsschiffbau der Türkei haben. Zwei, von der HDW und von

Blohm und Voss gebaute Fregatten der türkischen Marine sind Anfang Januar ins Mittelmeer vor die syrische Küste ausgelaufen. Bezeichnenderweise fahren diese Fregatten "Turgut Reis" und "Yavuz" unter den gleichen Namen wie schon zwei, ebenfalls aus deutscher Produktion stammende Fregatten, mit deren Einsatz der Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite Deutschlands in den 1. Weltkrieg begann.

Die Liste der Industriekonzerne, die die Türkei mit Rüstungsmaterial beliefern ist lang - hier seien nur die wichtigsten erwähnt: Daimler-Benz, AEG, Dornier, MTU, VW, MBB,...

Und bei all diesen Geschäften zieht die Deutsche Bank als Anteilhaberin an diesen Konzernen im Hintergrund die Fäden. Insbesondere unmittelbar nach dem Militärputsch von 1980 wurden die Waffenlieferungen an die Türkei von der damaligen SPD-FDP Regierung gefördert. So

wurde der Militärjunta damals neben der bereits jahrelang gewährten jährlichen "Türkeihilfe" in Höhe von 130 Mio. DM, eine Rüstungssonderhilfe von 600 Mio. DM gewährt.

Massive Menschenrechtsverletzungen haben die BRD nie daran gehindert, ihre kontinuierlichen Zahlungen an die Türkei zu leisten. Die BRD ist im Rahmen der Arbeitsteilung innerhalb der NATO für die Einbindung der Türkei zuständig. Diese Einbindung läuft über die geleistete Militär- und Wirtschaftshilfe. Insgesamt hat die BRD zwischen 1964 und 1988 3,7 Mrd DM an militärischer Hilfe im Rahmen des NATO-Programms EDIP an die Türkei gezahlt.

Weiter leistet die BRD kontinuierliche Zahlungen im Rahmen der OECD, in deren Türkei Konsortium die BRD den Vorsitz führt. Erst vor wenigen Monaten wurden neue Beträge als sogenannte Wirtschaftshilfe für durch den Lieferboykott an den Irak entstandene Exportausfälle an die Türkei gezahlt.

Ein drittes Verhältnis der Bundesrepublik zur Türkei stellt sich über ihre direkte Zusammenarbeit bei der Unterdrückung der Opposition in der Türkei her. Die Menschen, die unter den Wirtschaftsprogrammen des IWF, der Weltbank und der OECD seit Jahren leiden, die Kurden, die sich gegen die koloniale Unterdrückung auflehnen, werden bei der Organisation ihres Widerstandes gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung vom türkischen Staat bekämpft. Die türkische Armee, Gendarmerie und Polizei wird nicht nur mit Waffen von Unternehmen und Behörden der BRD unterstützt, die Bundesregierung fördert auch eine stetige, intensive Zusammenarbeit, sowohl zwischen den Armeen als auch zwischen den Polizeidiensten, insbesondere in Ausbildungsfragen. So bildet die GSG 9 des Bundesgrenzschutzes Sonderkommandos zum Einsatz bei "inneren Unruhen" aus. Ein anderes Beispiel: Unter deutscher Regie wurde gerade ein nach deutschem Vorbild entwickeltes Hochsicherheitsgefängnis in Eskisehir fertiggestellt.

Einige Aspekte zur Rolle der BRD...

Fortsetzung

setzt haben. Und nicht zuletzt profitiert die deutsche Rüstungsindustrie natürlich auch von verstärkten Exporten nach Israel und in die Türkei. Auch wäre die Verwirklichung der Kriegsziele des Kriegstreibers Özal, die Annexion des ölfreichen irakischen Kirkuk und Mossul, der BRD nicht ungelegen gekommen. Durch einen plötzlichen Ölreichtum hätte die Türkei ihre Schulden an den Hauptgläubiger BRD bezahlen können. Die anfängliche Haltung der Bundesregierung und ihr Umschwenken zur offenen und direkten Kriegsunterstützung läßt vermuten, daß es in den Führungsetagen der bundesdeutschen Wirtschaft unterschiedliche Meinungen darüber gibt, welches der einträglichere Weg ist: sich soweit als möglich aus Kriegsabenteuern heraushalten und gleichzeitig bzw. hinterher ankassieren war der eine, bisherige Weg. Dem zweiten, dem des direk-

ten Militäreinsatzes stand bisher noch das Grundgesetz entgegen. Das soll nun, geht es nach dem Willen der Regierungskoalition schnellstens geändert werden. Nicht, daß man sich unbedingt gleich in Kampfhandlungen stürzen wollte, schon gar nicht unter amerikanischem Oberbefehl. Aber die Möglichkeit für die Zukunft kann man sich auf diese Weise als aufstrebende Weltmacht schaffen. Und: Variante 2 wird umso einleuchtender, je länger der Krieg andauerte, je größer die Erfolgsaussichten der Alliierten waren. Mit einem vernichteten Saddam und in einem in die Steinzeit zurückgebotenen Irak waren sich kaum noch einträgliche Geschäfte machen. Da ist es besser, rechtzeitig umzuschwenken, wollte man bei der "neuen Weltordnung", der bedingungslosen Untersordnung der Staaten der "2. und 3. Welt" unter die Interessen der imperialistischen Staaten, nicht zu spät und zu kurz kommen. Man darf gespannt sein auf den "Friedensbeitrag" der BRD.

Der Golf- Versuchsfeld der Kriege von Morgen

In dem folgenden Artikel Übersetzung aus der 'le Monde Diplomatique' geht es um die US-amerikanische Militärdoktrin für die 90'er Jahre. Sie zielt unter dem Begriff "Konflikte mittlerer Intensität" auf eben diese hochgerüsteten, kleinen Staaten der "Dritten Welt" - wie in diesem ersten Fall auf den Irak.

Türkei Information

Von Michael Klare

Wie immer auch die Golfkrise ausgehen mag, so ist es jetzt schon evident, daß die Operation "Wüstensturm" dem Pentagon als Modell für die 90er Jahre dienen wird. Gemäß den bisherigen Schemata war es Gegenstand bewaffneter amerikanischer Intervention in der Dritten Welt, leicht bewaffneten Guerillas entgegenzutreten oder Truppen mit bescheidenem Ausmaß, wie es in Panama der Fall war. Künftig werden heftige Kämpfe mit schwerbewaffneten Regionalmächten ins Auge gefaßt, wie dem Irak. Diese Schlachten werden den Gebrauch modernsten Kriegsgeräts erfordern, ohne Ausschluß chemischer oder nuklearer Waffen. Um sie von den Konflikten mit niedriger Intensität (gegen eine Guerilla) oder mit hoher Intensität (z.B. zwischen NATO und Warschauer Pakt) zu unterscheiden, haben die Verantwortlichen im Pentagon für solche Kriege den Ausdruck "Konflikt mittlerer Intensität" (mid intensity conflict, oder MIC) geschmiedet.

Während die Gefahr eines Krieges mit der UdSSR in die Ferne rückt, wächst indessen die Gefahr, die von dem Auftauchen von Mächten wie dem Irak ausgeht, weshalb der Begriff des "Konflikts mittlerer Intensität" alle Chancen hat, im strategischen Denken der USA einen immer größer werdenden Platz einzunehmen.

Sich auf solche Eventualitäten vorzubereiten, ist "wahrscheinlich die wichtigste Aufgabe US-amerikanischer Militärplaner geworden", notierte eine hochrangige Gruppe, die sich 1990 in Washington beim Zentrum für Strategische und Internationale Studien (CSIS) versammelt hatte. "Die Abnahme der sowjetischen Herrschaftsambitionen und

der konventionellen sowjetischen Bedrohung in Europa bedeutet nicht das Ende der Geschichte (wie das suggeriert wurde), sondern nur das Ende einer Etappe der Geschichte". Und die nächste Etappe, nach dieser Gruppe "wird zweifellos auf Konflikte mittlerer Intensität zentriert sein." (1)

Die Adoption einer solchen Verteidigungspolitik wird die Generalstäbe vor große Anforderungen stellen. "Der künftige Kriegsgegner wird wahrscheinlich ebenso gut bewaffnet sein wie die amerikanischen Truppen", hieß es in der erwähnten CSIS-Studie. Und weiter: "In einer ganzen Anzahl von Ländern werden die USA gewichtigen und routinierter Armeen gegenüberstehen, die große Mengen moderner Waffen einsetzen. Es kann sich dabei handeln um schwere Kampfpanzer und gepanzerte Truppentransporter, mobile schwere Artillerie, Angriffsflugzeuge sowjetischer Bauart, integrierte Luftabwehrsysteme, Unterseeboote, seegestützte und ballistische Fernlenkwaffen, moderne Boden-Luft-Geschosse, und sogar um taktische Atomsprenkköpfe oder solche mit chemischer Ladung"

"Renegaten-Regime"

Um solche Armeen zu besiegen, werden die USA mit großem Truppenaufgebot und masiver Ausrüstung vorgehen und auch bereit sein müssen, höchstentwickelte Technik einzusetzen. Dies wird es erforderlich machen, eine bedeutende und aktionsbereite Armee aufrechtzuerhalten und es wird die Hoffnungen auf Einsparungen - die "Friedensdividende" - ausradieren, die nach Beendigung des Kalten Krieges in Europa entstanden waren.

Erst vor kurzem hat das Pentagon den Akzent auf das Thema des "Konflikts mit mittlerer Intensität" gesetzt. Während der 80er Jahre konzentrierte sich das militärische Denken auf die Idee der "Konflikte niedriger Intensität". Im Hinblick auf solche Engagements hatte Präsident Reagan umfangreiche Programme angeordnet:

Flugzeugträger, vom Wasser und vom Land aus operierende Angriffsgruppen, leichte Infanteriedivisionen und Spezialeinheiten (2).

Indessen begannen die Militä-

rexperten am Ende der 80er Jahre sich zusehends für die Hypothese der wachsenden Bedrohung von seiten neuer Mächte in der Dritten Welt zu interessieren. Immer mehr wurde offenbar, daß leicht bewaffnete, für den Einsatz beispielsweise in Nicaragua oder Angola konzipierte Einheiten gegen Armeen vom syrischen oder irakischen Typ nichts ausrichten könnten.

Diese Beunruhigung wurde zum ersten Mal in dem Bericht Discriminate Deterrence ("Selektive Abschreckung") öffentlich geäußert, redigiert 1988 von der Kommission für Integrierte Langfristige Strategie (3). Diese Kommission bemerkte darin: "Im Laufe der nächsten Jahre werden viele kleinere Mächte über weitreichende Waffenarsenale verfügen." Diese Arsenale "werden die Interventionen der Großmächte in Regionalkriegen sehr viel riskanter und komplexer gestalten" (4). Als Konsequenz verlangte die Kommission die Verstärkung der US-amerikanischen Mittel zur Führung von Kriegen mit hohem technischem Aufwand in Zonen der Dritten Welt, die außerhalb des von der NATO abgedeckten Felds liegen. "Wir müssen unsere Kapazitäten diversifizieren und verstärken, um vor Ort und zur gewünschten Zeit über adäquate nicht nukleare Kräfte zu verfügen, wenn Bedarf empfunden wird, eine Aggression zu besiegen." In der Dritten Welt "bedeutet dies den Einsatz anpassungsfähiger und mobiler Kräfte, die, möglichst wenig von Überseebasen abhängig, imstande sind weit entfernte militärische Ziele zu schlagen" (5).

Diese Analyse kam zu spät, als daß sie noch Auswirkungen auf die Verteidigungspolitik von Reagan hätte haben könne. Sie scheint aber unverzüglich eine entscheidende Rolle in der strategischen Vision der Bush Administration gespielt zu haben. Der Präsident selbst hat dieses Thema in seiner ersten im Mai 1989 zu Fragen der nationalen Sicherheit gehaltenen Rede ausgeführt. Er erklärte damals: "Mit einer sich wandelnden Sowjetunion zu verhandeln, wird eine Herausforderung erster Priorität sein. Aber die Herausforderungen der nationalen Sicherheit, denen wir heute gegenüber stehen, kommen nicht nur aus dem Osten. Die Entstehung von Regionalmäch-

Fortsetzung nächste Seite

ten verändert die strategische Landschaft schnell." Für besonders beunruhigend hielt er, daß "eine wachsende Zahl von Ländern dabei sind, sich mit modernen und hochgradig zerstörerischen Kapazitäten auszustatten, in bestimmten Fällen gar mit Massenvernichtungswaffen und den Mitteln, sie zu transportieren". Die Vereinigten Staaten, erklärte er, müßten reagieren, indem sie gegen die Verbreitung von Waffen solchen Typs kämpfen, und, wenn nötig, fügte er bei, "müssen wir gegen die aggressiven Ambitionen von Renegaten - Regimes einschreiten" (6).

Dieser Begriff der mit hochentwickeltesten Waffen ausgestatteten "Renegaten - Regimes" wurde in den folgenden Monaten zu einem bedeutenden Thema des offiziellen Diskurses, besonders, als mit dem Zusammenbruch der kommunistischen europäischen Regimes das Ende des Kalten Krieges in Sichtweite kam. In der Tat: Seit Anfang 1990 wurde das Auftreten von gut gerüsteten Gegnern aus der Dritten Welt in den Augen des Präsidenten zur größten Bedrohung für die Sicherheit der USA. Der Verteidigungsminister wurde aufgefordert, seine Verteidigungsdoktrin zu überprüfen, um sich auf eventuelle Konflikte mit solchen Gegnern vorzubereiten. Im Februar 1990 billigte Dick Cheney, Chef des Pentagons, ein geheimes Dokument, welches die Richtlinien der Verteidigung für die Periode von 1992 bis 1997 festhielt. Darin seien die Streitkräfte aufgeföhrt worden, den Akzent weniger auf die sowjetische Gefahr zu legen und sich auf eventuelle Konflikte mit Regionalmächten der Dritten Welt wie Syrien oder Irak vorzubereiten (7).

Nach Erlaß dieser Direktive verfaßte jede Truppengattung - Infanterie, Luftwaffe, Marine und das Korps der Marines - ein ähnliches Dokument zur Instruktion ihrer Kader. Gemeinsamer Inhalt dieser Texte ist eine kohärente Strategie für die 90er Jahre, deren zentrale Idee die des Konflikts mittlerer Intensität beinhaltet. Die Doktrin war im vergangenen August noch nicht vollständig auf den Punkt gebracht, doch war sie schon genügend ausgearbeitet, um die Entscheidung von Truppen und einen eventuellen Krieg mit dem Irak zu erlauben.

Herzstück dieser Doktrin ist der Glaube, daß der Fortbestand der Vereinigten Staaten als Großmacht die Fähigkeit erfordert, feindlichen Mächten in der Dritten Welt zu trotzen und sie zu besiegen. Der dem Korps der Marines angehörende General Gray erklärte im Mai 1990, daß die USA nur dann Großmacht bleiben kann, wenn sie den freien Zugang zu den auswärtigen Märkten und zu den "für unsere Industrie notwendigen Ressourcen" bewahrt. Und, weil ein solcher Zugang durch Regionalkonflikte in der Dritten Welt kompromittiert sein könnte, "müssen wir in unseren Verteidigungsstrukturen eine glaubhafte Kapazität zur militärischen Intervention bewahren, die genügend anpassungsfähig ist, um auf alle Typen von Konflikten zu antworten, überall in der Welt" (8).

Tödliche Schläge ausführen

Die Notwendigkeit, die Interessen der USA jenseits der Meere zu schützen und dabei in Konflikte mit gutausgerüsteten Regionalmächten wie Irak oder Syrien zu geraten, erfordert Vorbereitungen, um diese Mächte nötigenfalls besiegen zu können. "Die Proliferation von modernem militärischem Material hat eine wachsende Zahl von Entwicklungsländern in die Fähigkeit versetzt, mechanisierte Bodenkriege langer Dauer zu führen", schrieb im April 1990 General Carl E. Vuono, Generalstabschef der Bodentruppen. Er fügte hinzu: "Die Vereinigten Staaten dürfen die wachsende militärische Stärke dieser Länder nicht ignorieren und die Bodentruppen müssen instande bleiben, potentielle Gefahren zu besiegen, wo immer sie sich stellen. Dies könnte einen Konflikt mit einer gut ausgerüsteten Armee der Dritten Welt bedeuten" (9).

In mehrfacher Wiederholung hat General Vuono die Bedürfnisse des Pentagons im Hinblick auf eine solche Konfrontation definiert. Die US-amerikanischen Streitkräfte müssen vor allem drei Trümpfe besitzen: Sie müssen anpassungsfähig sein (versatile); fähig, sich auf alle Niveaus des Kampfes einzustellen, in jedweder Umgebung und an jedem Ort des Globus, wo immer es auch sein mag; sie müssen auf fernem Aktionsplätzen schnell einsetzbar (deployable) sein; sie müssen fähig sein, tödliche (lethal) Schläge auszuführen, wozu sie eine Feuerkraft benötigen, die derjenigen solide bewaffneter Gegner überlegen ist.

Aus diesen Positionsbeschreibungen, die zu anderen hinzukommen, wird eine Idee deutlich: Wenn die Vereinigten Staaten in den 90er Jahren Krieg führen, wird er sich gegen eine ambitionösen, gut ausgerüsteten, Hegemonialansprüche vertretenden Gegner der Dritten Welt richten, gegen den die USA die vollständige Waffensammlung einsetzen, die sie zur Verfügung haben. Was bedeutet, daß das Pentagon auch in der Zukunft über eine große Anzahl moderner Panzer, Geschosse, gepanzerte Truppentransporter und andere Waffen jenes Typs besitzen muß, die aus Europa aufgrund der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen abgezogen werden sollen. So wird sich in den kommenden Jahren die Produktion und auch die Modernisierung solcher Kriegswaffen fortsetzen können.

Diese Änderungen in der strategischen Orientierung werden nicht ohne Konsequenzen sein für Politik und Gesellschaft in Amerika. Die bedeutendsten Auswirkungen betreffen das Budget. Auch wenn die aktuelle Krise nicht in einen Kriege münden sollte, werden die Kosten der "Operation Wüstenschild" alle Hoffnungen auf Einsparungen ausradieren, die sich aus der Entspannung in Europa ergaben. Die Lieferung von Waffen höchster Skala an die Armee im Hinblick auf die Art der anvisierten Kon-

flikte wird das Verteidigungsbudget um Milliarden schwerer machen und die ökonomischen Probleme werden dadurch erheblich verstärkt. Darüberhinaus wird das Pentagon früher oder später die Wehrpflicht wieder einföhren müssen, um die kriegsbedingten Verluste an Menschen oder die Zahl der in Übersee immobilisierten Truppen auszugleichen.

Schließlich besteht das Risiko, daß das militärische Engagement der USA in der Dritten Welt zu größeren regionalen Flächenbränden führen kann. Ausgehend von einer auf der Idee basierenden Doktrin, daß man bereit sein müsse, "einer gut gerüsteten Armee der Dritten Welt entgegenzutreten" (wie General Vuono es ausdrückt), bereitet man sich auf diese Weise zum Handeln für den Zeitpunkt vor, wo die Bedingungen für eine solche Aktion zusammenzukommen scheinen. Weil die Doktrin der Konflikte mittlerer Intensität sich von der Hypothese nährt, daß es für die USA unvermeidbar sein wird, sich gegen eine wachsende Macht in der Dritten Welt zu schlagen, ist das Risiko groß, daß zu militärischen Mitteln gegriffen wird, wo andere Methoden - beispielsweise wirtschaftliche Sanktionen - die Angelegenheit regein könnten.

(Deutsche Übersetzung: Leo Locher, *medico international*, Februar 1991)

Fußnoten:

1) *Conventional Combat Priorities: An Approach for the New Strategic Era. Center for Strategic and International Studies. Abschlußbericht des Conventional Combat 2002 Projekt, Washington Mai 1990, pp. 23 und 35.*

2) vgl. Michael Klare: "La nouvelle doctrine d'intervention americaine", *Le Monde Diplomatique*, März 1986.

3) vgl. hierzu Michael Klare: "Dissuasion selective et vieilles recettes", *Le Monde Diplomatique*, Mai 1988.

4) *U.S. Commission on Integrated Long Term Strategy, Discriminate Deterrence. U.S. Government Printing Office, 1988. S. 9 und 10.*

5) *Ibid.*, S. 2 und 3.

6) Rede des Präsidenten vor der U.S. Coast Guard Academy, New London, CT. 24. Mai 1989.

7) *New York Times*, 7.2.1990, und *Aviation Week and Space Technology*, 13.8.1990.

8) General A.M. Gray, "Defense Policy for the 1990s", *Marine Corps Gazette*, Mai 1990.

9) Carl E. Vuono, "Versatile, Deployable, Lethal", *Sea Power*, April 1990.

nicht nur den Interessen der USA, sondern auch den Interessen von wichtigen Teilen der Großbourgeoisie der Türkei.

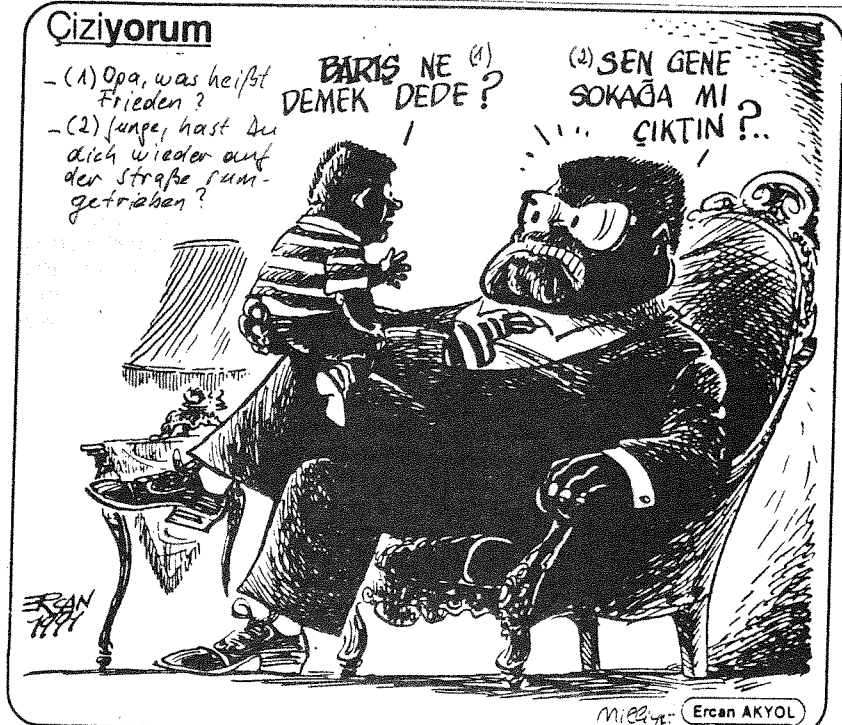
Die Türkei ist nach Irak und Kuwait das Land, dessen innere politische Prozesse von der Krise und dem Krieg am meisten beeinflusst wurden. Das Vorhaben Özals, die Krisen- und Kriegssituation auszunutzen, um seine Herrschaft auf alle Staatsorgane auszuweiten, und seine Politik, die auf die Veränderung der traditionellen türkischen Außenpolitik zielte, haben im Land zu wichtigen Auseinandersetzungen geführt. Seit dem 2. August sind in der Türkei 2 Verteidigungsminister, 1 Außenminister und 4 Generäle (darunter der Generalstabschef) zurückgetreten. Außerdem werden die vormals guten Beziehungen Özals zu islamischen Strömungen immer schlechter.

Auf der anderen Seite hat die ANAP-Regierung den Krieg zum Vorwand genommen um Streiks zu verbieten und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit drastisch einzuschränken. Bei Friedensdemonstrationen wurden ca. 1.000 Menschen festgenommen und verhaftet. In den letzten Monaten starben mindestens 9 Menschen unter der Folter. Daneben wurden die Befugnisse des Parlaments, auf Wunsch Özals, an die Regierung abgetreten.

Das heißt, die Türkei lebt seit dem 2. August '90 faktisch im Kriegszustand, der nach wie vor anhält.

Özals Politik, die Türkei vom Beginn der Krise an eine aktive Rolle bei den Entwicklungen im Mittleren Osten spielen zu lassen, war wenig erfolgreich. Özal wollte, daß die Türkei sowohl durch Entsendung türkischer Soldaten nach Saudi Arabien, als auch durch die Besetzung Nordiraks durch die türkische Armee, zu einer aktiven Partei des Krieges wird. Aber die Reaktionen der Armee, der Regierung und der Oppositionsparteien verhinderten die Umsetzung dieses Planes.

Özal versuchte, ein neues außenpolitisches Konzept zu entwickeln, nachdem er sah, daß die traditionelle Außenpolitik der Türkei, die auf Nichteinmischung in innerarabische Probleme basierte, in der neuen Situation für die gewünschten Ziele funktionsunfähig war. So versuchte Özal die Politik der Türkei mit den Nachbarn gute Beziehungen zu pflegen (eine von der jungen und schwachen türkischen Republik in der Weltkonjunktur nach 1923 entwickelte Politik) zu verändern. In einer Zeit, in der die "Bedrohung"



durch die UdSSR weggefallen ist und die Bourgeoisie der Türkei stärker wird, möchte Özal, daß die Türkei in regionalen und internationalen Beziehungen mehr Mitspracherechte bekommt.

Da dieses neue außenpolitische Verständnis nicht von der gesamten Staatsmacht und den Parteien angenommen wurde, hatten Özals Vorstöße bis jetzt noch keinen Erfolg.

KUGELN UND BOMBEN GEGEN DEN KURDISCHEN WIDERSTAND FREIHEIT FÜR KURDEN, IHRE MUTTERSPRACHE ZU BENUTZEN

Einer dieser Vorstöße betrifft auch die kurdische Frage.

15 Tage nach Beginn des Krieges wurde ein Gesetz, das von Militärjunta verabschiedet worden war und die Benutzung der kurdischen Sprache verbietet, auf Wunsch Özals abgeschafft. Hinter dieser Entscheidung stecken wichtige Gründe: Die USA zeigten während der ganzen Krise und des Krieges für alle möglichen Entwicklungen die Saddams Herrschaft beenden könnten bzw. dabei helfen, grünes Licht. Z.B. versuchten sie nur aus diesem Grund den Eindruck zu erwecken, sie würden sich nicht gegen einen kurdischen Staat im Irak stellen. Die türkische Regierung, die die Folgen die-

ses politischen Manövers (die Gründung eines unabhängigen Staates in Irak-Kurdistan) für sich als gefährlich einstufte, mußte eine Gegenpolitik entwickeln. Diese Politik machte es zur Notwendigkeit, die Existenz der Kurden in der Türkei anzuerkennen. In diesem Zusammenhang schlug die Türkei auch vor, daß Kurden, Turkmenen und Araber sich im Irak als föderativer Staat organisieren. Die Türkei erklärte offiziell, daß sie dann die Schutzmacht für den kurdisch-türkischen föderativen Teil sein wolle. (Es muß in Erinnerung gerufen werden, daß Mossul und Kirkuk, wo Kurden und Turkmenen leben, wichtige Öregionen Iraks darstellen.)

Diese neue Staatsform, die für den Irak gedacht war, machte es notwendig, den in den Grenzen der Türkischen Republik lebenden Kurden einige Rechte zuzugestehen. Dieser Notwendigkeit wollte Özal folgen, als er das Gesetz über das Verbot der kurdischen Sprache abschaffen ließ. So versuchte er, den Weg für einen Dialog mit den Kurden im Irak im Falle eines möglichen Machtvakuumms im Irak zu ebneten.

Zudem hat die Freigabe der kurdischen Sprache innenpolitische Gründe. Die Özal-Regierung beabsichtigt, die kurdische Frage, die nach 1984 durch den bewaffneten Kampf der PKK auf die Tagesordnung der Türkei gesetzt wurde, so rückschrittlich wie nur möglich zu lösen. Dieser Plan sieht vor, daß die PKK bei der Lösung der kurdischen Frage ins Abseits manövriert wird, also nicht beteiligt sein darf. Die Özal-Regierung versucht, die PKK in

Fortsetzung nächste Seite

eine Sackgasse zu führen, sie meint, daß ein Aufschwung der kurdischen Bewegung im Irak auch für die Kurden in Türkei-Kurdistan Einfluß haben wird und versucht deswegen, diesen zu begrenzen.

DEI KURDISCHE FRAGE IM MITTLEREN OSTEN

Özal erhofft sich von seiner Haltung, im Irak einen föderativen kurdischen Staat zu dulden, daß die "Kurdistan-Front" unter Führung Talabani und Barzani Aktivitäten in Richtung Türkei entwickelt und die PKK ausschließt, ja sogar einschaltet. (Inoffizielle Gespräche zwischen Talabani und Özal wurden in der Presse erwähnt.)

Ob diese Pläne der Türkei Erfolg haben werden, hängt zum Teil auch von der Haltung der "Kurdistan-Front" und der PKK ab. Die "Kurdistan-Front" hat angefangen, die Vorbereitungen für einen nationalen Kongreß zu treffen. Mittels dieses Kongresses versucht sie, auf einigen internationalen Plattformen Mitspracherecht zu erhalten. Nach unseren Informationen werden auf diesem nationalen Kongreß auch Kurden aus der Türkei, Syrien und dem Iran vertreten sein. Sollte dies Erfolg haben, wird zum ersten Mal in der Geschichte des kurdischen nationalen Kampfes eine sehr breite Einheit erreicht werden. Damit wird die kurdische Frage auf regionalen und internationalen Plattformen eine stärkere Rolle spielen müssen und kann nicht mehr, wie bisher, umgangen werden.

Jedoch hat diese Entwicklung auch einige Handikaps. Vor allem denken Barzani und Talabani daran, den erwähnten nationalen Kongreß hauptsächlich von irakischen Kurden bilden zu lassen. Zweitens tendiert die Kurdistan-Front dazu, die kurdische Frage durch diplomatische Verhandlungen und die Unterstützung einiger großer Staaten zu lösen. Diese Tendenz ist bei den Führern der kurdischen Organisationen im Irak ziemlich stark. Die kurdische Bewegung hat es traditionell zu einem Prinzip gemacht, sich auf einen großen Staat zu stützen. Diese Eigenschaft wiederum stellen ein Hindernis vor einer demokratischen Lösung in allen Teilen Kurdistans dar.

Wenn das Ziel eines kurdischen nationalen Kongresses durch Beteiligung aller kurdischen Organisationen aus allen Teilen Kurdistans Realität werden sollte, wird dort ein zäher Streit zwischen radikalen und

gemäßigten Lösungen stattfinden. Wenn wir uns die vorhandenen Eigenschaften der kurdischen Organisationen vor Augen halten, ist anzunehmen daß dieser Streit zugunsten des gemäßigten Flügels ausgehen wird; vielleicht wird sogar der Erfolg dieses Kongresses davon abhängig gemacht werden, in wie weit er einen Ausschluß radikaler Organisationen wie die PKK erreicht oder nicht, die Organisationen unter der Führung von Barzani, Talabani sind dazu schon längst entschlossen und gewillt.

Es ist unklar, ob die kurdischen Organisationen im Irak Aktivitäten in Richtung Türkei-Kurdistan entwickeln, besonders um die Unterstützung der Türkischen Republik zu sichern.

Trotz all dem wird die kurdische Frage sowohl im Mittleren Osten als auch in der Türkei zu einem gewichtigeren Tagesordnungspunkt werden und die reaktionären Staaten in der Region beschäftigen. Solange den Kurden ihr Selbstbestimmungsrecht nicht eingeräumt wird, wird es unmöglich sein, eine Stabilität in der Region herzustellen.

INTENSIVE AUSEINANDERSETZUNGEN INNERHALB DER TÜRKEI

Die Krise im Mittleren Osten und der Golfkrieg haben die ökonomische und politische Krise in der Türkei noch mehr vertieft. Özals Politik, die Kriegssituation auszunutzen, um die traditionelle Außenpolitik der Türkei

zu verändern, führte zu Problemen zwischen den Staatsorganen. Aus diesem Grunde traten einige Minister und der Generalstabschef zurück.

In der 70jährigen Geschichte der Türkischen Republik war die Hauptlinie der Politik hinsichtlich des Mittleren Osten, keine Partei in innerarabischer Konflikte zu ergreifen. Auch in Bezug auf den iranisch-irakischen Krieg galt diese Politik, spielte u. a. der Einfluß und die Stärke der UdSSR im Mittleren Osten eine Rolle. Die Türkei war, auch wenn sie Mitglied der NATO und Bündnispartner der USA war, darauf bedacht, mit der UdSSR gute Beziehungen zu unterhalten.

GROSSMACHTSTRÄUME ÖZALS

Die Tatsache, daß die UdSSR keine "Gefahr" mehr darstellt und im Mittleren Osten an Einfluß und Macht

Fortsetzung nächste Seite

Nr.55

Mai/Juni 1991

Wildcat

Einzelheft 4DM, Abo 6 Hefte 20DM
Sisina, PF 360527, 1 Berlin 36
Tel.: 030/612 18 48
Sonderkonto Zeitung Dietrich
Postgiroamt Berlin, Kto.:31502109

DER KRIEG

Aktionen
Reaktionen
und danach?

Gentech/
Biotech

Kritik der Wissenschaft
Gengesellschaft?
Ökonomie des Hungers

Türkei
"ddr"
Reunion
u.a.

GOLFKRIEG

Jetzt wieder aktuell:

blätter im iz3w
Informationszentrum dritte welt - iz3w

* **Golfkrieg Iran - Irak (Nr. 146) 12/87**

u. a. mit folgenden Beiträgen:
- US-Politik im Golf
- Diktatur der Baath-Partei
- Islam und Nationalismus
Erscheinung: DM/SEP 5, - Porto

* **Politisierung des Islam (Nr. 147) 2/1988**

Erscheinung: DM/SEP 5, - Porto

* **Intifada in Palästina (Nr. 150) 6/1988**

Erscheinung: DM/SEP 5, - Porto

... und in Vorbereitung:

Neue Weltordnung und der arabische Raum

erscheint Mitte März 1991 (Nr. 172)
Erscheinung: DM/SEP 6, - Porto

Alles zusammen für DM/SEP 20,- incl. Porto
bitte Vorauskasse (Scheck)

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg i. Br.

verloren hat, veranlaßte Özal dazu, zu versuchen, die obige traditionelle Außenpolitik zu verändern. Özals Ziel ist nicht nur, daß die Türkei in Richtung Mittlerer Osten eine aktive Politik betreibt und an Einfluß gewinnt, sondern auch in Richtung der Turkvölker und moslemischen Völker in der UdSSR. Dies auch im Einklang mit der US-Politik, die langfristig auf eine Zerstückelung der UdSSR abzielt.

Nachdem die Gedanken und Pläne Özals mit dieser Zielsetzung bei der Armee und Teilen der Regierung sowie den anderen Parteien keine volle Unterstützung fand, entbrannten einige Auseinandersetzungen im Staate. Auch wenn bei diesen Auseinandersetzungen diejenigen, die gegen die Politik Özals waren, einen Schritt rückwärts getan haben, bedeutet dies noch nicht, daß die Politik der Türkei nach Özals Willen neu bestimmt werden konnte.

Die Chance, Özals politischen Vorstellungen in die Realität umzusetzen, hängt u.a. von der dafür vorhandenen gesellschaftlichen und klassenmäßigen Unterstützung

ab: Außer der Bourgeoisie gibt es keine gesellschaftlichen Kräfte, die Özals Plänen positiv gegenüberstehen. Meinungsumfragen während des Krieges ergaben, daß 80% der Bevölkerung die Meinung vertritt, daß die Türkei bei Konflikten im Mittleren Osten keine Partei ergreifen sollte. Auch wenn die Erklärungen Özals, die an den Geist des Osmanischen Reiches erinnern, zunächst die Unterstützung faschistischer und chauvinistischer Kräfte bekommen haben, zogen diese Kräfte später ihre Unterstützung wegen den Erklärungen Özals zur kurdischen Frage zurück.

BRUCH MIT DEN ISLAMISCHEN KRÄFTEN

Daneben entstand eine Kluft zwischen Özal und dem islamischen Flügel der ANAP wegen der Haltung Özals zum Krieg. Die fanatischen Moslems in der ANAP haben wegen

des Schadens, den der Golfkrieg der moslemischen Bevölkerung im Irak zufügte und auch ein wenig unter dem Druck außerhalb der ANAP organisierter islamischer Strömungen und dem Einfluß dieser Kräfte, den sie durch ihre Anti-Kriegshaltung erzielten, gegen Özal Stellung bezogen, auch wenn dies nicht immer offen geschah.

Die Demonstrationen und Kundgebungen islamischer Strömungen während des Krieges gegen die USA und Israel, die in der Türkei nach den freitagsgebeten veranstaltet wurden, haben Özal dazu gebracht, seine Beziehungen zu diesen Kräften zu überdenken. Dabei spielte auch die Zunahme des iranischen Einflusses in der Region eine Rolle.

Neben der neuen außenpolitischen Tendenz bei Özal hat auch die Theorie "der grünen Generation" der USA, die sie vor 1985 zur Bekämpfung der UdSSR entwickelt hatten, (durch Unterstützung moslemischer Kräfte die UdSSR in Schwierigkeiten zu führen und die Moslems in der UdSSR zum Aufstand zu bewe-

Fortsetzung nächste Seite

"Özals Expansionswünsche"

Kein Zweifel, das eine Niederlage Saddams ein Machtvakuum in den angrenzenden Ländern wie Syrien, Iran und der Türkei zur Folge hätte, das gefüllt werden müßte. Zwischen den Regierenden dieser Staaten wirkt Özal sehr angestrengt an seinen Wünschen der Expansion und Vereinnahmung.

Nach dem letzten Besuch des US-Außenministers Baker, schloß Özal, daß große Dinge aus diesem Krieg hervorgehen. "Wir werden ein großartiges Land werden, wir werden ein modernisiertes Heer erhalten." Die Türkei hat für rund 335 Millionen Dollar Material von den USA erhalten. Sieben Milliarden US-Dollar beträgt die gesamte Anleihe die von den USA bereitgestellt wurde. Dazu sollten in der Türkei 160 F-16 Kampfflugzeuge finanziert werden. Özal: "Ich hatte die Billigung von Washington, weitere 120 F-16 Jets in der Nähe von Ankara zu produzieren."

Özal hofft nunmehr, militärische Ausrüstungen aus europäischen "Ausverkaufswaren", im Werte von 7 Milliarden US-Dollar zu erhalten. Türkische Beamte sprechen offen von "der stabilisierenden Rolle Ankaras" nach der Beendigung des Krieges.

Wie in der vorausgehende "Info-Türk" erklärt wurde, gibt es einige türkische Regierungsmitglieder, die gesteigerten Anspruch auf Gebiete im Irak, wie die Ölfelder im

Nord-Irak (Kirkuk und Mossul) haben. Obwohl die Beamten sagen, daß diese Ansprüche fallen gelassen wurden, nachdem dieses Gebiet unter Britische Befehlsgewalt fiel (Entscheidung der Vereinten Nationen von 1926), wurde von der türkischen Armee erwartet, diese Region zu beschützen - unter dem Vorwand, einen kurdischen Staat im Nord-Irak zu etablieren. Die 15 Millionen Menschen starke kurdische Minderheit in der Türkei ist sehr stark in dem Befreiungskampf engagiert.

Einige Fachleute vermuten, daß Özals vorausplanende Strategie sich darauf konzentriert, Kurden im Gebiet zwischen der Türkei und im Nord-Irak anzusiedeln, um sie mit einer Okkupationspolitik "in Schach" zu halten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist bereits von der türkischen Regierung unternommen worden: Am 26. Januar entschied die Regierung, das 70 Jahre alte "Sprech- und Sendeverbot" in kurdischer Sprache abzuschaffen. Seit dieser Entscheidung hoffte Özal (für seine spätere Okkupationsherrschaft) das kurdische Volk zu beruhigen und für sich zu gewinnen.

Ein weiterer Traum Özals ist es, die Türkei zu einer wohlwollenden, ökonomischen Macht zu entwickeln. Er forciert unter anderem Pläne, den Wasserüberschuß seines Landes nutzbar für Irak und Syrien zu ma-

chen - vielleicht mit einem "Öl-Wasser"-Handel. Die türkische Geschäftswelt hat auch schon Kalkulationen für den Wiederaufbau des Iraks nach dem Golfkrieg aufgestellt. Ebenfalls hofft Özal, daß sein pro-amerikanischer Standpunkt den Beitritt in die EG erleichtern würde. Jedoch, eines vergißt Özal: den unabdingbaren Faktor, daß ein Land das Vertrauen und den Respekt seiner Nachbarländer haben sollte.

"Cumhuriyet" wies am 18. Januar darauf hin, daß Özals Politik, die den Amerikanern erlaubte ein arabisches Land zu bombardieren, von den arabischen Staaten und vom Iran kritisiert wurde. Sowie Irak als auch Saudi-Arabien gaben an, daß wenn die Türkei Truppen in irakisches Gebiet schicken würden, sie nicht länger die unbeteiligten Beobachter der türkischen Politik bleiben würden.

Berichten aus Ankara zufolge ist Moskau unsicher über ein Eingreifen der Türkei in den Golfkrieg. So sind Özals pro-amerikanische Versprechungen bereits auf einen großen ausgedehnten Zeitraum festgelegt. Die kurdischen politischen Mächte im Irak, Iran und in der Türkei haben unterstrichen, daß sie niemals eine türkische Vorherrschaft akzeptieren.

aus: Info-Türk

gen) sowie die Tatsache, daß diese Theorie in den 90'er Jahren ihre Funktion verloren hat, den türkischen Staatspräsidenten dazu verleitet, sein Bündnis mit den islamischen Kräften zu hinterfragen. (Die USA brauchen jetzt im Mittleren Osten, in Asien und Afrika den europäischen Typ des Moslems.)

Die negativen Reaktionen moslemischer Extremisten in der ANAP auf die Kandidatur von Semra Özal, Özals Frau, für den Posten der Provinzvorsitzenden der ANAP in Istanbul haben Özal den Anlaß geliefert, gegen diese Kräfte vorzugehen. Özal unterstützte mit ganzer Kraft die Kandidatur seiner Frau, um mit den fanatischen Moslems in der ANAP und der Regierung zu brechen. Er scheute sich dabei nicht einmal, einige Minister zu entlassen, obwohl diese Özal seit der Gründung der ANAP enorm unterstützt hatten. Seinen Neffen Hüsnü Dogan entließ er vom Posten des Verteidigungsministers und den anderen Minister drohte er mit Entlassung.

Die Kandidatur Semra Özals für den Posten der Provinzvorsitzenden der ANAP in Istanbul ist ohne Zweifel ein Zeichen für die Regierungsart Özals, die auf den Methoden einer Familienherrschaft basiert. Jedoch wäre es falsch, nur diese Seite der Sache zu sehen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Istanbul Organisation der ANAP von moslemischen Kräften dominiert wird und daß diese Stadt bei der Bestimmung der Politik in der Türkei eine wichtige Rolle spielt. Özal hat gegen die Minister und Teile der ANAP nicht nur deswegen, weil sie seinen Befehlen nicht gehorcht hatten, eine harte Stellung bezogen, sondern auch, weil er neue politische Tendenzen, die wir oben zeigten, verfolgt.

NEUAUFLAGE EINES ALTEN BILDES: DIE LAIZISTISCHE, MODERNE, LIBERALE TÜRKEI

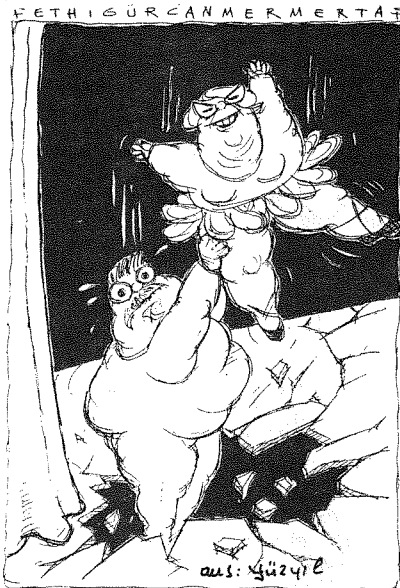
Die Sache mit Semra Özal hat noch eine andere Seite: Özal möchte aus der ANAP, deren gesellschaftliche Unterstützung ziemlich schwach geworden ist, wieder eine starke Partei machen. Mit diesem Ziel versucht er der ANAP eine Kosmetik der "Modernen" zu verpassen.

Außerdem baut Özal darauf, mit den Auseinandersetzungen um die Kandidatur Semra Özals ein Bündnis

mit der Armee und den sich an Europa orientierenden laizistischen Kräften zu erreichen. Es ist bekannt, daß es zwischen Özal und der Armee schon längst in der Frage des Laizismus Auseinandersetzungen gab.

Es ist unklar, ob die Semra-Operation Özals hilft, seine Ziele zu erreichen. Heute ist Folgendes klar: Der Golfkrieg und die Frage der Haltung zum Krieg haben die Auseinandersetzungen im Staatsapparat und in der ANAP verstärkt. Die politische Instabilität der Türkei macht es schwer, eine Voraussage zu treffen, wie diese Auseinandersetzung enden wird. Trotzdem ist es aber möglich, über den Charakter der erwähnten Auseinandersetzung einige Feststellungen zu treffen:

Özal präsentiert den Kampf innerhalb der ANAP - den Streit, der



durch die Kandidatur Semra Özals ans Tageslicht kam - als eine Auseinandersetzung zwischen "Fortschriftlichen und Reaktionären". Dies entbehrt aber jeder Grundlage. Hinsichtlich ihrer Haltung zur Demokratie und zum Volk sind Semra Özal und Turgut Özal mindestens genauso reaktionär wie die fanatischen Moslems in der ANAP.

Auch die neue Haltung Özals in der kurdischen Frage, die zur Verschlechterung seiner Beziehungen zu faschistisch-chauvinistischen Kräften führte, ist kein Zeichen dafür, daß Özal demokratisch gesonnen ist. Nicht als Erfordernis einer demokratischen Haltung sondern zur Harmonisierung der Interessen der Türkei mit den neuen Machtverhältnissen im Mittleren Osten nahm Özal eine neue Haltung zur kurdischen Frage ein. Daß eine Regierung, die nur Kugeln für diejenigen übrig hat,

die für kurdische nationale Forderungen kämpfen, das Verbot der kurdischen Sprache abschafft, dürfte keine große Bedeutung haben.

Özals Vorstoß, das Verbot der kurdischen Sprache aufzuheben, seine Stellungnahme gegen die fundamentalistischen Moslems, seine Vorschläge hinsichtlich der Meinungs- und Organisationsfreiheit sind in dieser Hinsicht Zwänge, die aus der Unterzeichnung der KSZE-Akte durch die Türkei entstanden sind. Özal versucht, die Unterstützung Europas für seinen Plan zu gewinnen, die Türkei zu einem großen und einflußreichen Staat im Mittleren Osten zu machen. Özal zeichnet den Europäern sowohl aus diesem Grunde als auch um die Mitgliedschaft der Türkei in der EG zu erleichtern ein "laizistisches, modernes und liberales Bild" der Türkei. Dieses Bild ist aber ein falsches Bild.

Innerhalb eines Monats nach Aufhebung des Verbotes der kurdischen Sprache wurden sechs Zeitschriften beschlagnahmt, weil sie die kurdische Frage erwähnten. Noch mehr: Die Kurden, die am 5./6. und 7. März in Sirnak, Idil und Dargeçit gegen die Armee und deren Spezialeinheiten protestierten und eine Demonstration veranstalteten, wurden beschossen. Ca. 10 Menschen, darunter Kinder und Frauen wurden getötet.

Am Golf ist der Krieg vorbei, in der Türkei hat ein neuer Krieg begonnen. Özals Politik, die durch die Beziehungen zwischen der EG und den USA, den moslemischen Ländern und der UdSSR entstandenen Möglichkeiten und Gelegenheiten zur Neubestimmung der Rolle der Türkei auszunutzen, hat sowohl in der ANAP als auch im Staate neuen Streit aufkommen lassen. Wie diese Probleme gelöst werden können, ist noch unklar.

Wenn die 10 Milliarden Dollar Kriegskosten der Türkei aus dem Westen und von Kuwait wettgemacht werden, wenn daneben bei den Friedensverhandlungen und der neuen Ordnung im Mittleren Osten der Türkei eine größere Rolle zugestanden wird, und wenn die EG der Türkei für ihre Mitgliedschaft in der EG grünes Licht zeigt, wird der Krieg zugunsten Özals enden. Sollte all dies nicht eintreten, wird Özal das größte Spiel seines Lebens verlieren.

Welche der Möglichkeiten realisiert werden kann, ist noch unklar. Jedoch ist nicht zu übersehen, daß die Türkei in eine neue Phase gedrängt worden ist. Man könnte sagen, Özal erlebt seine schwersten Tage.

Nachrichten aus Cumhuriyet

16.12.90

- Achtmal Alarm für die Wirtschaft 1991: Inflation, Devisen, Zinsen, Außenhandel, Golfkrise, Arbeitsfrieden, Wahlen und Wachstumsgeschwindigkeit.

- Neuer Rekord beim Außenhandelsdefizit: In den zehn Monaten des Jahres überschritt das neue Defizit 7,5 Mrd. Dollar, mehr als das Defizit von 1988 und 1989.

- 5 Postkarten- und Blumenverkäufer in Istanbul, die ankündigten, den Erlös ihres Verkaufs an die Streikenden geben, wurden festgenommen.

- Neue Verfügung im Südosten (Kurdistan-TI): Die Befugnisse des Ausnahmezustandsgebietsgouverneurs werden künftig auf die Bezirke des Gebietes beschränkt bleiben. Vor dem Verbot von Presseergebnissen erfolgt eine Verwarnung. Druckereien werden bei Verstoß gegen die Verfügung zunächst für 10 Tage, bei fortgesetztem Verstoß für 30 Tage geschlossen. Wer sich auf eigenen Wunsch das Ausnahmezustandsgebiet verläßt wird durch den Entwicklungs- und Unterstützungsfonds unterstützt. Diese Erleichterungen seien im Zusammenhang mit der Klage der SHP gegen die Verfügung vor dem Verfassungsgericht zu sehen, da die Klage mit hoher Wahrscheinlichkeit Erfolg habe.

Nachdem in Istanbul bereits ein Frauenhaus eröffnet worden war, wurde jetzt auch in Izmir ein "Familien-Besuchshaus" eröffnet, eine Zufluchtsstätte für Frauen mit Kindern. Das Haus hat 40 Plätze und die Frauen können bis zu 90 Tagen dort bleiben.

17.12.90

Im Osten nichts neues: Die Regierung ersetzte die Verfügung mit Gesetzeskraft Nr. 424 bzgl. des Südosten (Kurdistan-TI) durch eine neue Verfügung mit der NR.430, die in den meisten Punkten identisch ist, um einer Aufhebung durch das Verfassungsgericht zuvorzukommen.

- Delegation der türkischen Streitkräfte war in der BRD um sich über die Waffensystem zu informieren, die die BRD der Türkei überlassen werden. Die Systeme seien alt und unbrauchbar.

18.12.90

- Hungerstreik von 22 Gefangenen im Gefängnis Buca gegen die Haftbedingungen dauert seit 29 Tagen an.

- Neueste Ausgabe der Zeitschrift Yeni Ülke wegen "Schwächung der nationalen Gefühle" konfisziert.

- In der Parlar-Lederfabrik in Merton wurden 98 Arbeiter entlassen, da sie sich in der Gewerkschaft organisierten.

- Der Export in islamische Länder ist in den letzten 5 Jahren von 49% des Gesamtexports auf 18% gefallen, der Import von 29% auf 17% gefallen.

19.12.90

- Ehemaliger hoher MIT-Angebotler (Geheimdienst) Ferdi Tamer in Istanbul erschossen. Tamer hatte 1988 in einem Interview der Zeitschrift 2000'e Dogru über Folter während seiner Amts-

zeit (bis 1983) Erklärungen abgegeben.

- Zwei Polizisten wegen Folter zu je 4 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatten dem wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation festgenommenen Kutap Meric beide Arme gebrochen.

- Unter großen Sicherheitsvorkehrungen riß die Polizei in Izmir/Cennetcesme 35 Gecekondus nieder. Die BewohnerInnen der Gecekondus wehrten sich mit Steinen und Stöcken. Eine Frau versuchte sich mit ihren Kindern in ihrem Haus zu verbrennen. Die Polizei setzte Tränengasspray ein.

- Tourismusminister Aküzüm stellt fest, daß die Golfkrise sich positiv auf den Tourismus auswirkte, da die Familien der in Saudi Arabien stationierten US-Soldaten in der Türkei Urlaub machten.

20.12.90

- Beschluß einer 'Generalaktion' des Gewerkschaftsdachverbandes Türk-İs. Die Arbeiter werden einen Tag nicht zur Arbeit gehen. Dies solle eine Warnung an die ANAP-Regierung sein.

- Unterrichtsboykott der SchülerInnen in Cizre wegen der Festnahme von 3 Schülern auf einer unerlaubten Demonstration.

21.12.90

- Auf der Türk-İs Versammlung in Ankara wurde beschlossen den eintägigen Generalstreik auf den 3.1.91 zu legen. Nach dem Beschluß liefen die Gewerkschaftsführer gemeinsam zum Atatürk-Mausoleum mit den Parolen: "Arbeiter Hand in Hand zum Generalstreik" und "Der Dicke von Cankaya ist der Feind der Arbeiter" (Cankaya= Sitz des Staatspräsidenten-TI)

- Bei Operationen der Sicherheitskräfte bei Tunceli und Bingöl wurden 11 Terroristen getötet, teilte der Ausnahmezustandsgebietsgouverneur mit.

- 1122 Grundschulen im Ausnahmezustandsgebiet (Kurdistan-TI) wegen Lehrermangels, aus Sicherheitsgründen usw. geschlossen. 30.000 GrundschülerInnen seit Schuljahresbeginn ohne Unterricht.

23.12.90

- An die auf dem Natostützpunkt Pirinlik bei Diyarbakir stationierten US-Angestellten und die türkischen Soldaten wurden Gasmasken gegeben. Die durch die verstärkten Übungsflüge der Phantom-, F-84 und F-100 Flugzeuge in Aufregung geratene Bevölkerung beruhigte man damit, daß bei einer Kriegsgefahr die Soldaten keinen Ausgang hätten.

- SHP-Generalsekretär Cetin beschuldigte Özal in Bezug auf die Entscheidung 42 Natoflugzeuge und 576 Natosoldaten in die Türkei zu holen eines Alleinganges. Die Stationierung der Nato-Streitkräfte sei nicht abschreckend sondern provozierend.

24.12.90

- Bei der Beratung über die Beamtenehälter im Parlament riefen Beamte auf der Zuschauertribüne Parolen. 20 Beamte festgenommen.

- USA: Natotruppen nützen der Türkei. Die Türkei sei europäischer Boden. Der Weg zur EG werde geöffnet, die türkische Armee modernisiert.

25.12.90

- Özal bestätigte die Behauptung, daß er die Minister leere Formulare für Verfügungen unterschrieben ließ. Er habe das Land 6 Jahre lang auf diese Weise regiert. Auch die Entscheidung Natotruppen in die Türkei anzufordern sei so zustande gekommen. Ministerpräsident Akbulut dagegen behauptet, daß die Entscheidung im Ministerrat besprochen worden sei und die "leeren Verfügungen" nur bei einigen eiligen und Rufineangelegenheiten verwendet worden seien.

- Justizministerium schränkt den am Neujahrstag üblichen offenen Besuch in den Gefängnissen ein. Besuchsverbot für Gefangenen mit Disziplinarstrafen, im Hungerstreik usw.

- Vorsitzende des Menschenrechtsvereins der Ortsverbände im Südosten (Kurdistan-TI) bewerten die jüngsten Entwicklungen in der Region. "Die in unserem Gebiet in den letzten Wochen gefundenen mehr als 100 Leichen sind ein Beweis dafür, daß die staatlichen Kräfte sich nicht mit Folter begnügen". Die Menschenrechtsverletzungen nähmen jeden Tag zu. Die Golfkrise nehme man als Gelegenheit, gegen die Volksopposition noch härter vorzugehen.

- Protestaktionen von Mitgliedern des Vereins der Familienangehörigen der politischen Gefangenen TAYAD, der wegen illegaler Tätigkeiten vor einiger Zeit verboten wurde, gegen die Schließung des Vereins und die Repressionen gegen die Mitglieder.

- 10. Nummer der Zeitschrift Yeni Ülke konfisziert wegen des Abdrucks einer Rede von Ismail Besicki, die die "nationalen Gefühle schwäche."

- 13-jähriges Mädchen auf der Polizeistation in Ankara gefoltert. Sie war zur Identifizierung ihres festgenommenen Bruders auf die Wache gebracht worden und hatte sich geweigert, ihren Bruder, den man abgestürzt, da seine Arme gebrochen waren, zu identifizieren.

27.12.90

- Regierung warnte Gewerkschaftsdachverband Türk-İs: Der für den 3.1. vorgesehene Generalstreik sei illegal.

28.12.90

- Streiklawine: 107.500 Metallarbeiter im Streik, 10.500 ArbeiterInnen im Papierbereich werden ab 10.1. in den Streik treten. Wieder Demonstrationen am 28. Streiktag der 48.000 Bergbauarbeiter in Zonguldak.

- Todesgefahr in Buca: Hungerstreikende Gefangene im 40. Tag ihres Todesfastens. Die 8 ins Staatskrankenhaus gebrachten Hungerstreikenden lehnen eine Behandlung ab.

Fortsetzung nächste Seite

Nachrichten aus Cumhuriyet

29.12.90

- Die Anzahl der streikenden Arbeiterinnen ist auf 170.000 gestiegen.

- In dem auf Wunsch Genschers erstellten Türkeibericht des deutschen Generalkonsulats in Ankara wird festgestellt, daß das türkische Volk, die Streitkräfte, die Oppositionsparteien und die Presse keinen Krieg wollen. In dem Bericht ist die Rede davon, daß "im Falle der Nichtbeteiligung an der mobilen Einsatztruppe die Beziehungen Ankara-Bonn ernsthaften Schaden nehmen könnten.

- Bei zwei Bombenanschlägen auf ein Polizeiausrüstungsdepot und die Baustelle eines Polizeiwohnheims in Istanbul wurden zwei der Attentäter getötet, eine 18-jährige Attentäterin schwer verletzt. Die illegale Organisation Dev-Sol bekannte sich zu den Anschlägen.

- Von den 28.500 Braunkohlearbeitern in der Türkei haben 22.000 kein Streikrecht, da sie für Wärmekraftwerke arbeiten.

...

30.12.90

Hungerstreik in Buca am 41. Tag ergebnislos beendet. 8 Gefangene im Krankenhaus.

- Kulturminister Zeybek auf einer Veranstaltung des Türk Ocagi (Graue Wölfe-TI) in Izmir zum Thema "Wissensgesellschaft und nationale Kultur": "Der Koran befiehlt zu forschen... Es wurde kritisiert, daß in den Schulen außer Religionskunde noch anderes Wissen gelehrt wird. Aber das unterrichtete Wissen ist alles Religionswissen, auch Algebra und Arithmetik."

- 3. Winter für die 12.000 (kurdischen) Flüchtlinge im Zeitlager Kiziltepe deren Status als politische Flüchtlinge immer noch ungeklärt ist.

- 5 Studenten, die am 6.11. auf einer SHP Kundgebung in Izmit verhaftet worden waren begannen Hungerstreik, da sie nach 49 Tagen Haft immer noch nicht vor Gericht gestellt worden sind. Der Prozeß werde am 21. 1. vor dem Staatssicherheitsgericht Ankara beginnen.

31.12.90

- Staatsminister Kececiiler bedroht die Arbeiter im öffentlichen Sektor, die sich am Generalstreik am 3.1. beteiligten mit fristloser entlassung.

- Das Sozialversicherungskrankenhaus Batman wird ab morgen zu einem Militärkrankenhaus umgewandelt. Dort in Behandlung stehende Kranke sollen innerhalb weniger Tage entlassen werden, neue Kranke dürfen nicht mehr aufgenommen werden.

1.1.91

- Die Kosten für Lebensmittel für eine 4-köpfige Familie haben sich 1990 um 63,1% auf 814 189 TL erhöht. Die Rekordpreiserhöhungen liegen bei 100% für Brot, 99% für Tee und 87% für Fleisch.

2.1.91

- Während der Anteil der Lohnabhängigen am nationalen Einkommen

ständig fällt, erhöhte sich 1990 ihr Anteil an der Einkommenssteuer auf 58% (1987 35%, 1989 52%)

- Vorfallsreicher Neujahrstag in den Gefängnissen: Protestaktionen in Canakkale, Malatya, Gaziantep Bartin und Bursa gegen das Verbot des am Neujahrstag üblichen offenen Besuchs.

- Nach Berichten von nationalen und internationalen Menschenrechtsvereinigungen gab es innerhalb des letzten Jahres 39 "Verletzungen des Rechts auf Leben" aus verschiedenen Gründen wie "Tod durch Folter, Selbstmord wegen der unerträglichen Haftbedingungen, absichtliche Behandlungsverzögerung bei Krankheiten, Fluchtversuch nach der Aufforderung von Sicherheitskräften, stehenzubleiben" usw.... Darunter befinden sich zwei 13-jährige Kinder. Nach amnesty international starben in den letzten 10 Jahren 170 Personen an der Folter.

- Zwei Festnahmen wegen "Nein zum Krieg"-Flugblatt von SHP-Mitgliedern in Erzincan.

...

**Islamische
Veröffentlichungen
auf dem Vormarsch
Gegenwärtig gibt es ca.
islamische 200 Verlage und
an die 100 islamische
wöchentliche oder monatliche
Zeitschriften mit einer
Gesamtauflage von ca. 150.000.
Die Auflagen der
Veröffentlichungen des Amtes
für Religionsangelegenheiten
zur "religiösen Erziehung"
beliefen sich 1990 auf 1.390.000
Exemplare der von dem Amt
herausgegebenen Zeitung,
737.000 Exemplare
der Kinderzeitschrift des Amtes
und 25.000 Exemplare seiner
Zeitschrift. Außerdem gibt
das Amt zusammen mit
der Religionsstiftung über
40 Bücher mit einer Auflage
von 600.000-700.000
Ememplare heraus.
Cumhuriyet, 25.12.90**

3.1.91

- Große Warnung der Arbeiter: 1,5 bis 2 Millionen Arbeiter gehen heute einen Tag nicht zur Arbeit.

- "Präsidenten"bus für Özal: Der bei der Firma Mitsubishi bestellte kugelsichere Bus für Wahlreisen soll 3,5 Mrd. TL kosten (= 1,7 Mio. DM)

- Der am 16.12. von Zivilpolizisten festgenommene irakische Flüchtling Ahmet Budak wird vermißt. Die Polizeidirektion bestreitet die Festnahme Budaks, der ein führendes Mitglied der KP des Irak ist.

- Die 27 700 Flüchtlinge aus dem Irak, die seit 2 1/2 Jahren in drei provisorischen Lagern leben, warten immer noch darauf, daß ihnen der Status als politische Flüchtlinge zuerkannt wird.

- Beim offenen Besuch am Neujahrstag im Spezialgefängnis Gaziantep wurden nach der Flucht zweier zum Tode verurteilter Dev-Sol Mitglieder 12 Gefängniswächter festgenommen. Der Justizminister wertete die Flucht als "Ergebnis des offenen Besuchs". Gegen das darauf für den 2.1. verhängte Besuchsverbot für Gefangene mit Disziplinarstrafen kam es zu Protesten von Angehörigen. In Ankara wurden 50 Angehörige festgenommen, in Gaziantep 5, zwei davon verhaftet und in Aydin 4 Angehörige festgenommen.

4.1.90

- Historische Aktion der Arbeiter: Die Aktion der Arbeiter, einen Tag nicht zur Arbeit zu gehen, brachte den Verkehr in den großen Städten fast zum Erliegen. In Istanbul wurden 200 Personen festgenommen. Der Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts, Demiral, gab den Befehl, die führenden Mitglieder von Türk-İs und die verantwortlichen Gewerkschaftsvertreter in den Betrieben festzunehmen. Gegen alle an der Aktion beteiligten werde ein Untersuchung eröffnet, auch wenn dies eine Million seien.

- Nach 35 Tagen Streik in Zonguldak haben sich heute 42.000 Arbeiter mit über 1.000 Bussen auf den Weg nach Ankara gemacht.

6.1.91

- 2 Anwälte auf Befehl Staatssicherheitsgericht Ankara wegen Unterstützung des 1-tägigen Generalstreiks am 3.1. festgenommen, da sie erklärt hatten, der Aktion sei legal. Verteidigungsunterlagen im Büro der Anwälte beschlagnahmt.

- 22.000 Türken stellten im Jahr 1990 Asylantrag in der BRD

7.1.91

- 200 Streikende, die vor den Barrikaden übernachteten festgenommen.

8.1.91

- Schnelle Eingreiftruppe auf dem Weg in die Türkei.

9.1.91

- Nach zwei Jahren erstmals Grundschulen in den Flüchtlingslagern der irakischen Kurden in Kiziltepe, Mus und Diyarbakir eröffnet. Der Unterricht ist türkisch.

- Die Anzahl der Streikenden im Metallbereich hat sich auf 122.000 an 282 Arbeitsplätzen erhöht.

10.1.91

- 5 Separatisten zündeten in Kahramanmaraş einen Reisebus an.

12.1.91

- Flucht aus dem Südosten der Türkei in den Westen. Allein aus dem 50.000 Einwohner zählenden Cizre sind 20.000 Personen abgewandert.

Fortsetzung nächste Seite

Nachrichten aus Cumhuriyet

12.1.90

Einige hundert Entlassungen wegen Teilnahme am Generalstreik am 3. Januar, darunter auch Gewerkschaftsvertreter.

13.1.91

Der Südosten leert sich: große Abwanderung nach Westen

- 2. Armee an der irakischen Grenze

- Erster und letzter großer Kongreß der TBKP (Vereinigte kommunistische Partei der Türkei) vor der Vereinigung mit der SBP (Sozialistische Einheitspartei) Gastredner M. Gürdere, stellvertretender Vorsitzender der ANAP (regierende Mutterlangspartei): "Es gibt gemeinsame Werte, die wir mit der TBKP teilen."

14.1.91

- 201 festgenommene Bergarbeiter aus Zonguldak nach Verhör freigelassen.

- 4 Anwälte, die festgenommen worden waren, nachdem sie erklärt hatten, die Aktion der Gewerkschaften, am 3.1. "einen Tag nicht zur Arbeit zu gehen, sei kein Vergehen, werden dem Staatssicherheitsgericht vorgeführt. Es ist nicht klar wessen sie beschuldigt werden, da als Grund zunächst genannt wurde "eine Straftat befürworten", später "eine Geheimorganisation". Die 4 Anwälte verweigern die Aussage und haben einen Hungerstreik begonnen.

- In den letzten 11 Jahren wurden nahezu 3 Mrd \$ ausländisches Kapital in der Türkei investiert.

- Ankara ist teuerste Stadt der Türkei geworden, an zweiter Stelle Istanbul, an dritter Zonguldak. Die Preiserhöhungen für Lebensmittel im letzten Jahr in Ankara: 85,4%.

15.1.91

- Die Gewerkschaftskonföderation Hak-Is sammelte 1 Mio. Unterschriften gegen den Krieg. Erklärungen gegen den Krieg von der Ärztekammer Izmir, dem Verein der Unidozenten und der HEP (Arbeitspartei des Volkes)

- 3 der 4 wegen des Generalstreiks am 3.1. festgenommenen Anwälte freigelassen. Eine Anwältin wird dem Staatssicherheitsgericht übergeben.

- Folttervorwurf in Kocaeli: 11 von 30 Personen, die am 3.1. im Büro der Zeitung Mücadele festgenommen waren, seien von der politischen Polizei in Kocaeli 8 Tage lang gefoltert worden.

- Warnung der Metallarbeiter: 15.000 streikende Gewerkschafter in Bursa demonstrierten gegen die Regierung und den Arbeitgeberverband MESS.

16.1.91

- Wirtschaftskrise durch Golfkonflikt: Mit der gestrigen Ausschüttung von 3.517 Trillionen TL durch die Zentralbank ist das Emmissionsvolumen auf 18,5 Trill. TL geklettert und damit das höchste der Geschichte.

- Wirtschaftshilfe der USA, für die Erlaubnis, von der Türkei aus den Irak zu bombardieren.

17.1.91

- Der Geheimvertrag zwischen Washington und Ankara über den Luftwaffenstützpunkt Incirlik umfaßt neben wirtschaftlichen und militärischen Themen auch politische: Es wird zugesichert, daß keine Gründung eines kurdischen Staates zugelassen wird.

- Vorkehrungen gegen einen möglichen Chemiewaffenangriff aus den Südosten: Verkauf von Plastikplanen. Schulen im Südosten wegen der anhaltenden Flucht in den Westen leer.

18.1.91

- Außenhandelsdefizit 9,4 MRD \$

Den Preis für die hohen Inflation bezahlen die Arbeiter und Beamten

Nach den neusten Statistiken der staatlichen Planungsorganisation DPT bezahlten den Preis für das nach 1980 angewandte wirtschaftliche

Konsolidierungsprogramm und die hohe Inflation die Arbeiter und Beamte. Die Lohnabhängigen verarmten in den letzten 10 Jahren um nahezu 40%, vor allem der Anteil am nationalen Einkommen der im öffentlichen Sektor Beschäftigten

fiel real um 50%. Der Reallohn der Staatsbeamten erreicht gerade noch 48,5% des Einkommen von 1979. Das Einkommen der im Privatsektor Beschäftigten

dagegen überschreitet in diesem Jahr erstmals das Niveau von 1979, um 3,85%. Das nationale Pro-Kopf-Einkommen stieg in den 11 Jahren seit 1979 um 28,3%

von 100 auf 128,3. Im Gegensatz dazu fiel der Mindestlohn von angenommenen 100 im Jahre 1979 auf 69,4 im Jahre 1990, der Anteil der Mindestlohneempfänger am nationalen Einkommen fiel im gleichen Zeitraum

von angenommenen 100 auf 54,94.

20.1.91

- Flucht aus dem Osten in den Westen dauert an. Ein Teil will nicht zurückkehren.

21.1.91

- Flüchtlingszahl aus dem Irak in die Türkei steigt an. Soldaten erschossen zwei flüchtende irakische Soldaten als vermeintliche Terroristen.

- Erneute Anklage gegen Friedensverein

22.1.91

- Prozeß gegen SHP Kreisvorsitzenden, weil er seinem Sohn einen kurdischen Namen gegeben hatte.

- Aufruf des Menschenrechtsvereins gegen den Krieg mit 26.000 Unterschriften dem Parlament überreicht.

23.1.91

- 12-jähriger Grundschüler B.A., der wegen Plakatklebens gegen den Krieg vorgestern festgenommen worden war, wurde gestern freigelassen.

- Tourismus: Deutsche Agenturen haben Winterreisen in die Türkei annulliert. Für den Sommer keine einzige Reservierung.

24.1.91

- 400 Bombenflüge von Incirlik aus

- Bombenanschläge gegen zwei amerikanische Einrichtungen in Istanbul durch Devrimci Sol.

- 10 HEP-Mitglieder, davon zwei Parteiführer vor 4 Tagen ohne Begründung festgenommen. Sie werden dem Staatssicherheitsgericht Erzincan überstellt.

- Verhör von Gründungsmitgliedern der neu gegründeten Erziehungsgewerkschaft Egil-Sen in Antalya.

- 8 Parteiführer der SP (Sozialistische Partei) wurden auf dem Postamt festgenommen, als sie an Özal eine amerikanische Fahne schicken wollten.

- Studenten, die die Semestergebühren für ein zweites Studium (jährlich zwischen 5.000 bis 30.000 DM) nicht bezahlen können, werden exmatrikuliert.

25.1.91

- Türkei wird aus der Finanzhilfe der BRD für den Golfkrieg 1,64 MRD DM erhalten. Bisher hat die Türkei Waffen und Munition zum größten Teils aus NVA Beständen im Wert von 812 Mio DM erhalten. Es werden noch für 220 Mio DM Waffen folgen.

26.1.91

- Folttervorwurf gegen Politische Polizei in Ankara. Der Gefangene Birtan Altuntas sei in der letzten Woche an den Folterungen gestorben.

- Ca 100 Festnahmen in Nusaybin in den letzten Tagen. Die meisten sind Mitglieder der HEP (Arbeitspartei des Volkes) oder des Menschenrechtsvereins.

27.1.91

- Begrenzte Freigabe der kurdischen Sprache: Sprechen, Kassetten, Video frei, Kurdischer Unterricht, Erziehung, kurdisch als Amtssprache und in offiziellen Angelegenheiten weiter verboten.

- Bei der Beisetzung von Mecit Kaplan, der vorgestern während einer Anti-Kriegs Kundgebung in Tatvan von der Polizei erschossen worden war, wurden 10 Personen festgenommen.

- Verteidigungsminister Dogan widersprach dem Vorwurf des HEP-Angeordneten Isiklar, an die irakische Grenze würden vorwiegend aus dem Osten stammenden Soldaten (Kurden-TI) geschickt.

Fortsetzung nächste Seite

Nachrichten aus Cumhuriyet

29.1.91

- Özal verhandelt mit Baker über Kurden im Irak. Die USA würden keinen unabhängigen Kurdenstaat zulassen. In der Kurdenpolitik der Türkei wären einige Änderungen angebracht. Özal: "In der Kurdenpolitik werden wir die radikalsten Veränderungen machen... Aber nur Schritt für Schritt..."

30.1.91

- 3 Bombenanschläge in Izmir: Französisches Konsulat und 2 US Einrichtungen.

- Regierung versucht durch Verfügungen mit Gesetzeskraft zur Wirtschaft und öffentlichen Ordnung die Befugnisse des Parlaments auf die Regierung zu übertragen.

- Menschenrechtsverein Ankara: In Ankara würden in der letzten Zeit zunehmend Massenfestnahmen stattfinden und die Festgenommenen zum Teil schwer gefoltert worden.

31.1.91

- Özal zu den ANAP-Abgeordneten: Nach dem Krieg werde man sich an den Tisch setzen um über die Veränderungen auf der Landkarte in der Region zu sprechen. "Wenn wir nicht die Freiheit geben kurdisch zu sprechen, werden wir dort (am Verhandlungstisch-TI) überaus große Schwierigkeiten bekommen."

1.2.91

- Anti-Terror Operation gegen Dev-Sol in Istanbul: 1500 Polizisten durchkämmten das Gecekonduviertel Küçükarmutlu. 200 Personen festgenommen, davon ca 100 nur kurzfristig.

- §140 des TStGB soll aufgehoben werden werden (Aktivitäten gegen den türkischen Staat im Ausland), §§ 141, 142 und 163 sollen in ein neues Anti-Terror Gesetz umgewandelt werden.

2.2.91

- Bericht des US-Außenministeriums über Menschenrechte in der Türkei 1990: Folter als Hauptproblem bei den Menschenrechten sei im ganzen Land verbreitet. Man wolle die Türkei aber nicht kritisieren oder beschuldigen.

3.2.91

- Özal stößt mit seiner Aufhebung des Kurdischverbotes und dem Vorschlag der Befugnisserweiterung für die Regierung auf innerparteiliche Opposition.

4.2.91

- Szenarien der USA und Großbritannien für die Nachkriegsordnung im Mittleren Osten: Türkei soll eine aktive Rolle übernehmen und als Ausgleich für ihre Verpflichtungen billiges Öl, Militärhilfe und noch stärkere ökonomisch-politische Unterstützung bekommen. Ankara möchte die "Hauptrolle".

- Ausländische Journalisten werden im Südosten an ihrer Arbeit gehindert. Cizre, Silopi und Batman sind "inoffiziell verbotenes Gebiet".

5.2.91

- Gesetzentwurf für die begrenzte Freigabe dem parlament vorgelegt: Türkisch ist "offizielle Sprache", kurdisch nur im privaten Gebrauch erlaubt.

- Den seit 3 Jahren in Lagern lebenden 30.000 kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak wurde verboten die Lager zu verlassen. Journalisten dürfen die Lager nicht betreten.

6.2.91

- Seit Beginn der Golfkrise ca 100.000 ArbeiterInnen entlassen, davon 60.000 gewerkschaftlich organisierte, am meisten im Textilbereich.

7.2.91

- Bericht der US-Regierung bezüglich Kurden in der Türkei: "Die Kurden in der Türkei sind wie die Schwarzen bei uns in das Leben integriert und haben ihre Regionalität in bestimmten Maße verloren. Sie werden die Unabhängigkeit niemals wirklich fordern, aber die Verbote gegenüber den kulturellen Rechten sollen aufgehoben werden."

- 1990: 4,5 Mrd \$ Verlust der Türkei durch die Golfkrise, nur 1,4 Mrd \$ Ausgleichszahlungen

- Volkshaus Samandagi wurde wegen der Organisation einer Anti-Kriegskundgebung unbefristet geschlossen.

8.2.91

- US-Bediensteter in Incirlik erschossen. Devrimci Sol bekannte sich zu dem Anschlag. 4 Personen festgenommen.

- Schwarzer Schnee in Idil, Sirmak, Cizre, Nusaybin versetzt Einwohner in Panik. Bevölkerung gewinnt ihr Trinkwasser aus Regen und Schnee.

9.2.91

- Türkei sperrt dem Irak das Wasser des Euphrat. Wird als technische Notwendigkeit begründet.

- SOS in der Wirtschaft: große Verluste bei Banken, Tourismus, Lieferunternehmen, Transport, Einzelhandel.

- Ankara ist mit Baker's Erklärung zufrieden, daß "ein unabhängiger kurdischer Staat nicht gegründet wird." Özal verspricht größere Rechte und kulturelle Freiheiten für die Kurden.

- 1990 wurde der Streikrekord gebrochen. Höchste Streikzahl in der Geschichte der Türkei: An 458 Streiks nahmen 166 306 Arbeiter teil. Verlorene Arbeitstage: 3.466.550

11.2.91

- Bereits 6 mal verbotenes Theaterstück "Pir Sultan Abdal" erneut in Denizli verboten. Pir Sultan Abdal war ein alevitischer Dichter, der sich im 16. Jahrhundert gegen den osmanischen Staat erhoben hat.

- Keine Erlaubnis des Rektors der Trakya Universität für Untersuchung über die Sexualität der Studenten: "Unsere Studenten sind tugendhaft."

12.2.91

- OECD-Bericht: 1991 wird ein Verlustjahr für die Türkei

- ANAP-Abgeordneter Güzel über die Kandidatur Semra Özals als Bezirk-

vorsitzende der ANAP in Istanbul: "Özal macht sich über die Leute lustig."

- Das nach dem Vorbild europäischer Gefängnisse renovierte Spezialtyp Gefängnis in Eskisehir, das 1988 nach der Entdeckung von zwei Tunneln geschlossen worden war, wurde wieder in Betrieb genommen. Es ist mit 1-3 Personenzellen ausgestattet

- Antikriegskundgebung des menschenrechtsvereins Ankara vom Gouverneur 2 Monate "verschoben"

- Privatisierung und teilschließung der Minen in Zonguldak angekündigt. Die Zahl der Arbeiter soll von 42.000 auf 22.000 gesenkt werden.

14.2.91

- Arbeitslosenarmee wächst: Zahl der aufgrund des Krieges und der Stagnation entlassenen oder Zwangsbeurlaubten ist auf 200.000 gestiegen. Weitere Entlassungen im ganzen Land.

15.2.91

- Semra Özals Kandidatur bringt die ANAP durcheinander: Zu einem Essen, das Frau Özal für die Istanbulbezirksvorsitzenden der ANAP gab, erschienen nur 4, 21 Vorsitzende blieben aus Protest fern. Semra Özal: "Jetzt erst recht", Turgut Özal: "Denen werde ich es zeigen".

- Polizei nahm 3 Mitglieder der Sozialistischen Partei SP fest, die vor dem amerikanischen Konsulat einen schwarzen Kranz niederlegen wollten.

16.2.91

- Breite Kritik an Semra Özal's Kandidatur. Semra Özal: "Erst bringe ich die ANAP in Ordnung, dann die Stadtverwaltung."

- Urteil im Adana Devrimci Yol Prozeß mit 150 Angeklagten: 19 Todesstrafen, 13 Lebenslänglich.

- 2 Mitglieder der SP wegen Protesttelegramm an Bush sofort nach der Aufgabe des Telegramms im Postamt festgenommen.

17.2.91

- Druck des Staatspräsidenten Özal auf die ANAP: "Denkt an die Partei und an Euch selbst und verhaltet Euch entsprechend. Unterstützt Semra Özal."

- Einwohnerzahl Istanbul's nähert sich 10 Millionen. Neue Gecekonduviertel wachsen schnell an.

- Podiumsdiskussion des Menschenrechtsvereins Ankara zum Thema "Kinder und Gewalt" verboten.

- 8 Arbeiter in Bursa wegen Protest gegen zunehmende Entlassungen verhaftet, weitere 18 Personen werden angeklagt.

- Sabotageakt auf Zug mit Kriegsgewehr in Pazarcik: Zug entgleist, 1 Toter.

18.2.91

- 4 Minister der ANAP, die sich gegen die Kandidatur Semra Özal's ausgesprochen hatten, sind zum Angriffsziel des Staatspräsidenten geworden. Özal eröffnete den Kampf für seine Frau.

Fortsetzung nächste Seite

Nachrichten aus Cumhuriyet

18.2.91

- 25.000 Baumwollarbeiter in Denizli warten seit 5 Monaten auf ihre Bezahlung.

- Verdächtiger Tod: Familie des 20-jährigen festgenommenen Ali Rıza Akdoğan, der angeblich durch einen Sprung aus dem Fenster der Polizeiwache Selbstmord begangen haben soll, fordert Untersuchung der Todesursache. An seinem Körper seien Folterspuren gewesen, er sei aus dem Fenster geworfen worden.

- Seit Beginn der Golfkrise 160.000 Menschen aus dem Osten nach Izmir abgewandert.

- Bei parteiinternen Wahlen von Kreisvorsitzenden der ANAP in 20 Kreisen, heben 9 die Nationalisten (ehem. MHP), 7 die Liberalen und 4 die Konservativen (Islamisch orientiert) gewonnen.

- Weitere Entlassungen im ganzen Land

...

20.2.91

- Ali Rıza Akdoğan wurde unter großen polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen beigesetzt.

...

21.2.91

- Foltermale bei Ali Rıza Akdoğan: Nach einem ärztlichen Attest des Krankenhauses, zu dem die Polizei ihn seinem angeblichen Selbstmord gebracht hatte, war Akdoğan dort 4 Tage im Koma gelegen. Er hatte ein Schädeltrauma und Ödeme an den Füßen.

...

22.2.91

- Nach ministerpräsident Akbulut's Worten habe Özal versucht, die vier

Minister, die sich gegen Semra Özal's Kandidatur als Bezirksvorsitzende der ANAP gestellt hatte, zum Rücktritt zu bewegen oder andernfalls abzuberufen. Akbulut habe dies verhindert.

- Akdoğan's Kleider sind nicht aufzufinden. Mithilfe der Kleider könnte man die Folterung beweisen.

- Im Textilsektor sind seit 6 Monaten 140.000 ArbeiterInnen arbeitslos geworden.

...

23.2.91

Tötlicher Anschlag auf Polizeikommissarin Istanbul Dev-Sol bekannte sich dazu.

- Özal ließ Verteidigungsminister Hüsnü Dogan abberufen, weil er sich gegen die Kandidatur von Semra Özal gestellt hatte.

- Im Grenzgebiet bei Cizre bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften 7 "Terroristen" getötet.

- Semra Özal übergab den Vorsitz "ihrer" Frauenstiftung "Papatya" (Gänseblümchen) ihrer Schwiegertochter Elvan Özal.

- Prozeßrekord: Özal hat in den 1 1/2 Jahren seiner Staatspräsidentenzeit an die 50 Personen (meist Journalisten und Politiker) einen Beleidigungsprozeß angehängt.

- 5. Veränderung im 1 1/2 Jahre alten Kabinett Akbulut's nach der Entlassung von Verteidigungsminister Dogan.

...

24.2.91

- 7. Verbot des Theaterstücks "Pir Sultan Abdal" über einen Dichter im 16. Jahrhundert, diesmal in Ankara.

...

25.2.91

- 12. Flucht aus dem Bayrampasa Gefängnis: 2 Gefangene aus dem Krankenrevier geflohen, 1 Gefangener wurde gefaßt.

- Ärztekammer erklärt auf einer Protetversammlung, daß in den letzten Monaten İdris Can, Haydar Arman, Kasam Aras, Birtan Altunbas und Ali Rıza Akdoğan in der Incommunicadohaft durch Folter getötet worden seien.

- Protestaktionen der 10.700 SEKA-PapierarbeiterInnen. Sie werden ab heute ihren Arbeitsplatz nicht verlassen. Seit 8 Monaten arbeiten sie für den gleichen Lohn, während die Papierpreise 6 mal erhöht wurden. Die Brotpreise haben sich in 8 Monaten verdoppelt.

26.2.91

- 1990 Rekord im Außenhandelsdefizit: Um 124% auf 9 MRD 342 Mio. Dollar gestiegen.

27.2.91

- Flüchtlinge aus dem Irak: Bisher 1.443 Soldaten und 1502 Zivilpersonen.

- Der 16-jährige Schüler D.S. wurde festgenommen. Weil er Hammer und Sichel auf die Schultafel gemalt hatte.

- Gefangene von Devrimci Sol in Gaziantep, Ankara und Amasya beginnen aus Protest gegen die Schließung des Gefangenen Hilfsvereins TAYAD drei tägige Hungerstreik.

- Wieder schwarzer Regen bei Hatay und Adana, vorgestern in Midyat, Silvan, İdil und Diyarbakir.

Repression gegen Belge-Verlag

Der Belge-Verlag ist einer der wenigen nach dem Putsch 1980 übriggebliebenen fortschrittlichen Buchverläge in Istanbul. Er wurde 1977 gegründet und beschäftigt vier Personen.

Linke und fortschrittliche Buchverläge unterliegen besonders seit verganginem Jahr (1990), also seit dem Volksaufstand in Kurdistan und seit der Golfkrise nach dem 2. August, verschärfter Zensur und Schließungsandrohung. Im Dezember 1990 allein wurden vier Bücher des Belge-Verlages beschlagnahmt. Es handelt sich um die folgenden Bücher:

- Tunceli Kanunu (1935) ve Dersim Jenosidi von İsmail Besikci
- Cagri von Soysal Ekinci
- Siyabend ile Xexe von Hüseyin Erdem
- Dersimli Memik Aga von Haydar İsik

Alle diese Bücher handeln in irgendeiner Art und Weise von Kurdistan oder kurdischer Kultur und Sprache. Am bekanntesten ist das Buch von İsmail Besikci. Für obiges Buch "Das Tunceli-Gesetz (1935) und das Dersim-Genozid" (Dezember 1990) mußte er am 18. Dezember 1990 erneut vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul erscheinen. Die Anklage der Staatsanwaltschaft, die in seinen

Büchern den Tatbestand von staatsgefährdender Propaganda und Schwächung der nationalen Gefühle (Art. 142 3 StGB) als erfüllt erachtet, fordert 45 Jahre Gefängnis für Besikci.

Für jeden Tag Gefängnis, den Besikci schließlich bekommen wird, muß der verantwortliche Buchverlag zudem 5.000 TL Strafe bezahlen: zwei Fliegen auf einen Schlag also. Werden Bücher durch den Staat eingezogen, und kann der Autor, die Autorin nicht verhaftet werden, muß der Verlag pro Buch 12 Millionen türkische Lira Busse bezahlen. Vergleicht man frau diese Zahlen mit einem durchschnittlichen Monatslohn in der Türkei (ca. 400.000 türkische Lira), wird klar, was damit erreicht werden soll: Es geht um nichts weniger als das Vernichten von linken und fortschrittlichen Buchverlagen.

Wie gehen Buchbeschlagnahmungen vor sich?

- Die Politische Polizei beschlagnahmt verdächtige Bücher und legt sie dem eigenen Pressebüro zur Durchsicht vor. Von jedem gedruckten Buch müssen der Politischen Polizei 25 Exemplare vorgelegt werden. Diese werden dann an verschiedenen Stellen der Staatsanwaltschaft verteilt und zensiert oder eben

verboten.

- Zivilpolizisten statten Druckereien einen Besuch ab, lassen die Maschinen stoppen und ziehen verdächtige Bücher ein.

- Der Druckereibesitzer übt Selbstzensur aus, aus Angst vor Schließungsandrohung durch den Staat.

Aber auch auf ganz anderer Ebene interveniert der türkische Staat. So erhöhte Turgut Özal nach seinem Machteintritt 1983 den Papierpreis derart, daß Bücher (Bildung) für die meisten unerschwinglich geworden sind. 1980 kostete ein Buch durchschnittlich 45 TL, 1990, zehn Jahre später 10.000 TL. Das dahinterstehende Ziel der Herrschenden ist der Wunsch nach einer entpolitisierten, desinteressierten Gesellschaft. Das Fernsehen mit seinen meist dummlichen und desinformierenden Programm soll die Köpfe der Menschen vereinnahmen.

War früher vor allem das Einziehen vom kommunistischer Literatur durch den türkischen Staat an der Tagesordnung, wittert die Regierung die Gefahr heutzutage vor allem auch in Literatur über Kurdistan. Es werden somit wieder zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen.

Die Frauenbewegung – Bedrohung der Ordnung

DER DRUCK AUF DIE FRAUEN WIRD "FEINER"

Wir wissen, daß

– es in Art. 10 der Verfassung von 1982 heißt, daß jede/r ohne Berücksichtigung des Geschlechts gleich ist,

– es in Art. 1 der internationalen Menschenrechtskonvention heißt, daß jede/r bezüglich seiner/ihrer Rechte gleich geboren ist und niemand in Abhängigkeit und Sklaverei gehalten werden darf,

– es in dem Vertrag zur 'Verhinderung jedweder Benachteiligung der Frauen', der seit 1980 ratifiziert werden kann und den die Türkei 1985 ratifiziert hat, heißt, daß jede Art von Behinderung der Frauen und Männer an der Inanspruchnahme aller wirtschaftlichen, sozialen, zivilisatorischen und politischen Rechte einer Vorenthaltung und Einschränkung der Grundrechte und –freiheiten gleich kommt, und daß im Art. 2 dieses Vertrages festgehalten ist, daß der Staat alle geeigneten Maßnahmen treffen möge, um alle Gesetze, Verwaltungsvorschriften, Bräuche und Praktiken, die eine Benachteiligung für die Frauen darstellen, zu beseitigen.

Dies wissen wir alles.

Nur erleben wir täglich folgendes:

– Nach den Paragraphen 440 und 441 des türkischen Strafgesetzbuches, die den Ehebruch regeln, werden Frauen, bei denen der Verdacht des Ehebruchs besteht, unter Strafandrohung gestellt. Beim Mann gilt das Gesetz nur, wenn er 'in flagranti' ertappt wird.

– Das Gesetz 2827 vom Januar 1984 zur Abtreibung, die bis dahin verboten war, gewährt den Frauen nur eine sym-

bolische Freiheit und wird als ein Instrument der Geburtenregelung eingesetzt. So gilt z.B.:

– die Zehn-Wochen-Frist, während diese im Westen 12 bis 22 Wochen beträgt.

– daß das Einverständnis des Ehemannes, und bei nicht Volljährigen, das der Erziehungsberechtigten einzuholen ist.

Das Zivilrecht besagt im § 152, daß der Mann das Familieneroberhaupt ist.

im § 153, daß die Frau den Familiennamen des Mannes annimmt,

im § 154, daß der Mann der Repräsentant in der Ehe ist.

in den §§ 155, 156, 157 und 158, daß er jederzeit, um die Frau zu schützen, ihre Verantwortlichkeit entheben kann.

im § 200, daß eine Frau nur mit Einverständnis des Mannes ein Erbe verweigern kann und

im § 263, daß bei einer Scheidung das Sorgerecht vom Votum des Mannes abhängt.

Außerdem darf im Zivilrecht eine Frau nur wenn sie arbeitet Anspruch auf das Familienvermögen haben. Eine Frau, die nicht arbeitet, hat keinerlei Anspruch.

Dies alles erleben wir.

In der Öffentlichkeit erleben wir nur noch mehr.

Die Regierung hat Angst vor der unabhängigen Frauenbewegung. Sie hat Angst, daß die Frauenbewegung als Teil der öffentlichen Opposition wirksam wird und die von ihnen zu etablieren gesuchte scheinheilig-religiöse Ordnung durchkreuzt. Die von ihnen zuvor mit leichtem Spott betrachtete Bewegung ist zu einer leichten Bedrohung für die

Ordnung geworden. Sie soll mit Verwaltungsvorschriften an die Kette gelegt werden.

Im Dezember 89 wird das Familienforschungsinstitut gegründet – just von dem Minister Cicek, der zuvor erklärt hatte, daß Flirt und Prostitution das Gleiche seien. Am 20.4.1990 wird das Amt für den Status und die Fragen der Frau im Ministerium der Ministerin Imren Aykut eingerichtet. Während das Familienforschungsinstitut mit Untersuchungen und Planungen im Sinne der religiösen Propaganda beauftragt wird, soll das Amt für den Status und die Fragen der Frau die in diesem Bereich tätigen freien Einrichtungen lenken und unterstützen, die Unternehmungen der Regionalverwaltungen auf diesem Gebiet verfolgen (§4) und sie im Sinne der religiösen Ideologie (§9) lenken.

So soll das Amt für den Status und die Fragen der Frau als Alibi gegenüber dem Westen dienen, der ebenfalls Frauenministerien u.ä. eingerichtet hat – aber in Wirklichkeit soll damit die gesamte unabhängige Frauenbewegung der Türkei aufgelöst werden. Das Amt übernimmt Polizeiaufgaben gegen Frauenvereine, freie Einrichtungen und Frauengruppen – falls diese nicht so wollen wie das Ministerium von Frau Aykut, dann werden Vereine geschlossen, Frauen festgenommen usw.

Wir wissen es: Der Druck auf die Frauen nimmt zu und wird "feiner" werden.

Wie lange noch?

Semra Somersan
Demokrat! 2/91